Nr. 43.

20. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 20. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Papst.

An diesem 20. Februar sind es 25 Jahre, daß Leo XIII. den päpstlichen Thron bestieg. Ein in der Geschichte der Päpste seltenes Jubiläum, das zu erleben nur sehr wenigen unter ihnen beschieden gewesen ist.

Als grundlegender Satz, von dem allein aus das Verhältnis des Papstes zur gesamten modernen Kultur verstanden werden kann, muß der Anspruch des Klerikalismus festgehalten werden, daß wie alles Gute in der Welt lediglich von der römischen Kirche kommt, so diese auch die wahre Mutter jeder Civilisation ist. In allen Encykliken Leos XIII. spielen die Verdienste des Papsttums und der Kirche um die menschliche Gesellschaft eine große Rolle; sie sind für die bedeutendsten geradezu der Ausgangspunkt. „Es war der Ruhm der Päpste, daß sie wie eine Mauer und mit höchster Standhaftigkeit sich als Bollwerk entgegenstellten, damit nicht die menschliche Gesellschaft in den alten Aberglauben und Barbarei zurückfalle. Die Jahrhunderte, da die Kirche herrschte, waren Jahrhunderte der socialen und kulturellen Vollkommenheit. Vergleicht man unsre Zeit mit den glückseligen Jahrhunderten, da die Kirche wie eine Mutter von den Völkern verehrt wurde, so muß man zu zweifelloser Gewißheit gelangen, daß unsre Zeit, so reich an Stürmen und Umwälzungen, geradezu dem Verderben entgegeneilt, daß hingegen jene Jahrhunderte durch vortreffliche Einrichtungen, Ruhe des Lebens, Wohlfahrt und Gedeihen um so mehr blühten, je mehr die Völker der Leitung der Kirche sich hingaben." Es ist nicht unsre Absicht, diese schöne Utopie vom wirtschaftsgeschichtlichen Standpunkt aus zu zergliedern; es läßt sich der zwingende historische Nachweis führen, daß auch im schönen Mittelalter der Einfluß der ökonomischen Gesetze sehr stark und derjenige der christlichen Sittenlehre zumal bei vielen der hohen Prälaten sehr gering gewesen ist. Die Ansicht Leos XIII. gründet sich charakteristischerweise auf die unabhängig von allen geschichtlichen Thatsachen vorweggenommene Meinung, daß auch für die menschliche Gesellschaft auf Erden außerhalb der Kirche kein Heil zu finden ist, und gerade hier kehrt sich auch bei ihm der klerikale Gesichtspunkt mit aller Schärfe und mit allen Konsequenzen für das politische und wirtschaftliche Leben hervor. Bei alledem ist logische Voraussetzung, daß die Lehre der römischen Kirche und die ihr widerstrebenden Lehren nicht etwa gleichberechtigte Meinungen sind, sondern daß allein auf Wahrheit beruhend und darum sittlich allein berechtigt, ja den Menschen im Gewissen zur Annahme verpflichtend die Lehre der römischen Kirche ist. Von diesem Grundsatz der alleinigen absoluten Berechtigung dessen, was er lehrt, ausgehend, folgert er: was wahr ist, was gut ist, also die römische Lehre, das hat ein Recht, in weiser Freiheit sich in der Gesellschaft auszubreiten, damit es zu recht vielen gelange; dagegen werden lügenhafte Meinungen — also alle nicht römischen Religionen und alles, was den Anschauungen und Lehren der römischen Kirche widerspricht — die größte Pest des Geistes und Laster, welche die Sitten und Seelen verderben, mit Recht von der Obrigkeit sorgfältig unterdrückt. Vor allem ist es nach Leo XIII. recht und billig, daß die weltlichen Gesetze **alle Irrtümer des Geistes, „die wahrhaftig eine Gewaltthat sind gegen das unerfahrene Volk", ebenso unterdrücken, wie eine** an einem Schwächeren **durch offene Gewalt begangene Rechtsverletzung.** Damit ist die principielle Stellung des Papstes zur modernen Kultur, insbesondere zu den dem Liberalismus entquellenden „Freiheiten", von selber gegeben, eine Stellungnahme von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da sie in die politischen Programme der Katholiken aller Länder übergegangen ist und an manchen Orten, wie im Wiener Gemeinderat, in der belgischen Kammer und teilweise auch im deutschen Reichstag, mit ihren brutalsten Konsequenzen in die Wirklichkeit umzusetzen versucht wird.

Es ist der Grundsatz Leos XIII., den er insbesondere seinen französischen Gläubigen gegenüber wiederholt betont hat, daß die Katholiken aller Länder politisch einig sein müßten, um so am ehesten der Verchristlichung der Gesellschaft näher zu kommen. Frankreich gegenüber hat ihn dies sogar dazu geführt, den Gläubigen die Aussöhnung mit der Republik und der Demokratie dringend ans Herz zu legen, wie er in ähnlicher Weise auch in die spanischen Verhältnisse eingriff, als er sich Anfang der achtziger Jahre gegen die Karlisten und für den König Alphons erklärte. Allerdings steht er, so gern man dies auch von klerikaler Seite glauben machen möchte, hier nicht auf eignen Füßen. Im Grunde proklamiert er nichts andres, als die Theorien des irischen Agitators O'Connell, wenn auch in der verfeinerten Form, die denselben die in Deutschland zum Schluß der sechziger Jahre anhebende christlichsociale Bewegung unter der Leitung Kettelers und nachmals die politisch-religiöse Bewegung unter der Führung Windthorst's gegeben hat. Immerhin kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Sanktion, die er jener klerikal-agitatorischen Wirksamkeit gegeben, wesentlich zu deren Ausbreitung beigetragen hat, wie er seinerseits gerade dem Einfluß dieser Bewegung zum nicht geringen Teil die meisten und bedeutsamsten seiner Erfolge verdankt. Es würde uns zu weit führen, wollten wir den wirklichen oder vermeintlichen Aufschwung, den der Katholicismus unter seinem Pontifikat genommen, in allen Ländern, in Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien, England, Oestreich, Deutschland, Amerika u. s. f. näher verfolgen. Es genügt zu sagen, daß der Papst alle Länder der Erde in den Kreis einer genauen Beobachtung, alle in dem Regierungsprogramm, das er seinem Staatssekretär Rampolla bei dessen Amtsantritt im Jahre 1887 übergab, in den Bereich seiner Politik gezogen hat; auch er hat es sich selbst nicht verdrießen lassen, den Kaisern von China und Japan die Rücksicht auf die Glaubensfreiheit ihrer katholischen Unterthanen wie der Missionare in eigenhändigen Briefen dringend ans Herz zu legen. Ob allerdings die durch den Zusammenschluß der Katholiken zumal in den westeuropäischen Ländern erzielte höhere politische Bedeutung auf die Dauer anhalten und weitergreifende Erfolge gewinnen kann, läßt sich billig bezweifeln. Alle Unionsbestrebungen des Papstes sind mit der einzigen und nichtsbesagenden Ausnahme der Kopten völlig gescheitert, und für Deutschland jedenfalls trifft es zu, daß auch die politisch klerikale Bewegung im letzten Grunde auf ein Sammeln der alten Garde hinausläuft, an deren Stelle man eine gleichwertige junge Garde nicht mehr zu setzen hat.

Scharf und klar sprach sich die von Leo XIII. befolgte Politik dem Kulturkampf in Deutschland gegenüber aus. Es ist bekannt, wie nach dem Fall der ersten Maigesetze Bismarck dem Papste die Entscheidung in der Karolinen-Angelegenheit übertrug, ein Schritt, den Leo XIII. sofort im Sinne der mittelalterlichen Weltstellung der Päpste auszumünzen versuchte und verstand. Wohl hat er selber wiederholt betont, wie man Religion und Politik scheiden müsse, andrerseits aber für sich zu jeder Zeit ebenso unzweideutig das Recht in Anspruch genommen, sich selbst in das Parteigetriebe einmischen zu dürfen, wenn sich dabei ein Vorteil für die Kirche herausschlagen lasse. Zum erstenmal bethätigte sich dieser Grundsatz, der seitdem noch ausgesprochener als vorher der leitende Grundsatz des deutschen Centrums geworden ist, bei den Septennatswahlen vom Jahre 1887. Auf Bismarcks Bitte sprach Leo XIII. durch zwei Noten seines damaligen Staatssekretärs Jacobini an den Wiener Nuntius den Wunsch aus, das Centrum möge sich im Hinblick auf die nahe bevorstehende Revision der Maigesetze, die, wie man Grund habe anzunehmen, befriedigend ausfallen werde, der Regierung in der Septennatsfrage willfährig erweisen. Durch die Zustimmung des Centrums werde die Regierung wie den Katholiken so auch dem heiligen Stuhle immer geneigter werden; daher möge der Nuntius bei den Führern des Centrums seinen ganzen Einfluß aufbieten, weil **die Unterstützung des Septennats für die Sache der Katholiken von größter Bedeutung und für den heiligen Stuhl sehr vorteilhaft sein werde.** Nach dem Tode Wilhelms I. forderte der Papst sogar in einem besonderen Breve (vom 25. Juli 1888) — ein Vorgang, für den sich kaum ein zweites Beispiel wird auffinden lassen — zum Besuch der Katholikenversammlung von Freiburg auf, um eifrig zu beratschlagen, wie den großen Uebelständen der Zeit abzuhelfen sei. Gab sich schon darin die besondere Bedeutung jener Versammlung kund, so faßte diese in der That Resolutionen, welche die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes verlangten, während man andre als ein Vorspiel der nachmaligen Februarerlasse betrachten kann. Welchen Wert man seitens der deutschen Regierung auf die Geneigtheit des Vaters der Fürsten und Völker — ein Gedanke, den Leo XIII. in seinem an alle Fürsten und Völker der Erde gerichteten apostolischen Brief vom 20. Juni 1894 zum Leitmotiv nahm — legte, zeigen die nachmaligen Besuche Wilhelms II. im Vatikan, die beide, wie es die Nichtanerkennung des italienischen Königshauses durch den Papst verlangte, im deutschen Hofwagen von der deutschen Botschaft in Rom aus erfolgten. Mit dem Jahre 1890 trat dann in den Beziehungen des Papstes zu Deutschland die sociale Frage in den Vordergrund, wie das ja auch anderweitig der Fall war, nachdem die kirchenpolitischen Fragen ihre mehr oder minder umfassende Erledigung gefunden.

So sehr das deutsche Centrum es verstanden hat, aus den klerikalen Voraussetzungen Leos XIII. die seiner Stellung vorteilhaften politischen Konsequenzen zu ziehen, so wenig hat es die Forderungen des Papstes auf socialem Gebiet sich zu eigen gemacht. Allerdings muß zugestanden werden, daß dort, wo Leo XIII. sich mit der „socialen" Frage und dem modernen Socialismus befaßt, dies in völlig einseitiger und unzutreffender Weise geschieht. Es läßt sich aus den amtlichen Auslassungen des Papstes der Beweis führen, daß er das Wesen des modernen Socialismus so wenig verstanden, daß er ihn ohne weiteres mit den mittelalterlichen und selbst den antiken Kommunistenbewegungen und -Bestrebungen in eine Grube wirft, spricht er doch vom Socialismus nie anders als von Programmen, die auf die Gemeinsamkeit aller Güter abzielen, Programme, die bereits das Altertum abgewiesen habe. Kann also der moderne Socialismus die Kritik Leos XIII. ohne weiteres als gegen sich nicht gerichtet, weil sein inneres Wesen nicht erfassend, ablehnen, so muß andrerseits die Thatsache unterstrichen werden, daß der Klerikalismus der Gegenwart sich zur Eigentumsauffassung des Papstes in denkbar schroffstem Gegensatz befindet. Nach der Meinung des Papstes findet der Eigenbesitz in dem dauernden Subsistenzbedürfnis der Familie seine Grundlage wie gegebenenfalles seine Grenze, und der staatlichen Gewalt steht es zu und sie hat die strenge Pflicht, in der Gesetzgebung ein solches Schema der Eigentumsordnung aufzustellen, daß die Existenzbedürfnisse und damit die Existenzrechte der Massen gebildet werden, daß möglichst jeder Familie ein Besitztum als eine dauernde Subsistenzgarantie zu erlangen möglich wird. Man mag darüber streiten, ob diese Auffassung zur socialistischen Vergesellschaftung der Produktionsmittel führen muß, da anders als in einer socialistisch organisierten Gesellschaft jene Forderung Leos XIII. sich schwerlich verwirklichen lassen wird; unabweisbar ist jedenfalls, daß sie eine bündige Verurteilung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung darstellt, für deren angeblich auf göttlicher Sanktion beruhende Aufrechterhaltung sich das Centrum heute unter Vergewaltigung der Volksrechte und Erpressung von Brotwucher-Gesetzen mit aller ihm zu Gebote stehenden Salbung ins Zeug legt. Von allen Heilmitteln, die Leo XIII. bei der Lösung der socialen Frage in Thätigkeit gesetzt sehen will, betont das Centrum ausgiebig nur jenes, das freilich wie ein Hohn auf seine gesamte Wirtschaftspolitik anmutet, die christliche Liebesthätigkeit, die nach der klerikalen Theorie bezeichnenderweise nur in wenigen Ausnahmefällen die Hilfsverpflichtung von Person zu Person, sonst aber nur eine solche von Stand zu Stand kennt, also dem Eigentum beim besten Willen nicht unbequem werden kann.

Fassen wir das Gesagte kurz zusammen, so ergiebt sich trotz des principiellen Gegensatzes zur modernen Kultur und trotz des starren Festhaltens an allen klerikalen Machtansprüchen als leitender Grundsatz der päpstlichen Politik der Opportunismus, ein Grundsatz, den der konfessionelle Kapitalismus der Gegenwart so weit zu treiben versteht, um unter den päpstlichen Maximen selbst wieder eine opportunistische, seinen Geldbeutel nicht verletzende Auswahl zu treffen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar.

Der Reichstag

führte am Donnerstag auch die allgemeine Debatte zu Ende, die sich an den Titel „Gehalt des Staatssekretärs des Innern" geknüpft hat, und bewilligte dieses Gehalt. Aus dem Kreise der vielen Gegenstände, die noch zur Erörterung kamen, traten besonders zwei hervor: die Frage der Theatercensur und eine vorläufige Diskussion über die kommende Reform der Börsensteuer, die übrigens erst in der nächsten Session an das Haus gelangen wird, da das preußische Handelsministerium noch neue Erhebungen über die Wirkung des Börsengesetzes veranstaltet hat.

Die Frage der Theatercensur brachte der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen in der Form zur Sprache, daß er ein Reichs-Theatergesetz verlangte. Er richtete dabei gegen den preußischen Minister des Innern wegen dessen blamabler Verteidigung der Theatercensur im preußischen Abgeordnetenhause scharfe Angriffe. Herr v. Hammerstein war von der Absicht des Redners unterrichtet worden, hatte es aber vorgezogen, dem Hause fernzubleiben. Es waren die schon im Abgeordnetenhause besprochenen eklatanten Verbote der Aufführung von „Maria von Magdala" von Heyse, der „Salome" von Wilde und des „Thal des Lebens" von Dreyer, die Herr Müller-Meiningen kritisierte. Dabei berührte er auch den famosen Verein deutscher Fürstinnen zur Hebung der Sittlichkeit und spielte dabei auf die sächsische Ehe-Irrung an. Das hatte die amüsante Wirkung, daß sich Graf Posadowsky mit voller Würde erhob, dem sächsischen Regierungsvertreter Geheimrat Fischer einen Wink geben ließ und mit ihm den Saal verließ. Auch Graf Ballestrem hielt seine schützende Hand über Sachsen und machte den Redner darauf aufmerksam, daß dieser Fall doch nicht zum Etat des Innern gehöre.

Ueber die Theatercensur entwickelte übrigens Graf Posadowsky später viel gesundere Ansichten, als sie sein preußischer Kollege vorgetragen hatte, wozu freilich nicht viel gehört. Er hält den guten Geschmack des Publikums für den besten Censor. Ein viel unbedingterer Anhänger der Censur als er ist der konservative Abg. v. Standy, der dem Minister v. Hammerstein ein glänzendes Zeugnis für sein Wohlverhalten ausstellte.

Die Frage der Börsenreform wurde von Herrn Dr. Crüger angeschnitten und gab dem jüngst gewählten neuen Mitgliede der Freisinnigen Vereinigung, dem Bankdirektor Mommsen, Gelegenheit, in einer Jungfernrede sich zwar nicht als überwältigender Redner, aber doch als Sachkenner dem Hause vorzustellen. Für die Notwendigkeit der Reform trat außer ihm auch der nationalliberale Bankdirektor und Vicepräsident Büsing ein, während Graf Kanitz und Herr Gamp das Verbot des Terminhandels in Getreide verteidigten und die Reform des Börsengesetzes so verstehen, daß die Börse noch mehr geknebelt werden müßte.

Außer diesen beiden Fragen kamen noch Beschwerden über die bureaukratische Langsamkeit des Reichs-Patentamtes, die der Freisinnige Eickhoff vortrug, zur Erörterung. Der Staatssekretär kündigte des weiteren an, daß Erhebungen über die strafrechtliche Verfolgung von Auswüchsen im Ausverkaufswesen im Gange seien, und daß ein Gesetz über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit den nächsten Reichstag beschäftigen wird.

Den Schluß des Tages bildete eine Debatte über die Bekämpfung der Reblaus, die an eine Resolution des Abg. Blankenhorn anknüpfte.

Am Freitag werden die Verhandlungen fortgesetzt. —

Das Abgeordnetenhaus

beendete am Donnerstag die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Die Debatte war ein schwacher Aufguß der Debatte der letzten Tage; der Abg. Euler (Z.) forderte noch einmal nachdrücklichst die Einführung des Befähigungsnachweises, sein Freund Fritzen (Z.) klagte über die Schädigung des Handwerks durch Erlaß der Gewerbe-Ordnung, und verschiedene andre Herren von der Rechten und dem Centrum jammerten über den Niedergang des Handwerks und betonten ihr warmes Interesse für den Handwerkerstand. Als sie aber die Probe aufs Exempel machen und einen Antrag Dr. Crüger (frs. Vp.) annehmen sollten, der in jeder Provinz die Einrichtung von Meisterkursen und die Veranstaltung von Ausstellungen von im Kleingewerbe verwendbaren Maschinen und Werkzeugen verlangte, da versagten die Mittelstandsretter. Die konservativ-klerikale Mehrheit ging unter einem nichtigen Vorwand über den Antrag zur Tagesordnung über.

Die Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, die an zweiter Stelle auf der Tagesordnung stand, gab dem Minister Möller Gelegenheit,

den Beweis dafür zu erbringen, daß auch unter seiner Verwaltung die Staatsarbeiter zu gefügigen Werkzeugen der Regierung gemacht werden sollen; Arbeiter, die sich als Menschen fühlen und frei ihre socialdemokratische Gesinnung bekennen oder gar bethätigen, werden unweigerlich entlassen. So war es unter Berlepsch und Brefeld, so ist es unter Möller, und so wird es unter allen Handelsministern in Preußen sein, so lange der Staat nicht die Vertretung der Gesamtheit ist.

Für die Bergarbeiter trat der Abg. Dr. Hirsch (frs. Vp.), der ewige Harmonie-Apostel, ein, der eine Reihe von Beschwerden der Arbeiter vorbrachte, aber nicht die Konsequenzen daraus zog, sondern seine Rede wieder in einen Appell auf die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ausklingen ließ. So bescheiden die Forderungen des freisinnigen Abgeordneten auch waren, dem nationalliberalen Bergrat Dr. Schulz-Bochum gingen sie doch zu weit, und in echter Scharfmachermanier warnte dieser „Arbeiterfreund" vor einer Verkürzung der Arbeitszeit, vor Erhöhung der Löhne und vor der Gewährung frei gewählter Vertrauensmänner der Bergarbeiter; und dabei wagte er, zu behaupten, daß nicht die Socialdemokraten, sondern er und seine Freunde die Interessen der Arbeiter vertreten.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede des Ministers Möller über die Wurmkrankheit. Der Minister suchte die Verwaltung gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie durch ihre Unterlassungssünden das Umsichgreifen der Krankheit mit verschuldethat. Für das Abgeordnetenhaus mag ja seine Rede allenfalls genügen, im Reichstag würde er damit keine Lorbeeren ernten.

Freitag: Fortsetzung. Dann Etat der Verwaltung der direkten Steuern. —

Das Wahlkartell.

Die nationalliberale Presse findet noch kein Wort zu unsren Feststellungen der nationalliberalen Kartellpläne, die auf ein Schutz- und Trutzbündnis unter den Zollwucherparteien abzielen. Die „National-Zeitung" und der „Hannoversche Courier", der noch soeben die Pflicht der Nationalliberalen gegenüber der junkerlichen Reaktion betonte, haben allerdings keine leichte Stellungnahme zu den Absichten, mit denen der Vorstand ihrer Partei in den Wahlkampf geht.

Höchst erheiternd ist das Verhalten des Centrums und der freisinnigen Volkspartei zu unsren Mitteilungen.

Die „Germania" überflutet uns in ihrer christlich nächstenfremdlichen Art mit einer Sturzwelle von Schmähworten: Die Welt will getäuscht werden — das ist das Motto des socialdemokratischen Centralorgans; nichts in der Welt ist allzu dumm, es glaubt's das rote Publikum; der „Vorwärts" betreibe politisches Rardenköttertum ꝛc. Schließlich erklärt das Centrumsblatt:

„Es hieße einem fast drei Spalten füllenden Artikel des „Vorwärts" zu viel Ehre anthun, wenn wir darauf näher eingehen wollten, da derselbe **nicht auf Thatsachen, sondern auf Verleumdungen beruht.** Wir wollen deshalb mit dem „Vorwärts" kurzen Prozeß machen und fordern ihn hiermit auf, öffentlich die konkreten Thatsachen kundzugeben, auf denen seine Behauptung vom „Wahlkartell der Zollwucherer" beruht. Entweder — oder! Mit einem lügnerischen und verleumderischen roten Zeitungsgesindel unter der Cleons-Maske wollen wir uns nur dann auseinandersetzen, wenn Thatsachen, bewiesene oder erweisbare Thatsachen, eine feste Unterlage für jede weitere Diskussion geben."

Die wilde Erregung des Centrumsorgans ist einigermaßen erstaunlich. Ist es denn eine so überaus unerträgliche Beleidigung für das Centrum, eines Wahlkartells mit Konservativen und Nationalliberalen bezichtigt zu werden, nachdem soeben dieses Kartell dem deutschen Volke den Wuchertarif und die Zertrümmerung des Reichstags-Rechtes beschert hat? Es scheint, daß dem Centrum die Enthüllung seiner kompromittierenden Beziehungen zu den einstigen Kulturkampfleuten höchst unangenehm ist. Dies ändert aber nichts an der Thatsache. Wenn die „Germania" nach Beweisen schreit, so mag sie sich doch nur an ihre Parteifreunde in den von uns bezeichneten Wahlkreisen wenden, in denen das Kartell zwischen Nationalliberalen und Centrum vorbereitet wird. Im übrigen dürfte schließlich der „Germania" auch der Beweis genügen, daß der Vorstand der nationalliberalen Partei unsre Mitteilungen durch Stillschweigen bestätigt.

Nicht weniger ergötzt uns, was die „Freis. Zeitung" stammelt. Sie erklärt:

„Von einem Kartell der Parteien, die bei den Zolltarif-Verhandlungen die Mehrheit bildeten, ist ganz und gar nicht die Rede. Desfallsige Empfehlungen der freikonservativen „Post" sind sofort von den leitenden Parteiblättern des Centrums, der Nationalliberalen und der „Kreuz-Zeitung" zurückgewiesen worden. Was den angeblichen Mobilmachungsplan der Nationalliberalen betrifft, so offenbart sich darin eine erstaunliche Unwissenheit der Socialdemokratie über die in den einzelnen Wahlkreisen thatsächlich obwaltenden Verhältnisse, oder man will durch willkürliche Behauptungen die Gegenparteien herausfordern, ihrerseits ihre Absichten offen zu legen."

Die „Freis. Ztg." des Herrn Richter offenbart wiederum dieselbe politische Weisheit, die sie in den Zollkämpfen zur Schau trug. Sie läßt sich gläubig durch die Ableugnungen der Kartellblätter düpieren. Es ist der Freisinnigen Volkspartei begreiflicherweise unangenehm, daß die rechts von ihr stehenden Parteien, mit denen sie selbst zu mogeln gedenkt, sich unter einander kartellieren und ihr, der Freisinnigen Volkspartei, höchstens einen Gnadenbissen zustecken. In dieser kläglichen Lage macht es sich gar tragikomisch, von der „erstaunlichen Unwissenheit" der Socialdemokratie zu reden. Es beweist nur die freisinnige Unfähigkeit in der Beurteilung der politischen Wirklichkeit, wenn die „Freis. Ztg." den wirklichen Mobilmachungsplan der Nationalliberalen für einen „angeblichen" hält.

*

Das „Berliner Tageblatt", das zur Freisinnigen Vereinigung steht, hält sich von der Thorheit der „Freisinnigen Zeitung" fern und beurteilt den nationalliberalen Kartellplan also:

„Er wirft ein helles Licht auf den Tiefstand dieser einst liberalen Partei, die jetzt beim Centrum und Junkertum um Mandate betteln und schachern geht. Es ist übrigens gar nicht unmöglich, daß die andren Parteien der Reaktion, wenn auch nicht ohne Abänderungen, einem gemeinsamen Zusammengehen gegen die Socialdemokratie zustimmen.

Mögen diese Parteien sehen, wo sie bleiben. Daß sie durch alle möglichen Kniffe und Pfiffe zu ersetzen suchen, was ihnen an Volkstümlichkeit abgeht, kann ja nicht überraschen. Aber wir müssen doch aufs ernsteste Verwahrung gegen **die unwürdige Rolle** einlegen, die in dem nationalliberalen Schachspiel den freisinnigen Parteien und Wählern zugemutet wird. **Diese Parteien verdienten ihre Vernichtung,** wenn sie sich zu **Hilfstruppen reaktionärer Wahlmache degradieren ließen.** Wenn es noch eines Beweises bedurfte, so wird er durch diesen Mobilmachungsplan gegeben: daß für den Liberalismus bei den nächsten Wahlen der Feind zumeist rechts steht."

* * *

Deutsches Reich.

Ruhland-Spende.

Die Agrarier halten sich in der Person des Prof. Dr. Ruhland einen Bedienten, der die Notwendigkeit ihrer Ueberzollforderungen und andrer staatlicher Liebesgeschenke wissenschaftlich zu beweisen beauftragt ist. Dr. Ruhland vollführt diese edle Aufgabe auch in der Zeitschrift „Der Getreidemarkt". Diese Zeitschrift ist das Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht, deren Anteilscheine sich zumeist im Besitze des Bundes der Landwirte befinden; einige Anteile sind im Besitze weniger agrarischer Herren, so ist Herr Rösicke und Prinz Karolath-Sabor, der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer von Schlesien, beteiligt.

Nun will das agrarische Unglück, daß auch der „Getreidemarkt" unter der Redaktion des Prof. Ruhland notleidet. Der „Getreidemarkt" arbeitet mit großer Unterbilanz. Also ist der Regierung die Aufgabe gestellt, auch diesen agrarischen Notstand zu beseitigen.

Die Agrarier rufen und Graf Posadowsky ist zur Verfügung. Die bankrotte Zeitung wird durch gelinde Zauberkunst dem Landwirtschaftsrat unterstellt, zu einem Organ der deutschen Vertretung der „Internationalen Landwirtschaftlichen Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise in Paris" verwandelt, und wird ausbedungen, daß dem Kuratorium des „Getreidemarkt" außer den Landwirten auch einige Herren andrer Berufe angehören sollen und daß Professor Ruhland die Redaktion des Blattes ausschließlich „wissenschaftlich" besorgen soll — unter diesen „Bedingungen" besorgt Graf Posadowsky **eine Jahres-Liebesgabe von 50 000 Mark!**

Graf Posadowsky geht nicht immer betteln bei reichen Privatverbänden. Wenn agrarische Notdurft zu ihm fleht, öffnet er weit den Säckel der Allgemeinheit und spendet freigebig kleine wie große Gaben.

Ein Centrumsopfer.

Aus München kommt die Nachricht, daß der Prinzregent den **Ministerpräsidenten Grafen v. Krailsheim,** „seinem Ansuchen entsprechend", vom 1. März ab von seinem Amte enthoben hat.

Graf Krailsheim ist schon seit 1880 Minister in Bayern. Von 1880—1890 hatte er das Ministerium des Aeußeren, seit 1890 war er zugleich Ministerpräsident.

Graf Krailsheim war kein Politiker von eigner Art, er fügte sich der Politik, die von ihm verlangt wurde. Er kam so auf lange Jahre mit dem stets mächtiger werdenden Centrum aus. Jetzt fällt er als spätes Opfer dem durch das Kaiser-Telegramm von Swinemünde und seinen Folge-Ereignissen entfachten Centrumsgroll. —

Selbstentlarvung der Heinze-Moralisten.

Das Hauptorgan der Centrumspartei, die „Germania", schleudert in ihrer letzten Nummer vernichtende Anklagen gegen das konfessionslose Lehrerinnen-Seminar in Trier, die die Sittlichkeit der Anklägerin auf der vollen Höhe der berüchtigten Heinze-Mornl zeigen.

Die Anklagen der „Germania" haben folgenden Inhalt:

1. In der genannten Anstalt ist ein Aufsatz-Thema aufgegeben worden, das unter der Ueberschrift „Nausikaa" eine Inhaltsangabe des zweiten Gesanges der Odyssee geben und dabei besonders die Eindrücke schildern sollte, die Odysseus beim Anblick der Nausikaa empfunden hat.

2. Die Seminaristinnen sind bei einem Besuche der Düsseldorfer Ausstellung auch durch Säle geführt worden, in denen sich „gefährliche" Bilder befanden, so namentlich das „unsittliche Bild" „Der Kampf um die Wahrheit" von Sascha Schneider.

3. Aus dem Sendschreiben Luthers, in dem die Klöster gelegentlich „Teufelsnester" und ihre Schulen „Eselsställe" und „Teufelsschulen" genannt wurden, sind die „pädagogisch wertvollen Stellen herausgehoben und verarbeitet" worden. Außerdem wurde diese Schrift Luthers als häusliche Lektüre aufgegeben.

4. Scheffels „Ekkehard" ist den Seminaristinnen als Privatlektüre empfohlen worden.

5. Den Seminaristinnen sind das Bild des „ruhenden Hermes" und andre Photographien nackter Kunstschöpfungen der Antike gezeigt worden.

6. Die Lehrer haben gelegentlich mit Seminaristinnen getanzt.

7. Goethes „Verirrungen" sollen (!) von einer Lehrerin nicht bloß entschuldigt, sondern „fast gerechtigt" worden sein.

Daß diese „Anschuldigungen" zum großen Teil von dem Direktor der Anstalt entweder in ihrem vollen Umfange oder aber zum Teil bestritten werden, verdient wohl erwähnt zu werden, kann aber bei der Beurteilung der Affaire ganz außer acht gelassen werden.

Angenommen, alle Anklagepunkte der „Germania" seien bis zum letzten Titelchen wahr. Was wäre dann weiter bewiesen, als daß das führende Centrumsorgan eine so ungeheuerliche Kulturrückständigkeit und moralische Perversität verraten hat, wie sie der boshafteste Gegner katholischen Dunkelmännertums schwerlich hätte erfinden können. Ständen diese Anklagen nicht in der „Germania", so müßte man annehmen, ein Spaßvogel habe eine posthume Epistel jener berühmten Dunkelmännerbriefe verfaßt, mit denen Hutten die Pfaffen dem Hohnlachen der Zeitgenossen preisgab.

Die keuscheste Stelle des Homerischen Epos, das beste Erzeugnis Scheffels, Goethe, die antike wie die moderne Kunst verfallen dem Fluche der pfäffischen Unduldsamkeit der Heinze-Garde! Dabei handelt es sich nicht um Schülerinnen, sondern um Seminaristinnen, um erwachsene Mädchen!

Welche abgründige Stupidität, aber auch welche Abgründe perverser Lüsternheit verrät dieser Erguß des führenden Centrumsblattes! —

Die Krankenkassen-Novelle beschäftigte am Donnerstag den Bundesrat, der ihr zustimmte.

Gegen die Wurmkrankheit. Die socialdemokratischen Abgeordneten des Reichstags haben folgende Resolution beantragt: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, der im Ruhrkohlen-Revier bereits bestehenden Kommission zur Bekämpfung der gefahrdrohenden, zum Schaden auch der Gesamtbevölkerung stark um sich greifenden Wurmkrankheit unter den Bergleuten („Ausschuß zur Bekämpfung der Wurmkrankheit" genannt), wissenschaftliche Kräfte und Mittel des Reiches zur Verfügung zu stellen und dem Reichstag über die getroffenen Maßnahmen und deren Erfolg Bericht zu erstatten."

„Polnische Wirtschaft". Außer dem Kredit von im ganzen bisher 350 Millionen Mark, den die Regierung für die Ansiedelung Deutscher auf von Polen zu kaufenden Gütern vom preußischen Landtag erhalten, ließ sie sich durch Gesetz vom 1. Juli 1902 einen weiteren Kredit von 100 Millionen Mark bewilligen, um durch die Domänenverwaltung Güter anzukaufen und dem Domänenbesitz zuzuführen. Hier, wo es sich um Güter deutscher Besitzer handeln sollte, wurde zur Begründung angegeben, daß die in Betracht kommenden deutschen Besitzer vielfach außerhalb der Provinzen lebten, so daß der ihrem Besitz entsprechende Einfluß zu Gunsten des Deutschtums fortfiele. Einen Ersatz verspreche man sich von deutschen Pächtern. Im Nachweis der bis zum 1. Januar 1903 aus diesem Kredit gemachten Erwerbungen finden sich im ganzen 13 Güter mit insgesamt 7362 Hektar zum Preise von 5 618 304 M. Von diesen 13 Gütern sind aber 8 mit 5047 Hektar an die früheren Eigentümer verpachtet, während nur 5 mit 2315 Hektar in andre Hände gelangt sind. Sollten die früheren Besitzer jener 8 Güter etwa Schulden halber außerhalb der Provinz gelebt haben und erst jetzt nach erfolgter Sanierung wieder ihren deutschen Einfluß ausüben können? —

Der diplomatische Venezuela-„Erfolg"

des Grafen Bülow, der von der zuweilen bülow-offiziösen „Neuen Polit. Korresp." übers Bohnenlied herausgestrichen worden war, giebt der „Rheinisch-Westfäl. Zeitung" Veranlassung, „Bülows Siegesmarsch von China nach Venezuela" weidlich zu verspotten. Die „Neue Polit. Korresp." hatte unter andern geschrieben:

„Der Reichskanzler hat bei Erledigung der Venezuela-Frage sich in der That erneut als Meister der Diplomatie erwiesen. Er sagte auch hier wieder, wie es der Agrarier v. Oldenburg auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte nicht unübel charakterisierte, mit 2 Bracken, behielt in den Zeiten des Zweifels und der Sorge kaltes Blut und ruhige Nerven und packte mit stählerner Hand zu, als der Moment der Entscheidung da war. Dies ist neben China und Samoa die dritte bedeutende Leistung des Reichskanzlers in der Leitung der auswärtigen Politik, denen sich im Innern der gewaltige Erfolg der Durchbringung des Tarifs anreiht. Das sind für das Lustrum, das der Kanzler erst amtiert, Resultate, mit denen auch Nörgler zufrieden sein könnten."

Die „Rhein.-Westf. Ztg." bemerkt dazu:

„Wir schämen uns fast, diese beweihräuchernden eleihaften Fanfaren wiederzugeben! Immer wieder derselbe Reichsjubel, als ob ein neues 1870/71 geschlagen wäre. Wird man nicht wieder wie auch bei China einen Einzug der Marinetruppen durchs Brandenburger Thor arrangieren? O, über diese Epigonen!!"

Das Blatt weist dann eingehend nach, wie lächerlich es sei, von einem diplomatischen Erfolge gegen Venezuela zu sprechen. Es sei unsinnig, Venezuela als den unterliegenden Teil bei der Affaire zu betrachten, da es ja nicht einmal zur Zahlung der Exekutionskosten verpflichtet worden sei. Ferner habe er nicht nur keine Abbitte leisten müssen, sondern: „Wir können offenbar ganz zufrieden sein, daß Venezuela uns nicht obendrein noch die Kosten für die Wiederherstellung des bombardierten Forts auferlegt hat. Welch' Erfolg!"

Der Mißerfolg der Exekutionsmächte ist um so größer, als nunmehr Castro alle Einfuhrzölle um 30 Prozent erhöht hat. Das wildnationalliberale Blatt bemerkt dazu:

„Und wie schlau Präsident Castro ist, das zeigt sich auch dadurch, daß er die ihm aufgezwungene Bezahlung seiner Schulden, das heißt also den einzigen Erfolg des famosen „Triumphs der Alliierten", einfach abwälzt, indem er die Einfuhrzölle erhöht, ... also indem er die Kosten auf die importierenden Mächte abwälzt! Also das Ausland zahlt!"

„Die Ausfuhrabgabe auf Kaffee wird um 2 Bolivares (a 81 Pf.) für den Sack, für Kakao um 16 Bolivares pro Doppelcentner erhöht.

Also die Einfuhrzölle um ein Drittel erhöht! Kaffee werden 50 Millionen Kilogramm, Kakao 7 Millionen Kilogramm exportiert, das Ausland hat also besonders zu bluten!"

In der That, die Konkurrenz der Mächte wird schon dafür sorgen, daß das Ausland die 30 Proz. Zollerhöhung für die eingeführten Industrieprodukte fast vollständig zu tragen haben wird. Und auch die Ausfuhrzölle auf Kaffee und Kakao werden zum guten Teil vom Ausland getragen werden, da der billige sog. Maracaibo-Kaffee nicht entbehrt werden kann. Welcher Erfolg! —

Die nationalliberale Doppelseele.

Aus Baden wird uns berichtet: Am Sonntag vor Fasching fanden im badischen Lande zu gleicher Zeit zwei nationalliberale Kundgebungen statt; die eine im katholischen Freiburg, die andre im Unterland zu Graben, dem Mittelpunkt des protestantischen Amtsbezirks Karlsruhe. In Freiburg sprach der Kandidat für den 5. Wahlkreis, Staatsanwalt Junghanns-Konstanz, bei dessen Kampf gegen den Centrumsgegner die Socialdemokratie in der Stichwahl die Entscheidung hätte. In Graben, im 10. Wahlkreise, welcher mit Centrumshilfe für den nationalliberalen Reaktionär Bassermann gewonnen werden soll, trat der nationalliberale Landtags-Abgeordnete und Professor Goldschmitt aus Karlsruhe auf. Die nationalliberale Moment-Gemütsstimmung zur Socialdemokratie ergiebt sich aus der Zusammenstellung der beiden Rede-Abschnitte, wie sie hier aus der nationalliberalen „Badischen Landeszeitung" entnommen sind:

in Graben:

„... Die Entscheidung in unsrem Wahlkreise werde voraussichtlich zwischen dem socialdemokratischen Kandidaten und einem Angehörigen der nationalliberalen Partei fallen. Es wäre **wünschenswert,** wenn sich **die bürgerlichen Parteien aber schon vor dem ersten Wahlgang einigen** würden. Der Zolltarif sei erledigt, aber noch andre als wirtschaftliche Fragen würden im kommenden Reichstage zu erledigen sein, z. B. das Quinquenat. Das solle man schon jetzt in Betracht ziehen. Die Wahlparole müsse lauten: „Für einen Vaterlandsfreund!" Wer einen Socialdemokraten wählt, kann es nimmermehr gut meinen mit dem Vaterlande. (Großer Beifall.)

in Freiburg:

„... Die Socialdemokratie habe ihre Berechtigung, ja sie sei sogar eine **direkte Notwendigkeit.** So hätte sich ohne Socialdemokratie unsre socialpolitische Gesetzgebung lange nicht so schnell entwickelt. Das Centrum dagegen habe als religiöse Partei keine Berechtigung; es sei ein Feind der Freiheit auf allen Gebieten des Lebens, ein Feind der modernen Kultur und auch ein Feind des echten Christentums, weil es Politik und Religion ständig vermenge. So habe der Erzbischof von Freiburg, als er gesagt, daß man dem praktischen Christentum mit dem Stimmzettel in der Sand nachhelfen solle, **dem wirklichen Christentum mehr geschadet, als alle socialistischen und anarchistischen Schriften.** Bei den künftigen Wahlen müsse **gegen die klerikal-konservative Reaktion ein Kampf bis aufs Messer** geführt werden. Ein Bündnis mit dem Centrum in dem einen oder andren Wahlkreise um irgend welcher Vorteile willen würde **eine durchaus falsche Politik** sein."

Unsre badischen Parteigenossen danken für so viel bitteren Haß und heiße Liebe und lassen sich nicht aus der abwartenden Stellung bis zur Stunde der Stichwahl herausbringen. —

Ausland.

Rußland.

Die Flottenrüstungen des Friedenszaren. Ein Vergleich des Budgets des russischen Marineministeriums mit dem des Jahres 1902 ergiebt die sehr beträchtliche Zunahme um etwas mehr als 37 Mill. Mark (17 Millionen Rubel), welche Summe vorzugsweise für den Schiffbau und die Reparatur der Schiffe bestimmt ist. Für Schiffbau und Ausbesserung der Schiffe sind nämlich im Etat für 1903 42 438 810 Rubel gegenüber 25 637 517 Rubel im Jahre 1902 angesetzt. —

Belgien.

Der Alkohol im Senat.

Es ist der Regierung auch im Senat durchaus nicht leicht geworden, die Alkoholsteuer durchzubringen. Der Senat, der schon einige Tage vorher telegraphisch zusammenberufen war, aber wegen der Vorgänge in der Kammer die Sitzungen nicht abhalten konnte, trat erst am Montagmorgen zusammen. Die Finanzkommission hatte schon vorgearbeitet und mit 6 gegen 3 Stimmen die Dringlichkeit beschlossen. Die Debatten zogen sich durch vier Sitzungen, und erst am Dienstagnachmittag gelang es der Regierung, den Artikel 1 des Gesetzes mit den Stimmen der Rechten gegen die Stimmen der Linken zur Annahme zu bringen. Die socialistischen Senatoren Grimard, Lafontaine und Picard setzten dem Ministerpräsidenten tüchtig zu, sie betonten, daß der Alkoholmißbrauch eine Folge des Elends sei, das durch dies Gesetz

in keiner Weise gehoben werde. Der Regierung sei es auch nicht darum zu thun, sondern die neue Steuer solle lediglich das Deficit der Regierung decken. Ein von diesen Senatoren gestellter Antrag, ein Staatsmonopol auf Alkohol zu schaffen und die Produktion successive einzuschränken, wurde abgelehnt; ebenso ein Antrag auf Herabsetzung der Biersteuer, der ebenfalls von der Linken gestellt war. —

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte in ihrer Sitzung am Donnerstag die Forderungen für die Flurbeschädigung und die Position: Reisekosten und Tagegelder. Weiterberatung am Freitag.

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner".

Das gegen den früheren Direktor Exner von der Leipziger Bank im Juli vorigen Jahres gefällte Urteil ist bekanntlich auf eine von der Verteidigung eingelegte Revision vom Reichsgericht wegen eines schweren Formfehlers aufgehoben und an die Vorinstanz zurückverwiesen worden. Die Verhandlungen sollten am letzten Montag vor dem Leipziger Schwurgericht ihren Anfang nehmen; sie mußten aber, da von dem Verteidiger Exners der Vorsitzende des Gerichts, der Landgerichtsdirektor Müller, als befangen abgelehnt wurde, vertagt werden, und haben erst heute unter großem Andrang des Publikums begonnen.

Von Leipzig erhalten wir über die Vormittagssitzung nachstehenden Bericht:

Leipzig, den 19. Februar 1903.

Gegen 9½ Uhr vormittags erscheint der Gerichtshof. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Schmidt, verkündet folgenden Beschluß: Der Gerichtshof erklärt den Ablehnungsantrag der Verteidigung als unbegründet. Der Umstand, daß ein Richter sich vielfach mit einer Sache beschäftigt hat, macht denselben nicht unfähig zum Richteramt, er ist im Gegenteil um so befähigter zum Richteramt. Aber auch die andren angeführten Thatsachen sind nicht dazu angethan, die Befangenheit des Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Müller zu begründen. Es ist zunächst erwähnt worden, daß Herr Landgerichtsdirektor Dr. Müller den Angeklagten Exner habe fesseln lassen, als dieser im vorigen Jahre von Leipzig nach Kassel transportiert werden mußte. Das ist eine Anordnung, zu der Herr Landgerichtsdirektor Dr. Müller amtlich berechtigt war.

Herr Landgerichtsdirektor Dr. Müller versicherte, daß er gegen jeden andren Angeklagten unter gleichen Verhältnissen dieselbe Anordnung hätte ergehen lassen. Was den Ton anlange, der eine Voreingenommenheit begründen solle, so werde jedermann, der den abgelehnten Richter aus der Praxis kenne, darin keine Voreingenommenheit erblicken. Die verschiedenen Zwischenbemerkungen des abgelehnten Richters, die für eine Voreingenommenheit sprechen sollen, haben, wie die in dieser Sache vorgenommenen Vernehmungen ergeben, dem Angeklagten nur die Gelegenheit verschafft, gewisse dunkle Punkte aufzuklären, die Zwischenbemerkungen geschahen mithin im Interesse des Angeklagten Exner. Die eingereichten Zeitungsberichte widersprechen sich auch in einem Punkte. Es konnte nicht festgestellt werden, ob der Herr Vorsitzende die Bemerkung: Die Buchung sollte augenscheinlich zur Verschleierung dienen, zu Exner oder zu dem Angeklagten Dr. Gentzsch gemacht hat. Es war zur Zeit allgemein das Gerücht verbreitet, der Angeklagte Exner habe Gelder in Sicherheit gebracht. Es schwebte auch deshalb ein Verfahren gegen Exner. Dies war den Geschworenen zweifellos nicht unbekannt. Es lag daher im Interesse des Angeklagten Exner, wenn ihm der Vorsitzende Veranlassung gab, diese Sache aufzuklären und die etwaigen Bedenken der Geschworenen zu zerstreuen. Was die Rechtsbelehrung anlangt, so hat sich der Vorsitzende betreffs des Punktes, daß Handelsbriefe Handelsbüchern gleich zu achten seien, in Uebereinstimmung mit der Verteidigung befunden. Jedenfalls ist der Beweis nicht geführt worden, daß der Vorsitzende bei der Rechtsbelehrung auf das Gebiet der Beweiswürdigung übergegriffen hat. Es liegt deshalb nicht der geringste Anlaß vor, der ein Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des abgelehnten Richters rechtfertigen könnte. Der Gerichtshof hat daher den Ablehnungsantrag der Verteidigung für unbegründet erklärt. Nach dieser Begründung tritt eine kurze Pause ein.

Nach etwa zehn Minuten tritt der Gerichtshof, an der Spitze Landgerichtsdirektor Dr. Müller, wieder in den Saal.

Landgerichtsdirektor Dr. Müller eröffnet als Vorsitzender die Verhandlung und schreitet zur Auslosung der Geschworenen. Diese macht große Schwierigkeiten, da eine große Anzahl Geschworener erklären, daß sie bezw. ihre Angehörigen Gläubiger oder Aktionäre der Leipziger Bank gewesen seien. Mit Rücksicht auf die jetzige Jahreszeit, in der sehr viele Erkrankungen vorkommen, bemerkt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Müller, werde er sechs Ersatzgeschworene auslosen.

Als Sachverständige sind bisher nur anwesend der Direktor der Filiale der Deutschen Bank, Herrmann (Dresden), Bankier Gustav Plaut (Kassel) und Kommerzienrat Sießlind (Leipzig). Der Verteidiger, Justizrat Dr. v. Gordon (Berlin), beantragt, den Lehrer an der Handelshochschule zu Frankfurt a. M., Professor Lambert, und im Behinderungsfalle desselben den Direktor der Deutschen Genossenschaftsbank, Friedrich Thorwart (Frankfurt am Main), als Sachverständigen zu laden.

Der Gerichtshof behält sich den Beschluß hierüber vor.

Auf Befragen des Vorsitzenden bemerkt der Angeklagte Exner: Er sei am 4. Januar 1859 in Kassel geboren und evangelischer Konfession. Mitte August 1887 sei er zum Direktor der Leipziger Bank gewählt worden. Er erhielt ein jährliches Gehalt von 12 000 M. und drei Prozent Tantieme, so daß sich seine jährliche Einnahme auf einige zwanzigtausend Mark belief. Das Aktienkapital der Leipziger Bank betrug damals 18 Millionen Mark. Mit der Erhöhung des Aktienkapitals erhöhte sich auch seine Tantieme, die im Jahre 1899 annähernd 230 000 M. betrug. Er habe 1892 die Tochter eines Schiffsreeders in Schottland geheiratet. Sein Schwiegervater sei seit längerer Zeit tot, seine (des Angeklagten) Frau habe daher den Aktienbesitz ihres Vaters geerbt. Er selbst besaß, als er nach Leipzig kam, ein Vermögen von 15 000 M., das sich mit der Erhöhung der Tantieme ganz beträchtlich vermehrte. Durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank habe er sein ganzes Vermögen verloren. Aber auch seine Frau habe durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank einen bedeutenden Teil ihres Vermögens eingebüßt. Er schätze das Vermögen seiner Frau auf etwa 50 000 Thaler. Die Behauptung, seine Frau besitze noch ein beträchtlicheres Vermögen, sei unwahr.

Der Vorsitzende verliest danach den Eröffnungsbeschluß, wonach bekanntlich Exner des betrügerischen Bankrotts und der Bilanzverschleierung beschuldigt wird. Im weiteren gelangt der Beschluß des Reichsgerichts vom 14. Oktober 1902 zur Verlesung.

Nachmittags-Sitzung. Nach telegraphischer Meldung wurden in der Nachmittags-Sitzung eine Anzahl zwischen Schmidt und Exner gewechselter Briefe verlesen, die in der Hauptsache die Emission neuer Aktien der Trebergesellschaft betreffen. Alsdann wurde die Verhandlung auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Anatolische Eisenbahn. Zwischen der türkischen Regierung und der Deutschen Bank ist über den Weiterbau der Anatolischen Bahn gestern eine Einigung erzielt worden. Die Aufbringung der Baumittel soll durch Ausgabe von Staatstitres erfolgen. Für die erste in Angriff zu nehmende Strecke Konia—Eregli ist zur Deckung der Baukosten eine Anleihe von 54 000 000 Fr. vorgesehen, die durch Einkünfte aus den Zehnten von Konia, Aleppo und Urfa garantiert werden. Gleichzeitig ist eine Uebereinkunft wegen Konversion der sogenannten Fischerei-Anleihe abgeschlossen worden. Die hierauf bezüglichen Beschlüsse des Ministerrats bedürfen noch der Genehmigung des Sultans.

Berliner Handelsgesellschaft. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1902 vorgelegt. Der Abschluß ergiebt einschließlich des aus dem Vorjahre übernommenen Vortrages von 250 010,50 M. einen Bruttogewinn von 12 495 459,80 M. gegen 11 426 790,10 M. im Vorjahre.

Von den erzielten Gewinnen entfallen

	1902	gegen 1901:
auf Zinsen-Conto	4 962 868,10 M.	5 088 434,75 M.
„ Wechsel-Conto	1 091 210,75 „	1 209 302,55 „
„ Provisions-Conto	2 661 331,50 „	2 565 148,40 „
„ Konsortial- und Effekten-Conto	3 175 373,85 „	2 240 812,20 „
„ Eingang aus zurückvergüteter Agio-Steuer	256 039,55 „	—
„ Eingang aus abgeschriebenen Forderungen	98 625,55 „	—

Die Verwaltungskosten betragen 1 385 581,05 M. (1901 1 350 883 Mark), die Steuern 632 899,90 M. (1901 619 614,60 M.). Die zurückgezahlte bezw. freigewordene Agiosteuer mit 256 039,55 M. wird dem allgemeinen Reservefonds, die Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen mit 98 625,55 M. werden dem Special-Reserveconto zugeführt. Dem nach Abzug dieser Positionen sich ergebenden Ueberschuß werden 2 000 000 M. zu Abschreibungen entnommen. Es bleibt sodann ein Reingewinn von 8 122 313,75 M. gegen 7 456 292,50 M. im Vorjahre verfügbar.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Reserven beziffern sich Ende 1902 auf 25 154 665,10 M. gleich ca. 28 Proz. des Kommanditkapitals von 90 Millionen Mark.

Auf Antrag der Geschäftsinhaber setzte der Verwaltungsrat vorbehaltlich der Genehmigung der Bilanz durch die Generalversammlung die Dividende für das Kommandit-Kapital auf 7½ Prozent fest. Der Pensionskasse der Angestellten soll eine Dotation von 50 000 Mark überwiesen werden, wodurch deren Vermögensstand sich auf 1 792 072,40 Mark (1901: 1 671 856,55 Mark) erhöht. Der nach Abzug der statut- und vertragsmäßigen Tantiemen verbleibende Restbetrag von 301 995,40 Mark wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Reichsbank-Dividende. Nach der „Frankfurter Ztg." wird die Dividende der Reichsbank für das Jahr 1902 5,47 Proz. betragen, gegen 6,25 Proz. des Jahres 1901 und 10,96 Proz. des Jahres 1900.

Dividendenverteilungen. Die deutsche Hypothekenbank in Meiningen zahlt für 1902 7 Proz. Dividende. Der Reingewinn beträgt nach Abschreibungen und Zurückstellungen 1 717 000 M. (i. V. 1 912 580 M.), der nach Abrechnung von Dividende und Tantiemen verbleibende Ueberschuß soll mit 130 000 M. für die Disagioreserve und mit 218 000 M. als Vortrag auf neue Rechnung verwendet werden. — Die Danziger Privat-Aktien-Bank verteilt 5 pCt. — Die Braunschweigischen Kohlenbergwerke in Helmstedt beschlossen die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. auf die Stammprioritäts- von 9 Proz. auf die Stammaktien. Der Reingewinn beträgt mit Gewinnvortrag 777 322 M.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um ½6 Uhr. Eingegangen ist eine von sämtlichen Fraktionen unterzeichnete Anfrage an den Magistrat, ob die von der „Allg. Fleischer-Zeitung" gebrachten Angaben über den **Vertrieb von der Abdeckerei** überwiesenem Fleisch auf Wahrheit beruhen.

Auf der heutigen Tagesordnung steht die erste Lesung des

Stadthaushalts-Etats

für 1903. Der Etatsentwurf balanciert mit rund 117 Millionen in Einnahme und Ausgabe; zur Deckung der letzteren ist nach dem Magistratsvorschlag die städtische Einkommensteuer von 100 auf 108 Proz. der staatlichen Veranlagung, der Satz für die beweglichen Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbesteuer) von 150 auf 162 Proz. heraufzusetzen. Die Etats der städtischen Werke balancieren mit 97 Millionen.

Stadtkämmerer **Maaß**: Ich spreche zunächst mein Bedauern aus, daß wir diesmal die alte Tradition der Steuersätze von 100 und 150 Proz. nicht aufrecht erhalten können. Hätten wir die alten Sätze genommen, so würden 60 Millionen herauskommen, dann würden 4¾ Millionen fehlen. Das macht 12 Proz. Realsteuern und 8 Proz. Einkommensteuer mehr. Der Etat ist sparsam und genau aufgestellt. Von der Erhöhung auf 100 und 150 Proz. herunterzukommen haben alle Verwaltungen mitgeholfen, aber es ist eben nicht möglich gewesen. An den Ausgaben für Kulturaufgaben ist nicht gekargt worden. Wir haben in den Etat schon aus der neuen Anleihe, die wir noch nicht haben, 5½ Millionen eingestellt und sind trotzdem zu der Erhöhung gezwungen. Der Armen-Etat, Irren- und Badeanstalten haben trotzdem eine höhere Dotation erfahren, und wenn da jemand meint, das sei sehr wenig, ja, eine 100 000 M. zu den andern, zehnmal, dann ist die Million fertig. (Große Heiterkeit.) Wollen Sie noch streichen, so bitte ich recht vorsichtig vorzugehen. Unsre Steuern sind aufs äußerste angespannt, ein Plus ist nicht mehr da, die Möglichkeit eines Mehreinkommens ist ausgeschlossen. Außerdem fehlt uns der Ueberschuß des vorletzten Finanzjahres; statt eines Ueberschusses von 4½ Millionen haben wir ein Deficit von 85 000 M. Ein weiterer Grund ist, daß unsre Werke in letzter Zeit uns manchmal mit den Einnahmen im Stich lassen. Bei den Wasserwerken hat eine Wenigerabnahme von Wasser stattgefunden; das Gas bringt einen Ueberschuß von 3 Millionen, über ½ Million weniger gegen das vorige Jahr. Der Schlachthof bringt nur 300 000 statt 800 000 M. Ueberschuß. Bei den Gaswerken wirkt noch die ganz erhebliche Verbilligung des Gaspreises mit, denn die Zunahme des Absatzes ist stetig und für dieses Jahr mit 7,8 Proz. angenommen. Wir haben diesen zeitweiligen Rückgang selbstverständlich alle vorausgewußt; es sind jetzt auch mehr Anstaltsbauten zu verzinsen, und die Preise der Materialien sind gestiegen. Gemeinde-Einkommensteuer waren eingestellt 32 Millionen im Vorjahre; in diesem Jahre werden wir 1½ Million weniger bekommen. Bei der Gewerbesteuer haben wir auf Grund eines oberverwaltungsgerichtlichen Erkenntnisses etwa eine Million zu viel erhobener Steuern zurückzuzahlen, was auf den laufenden und den kommenden Etat zurückwirkt, indem die Ansätze niedriger getroffen werden mußten. Auch Betriebs- und Braumalzsteuer sind etwas niedriger veranschlagt. Berlin braucht vor den 108 und 162 Prozent nicht zurückzuschrecken. Altona, Barmen, Bochum, auch unsre liebe Rivalitätsstadt Breslau (Heiterkeit), Danzig ꝛc. erheben mehr Einkommen- und Grundsteuer. Wir befinden uns also in guter Gesellschaft. Die Zeitungen priesen in letzter Zeit ein Universalmittel an, die Steuer auf unbebaute Grundstücke nach dem gemeinen Wert. Die Versammlung hat ja seiner Zeit durch Antrag Singer den Magistrat aufgefordert, eine solche neue Steuer zu erfinden; man kann darüber verschiedener Meinung sein, ich meine, zum Etat gehört die Frage nicht. Der Magistrat wird ja wohl in absehbarer Frist darüber eine Vorlage bringen, aber ein Heilmittel ist eine solche Steuer nicht. Ich beschränke mich auf diese kurzen Andeutungen, um Ihre kostbare Zeit nicht zu stehlen.

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Der Magistrat hat sich genötigt gesehen, das bisherige Maß der Steuern zu überschreiten und diese Thatsache hat in der Bevölkerung großes Aufsehen erregt. Der Etat ist übersichtlich und durchsichtig aufgestellt und uns auch etwas früher zugegangen als sonst. Der Kämmerer hat mit Recht hervorgehoben, daß der Ausfall des Ueberschusses von 4,6 Millionen die Ursache des Deficits an den Steuern bildet. Daneben kommt in Betracht der immer geringer werdende Ansatz des Plus an Einkommensteuer. Seit 1890 ist dieses Plus gegenüber dem Vorjahr immer geringer geworden; in dem neuen Etat geht es sogar schon unter den vorjährigen Ansatz herunter. In den Einnahmen sehen wir nur einen erfreulichen Punkt, die Abgabe von den Elektricitätswerken, die jetzt auf 2 100 000 M. gestiegen ist. Zum ersten Male ist das Einkommen für die Stadt ein höheres als das der Aktionäre. Die Mehrheit der Versammlung war also doch nicht so schlecht beraten, wenn sie, nicht aus principiellen Gründen, sondern aus dem Grunde, weil sie die Werke nicht mit dem Anderthalbfachen übernehmen wollte, die Werke nicht übernommen hat (Beifall und Widerspruch). Mit der steigenden Belastung ist man zur Steigerung der Anleihe übergegangen; damit steigt natürlich auch die Belastung der Stadt mit der Schuld und den Schuldenzinsen, welche seit zwei Jahren um 460 000 M. gewachsen sind. Auch hier ist also größte Bedachtsamkeit geboten. Müssen wir uns nun ergeben in das Schicksal des Zuschlages von 8 und 12 Proz. oder giebt es einen Ausweg? Unter den Ausgaben werden wir sehr wenig zu streichen finden. Es wird zu überlegen sein, ob die 10½ Millionen, welche für Hoch- und Tiefbau aus laufenden Mitteln verlangt werden, alle in Ansatz bleiben müssen; es wird nachzuprüfen sein, was von den früheren Bewilligungen schon verbaut ist und ob der ganze Anschlag für das Jahr 1903 überhaupt verbaut werden wird. Einige 100 000 M. werden auf diese Weise aus dem Bau-Etat herauszufinden sein. (Zwischenruf.) An Pflasterkosten geht vielleicht auch etwas ab, aber mit alledem bringen wir die 4,6 Millionen nicht ein. Ich finde den Zustand nicht wünschenswert, daß wir bloß, um den Zustand der Ueberschreitung der 100 Prozent zu vermeiden, uns aufs äußerste einschränken und notwendige Bedürfnisse vernachlässigen. Ich will heute nicht die Frage der Abschaffung der 4 M.-Steuer wieder aufrollen; ich kann mich mit einem Zickzack in solchen Fragen nicht befreunden, aber eigentümlich berührt es doch, daß gerade in einem solchen Etatsjahr uns 600 000 Mark an der Steuer fehlen. Jetzt, wo die Grenze der 100 Prozent überschritten werden soll, sollte man nicht bloß diejenigen hören, welche keine Steuern zahlen, sondern auch diejenigen, welche zahlen. Dazu kommt die Beschränkung unsrer Selbstverwaltung, wenn über die 100 Proz. hinausgegangen wird. Es handelt sich nicht bloß um eine Anfrage an die Regierung, sondern es müßte der ganze Etat genehmigt werden; wir wären nicht mehr Herren im eignen Hause. Aus diesem Grunde schon muß man einen solchen Zustand solange wie möglich vermeiden. Ich glaube, es sind die Wege dazu vorhanden. In der Markthallen-Verwaltung besteht ein Erneuerungsfonds, der jetzt wohl 5 Millionen beträgt. Diese 5 Millionen stehen rechtlich der Stadtgemeinde zur Verfügung; zur Erneuerung und Ergänzung der Markthallen sind diese Gelder nicht notwendig gewesen. Aus diesen Ersparnissen früherer Jahre können also sehr wohl 2—3 Millionen abgezweigt werden. Der Erneuerungs-Fonds des Gas-Etats beträgt auch fast zwei Millionen. Auch daraus ließe sich eine Million für die Bilanz pro 1903 abzweigen; der Rest deckt dann immer noch den wirklichen Bedarf für Erneuerungen. Ebenso ist im Bau-Etat noch ein Fonds von 1 800 000 M. für Entschädigungen vorhanden, der heranzuziehen wäre. Auf diesen drei Wegen könnte für 1903 die Balance erreicht werden. Das ist ja natürlich nur ein Notbehelf (Sehr richtig!); in Zukunft wird die Besserung, abgesehen von einer Wendung in der Konjunktur, hauptsächlich in der Sparsamkeit zu suchen sein (Zustimmung), zu der unser Kämmerer stets geraten hat. Früher schuldigten die Bezirksvereine den Magistrat an, zu engherzig zu sein und forderten zu immer neuen Aufgaben auf; da hieß es immer, das Geld müsse da sein, diese Stadtverordneten seien eben zu rückständige Leute — und jetzt heißt es: Diese finanzielle Mißwirtschaft muß aufhören (Heiterkeit), diejenigen, die über 100 Proz. bewilligen, dürfen nicht wiedergewählt werden! Die Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert nützt nichts, für unsre Kasse ergiebt sie keinen Ueberschuß. Die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Kanalisationsabgabe würde ich, der ich nie ein Hausagrarier war, für eine schreiende Ungerechtigkeit halten; das hieße, die ganze Last auf einen bestimmten Personenkreis abwälzen (Zustimmung.); das wäre event. eine teilweise Vermögenskonfiskation. Unser Palladium, die Selbstverwaltung, muß unangetastet bleiben. (Beifall.)

Stadtv. Dr. **Preus** (N. L.): Die Mahnungen zur Sparsamkeit sind ja ganz gut, aber damit kann man nicht auf einen 200 Millionen-Etat einwirken. Eine übel angebrachte Sparsamkeit wäre auch die Beibehaltung der 4 M.-Steuerstufe gewesen. Der Krebsschaden, an dem unsre Entwicklung leidet, ist die Unterlassung der Eingemeindung im großen Stile vor 8 bis 10 Jahren; daran kranken wir (Zustimmung) und deshalb sind auch die Kurmittel bedenklich, die das Loch nur für ein Jahr stopfen wollen. Im ganzen ließe sich vielleicht noch 1 Mill. decken, für 3½ Mill. fehlt die Deckung. Ich bin nicht principiell gegen die Ueberschreitung der 100 Proz.; aber die Einkommensteuer drückt schon jetzt die mittleren Einkommen stärker, und bei höheren Zuschlägen müßte eine Differenzierung eintreten, wie denn auch die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert als Maßregel ausgleichender Gerechtigkeit eintreten müßte. Redner empfiehlt die Verdoppelung der Umsatzsteuer, was einen paraten Mehrertrag von 2 Millionen ergeben würde. Das sei weder eine Ungerechtigkeit noch eine Vermögenskonfiskation. Den Rest von 1,8 Million müsse die Kanalisationsgebühr tragen; es sei derselbe Betrag, um den der Magistrat die Grundsteuer erhöhen wolle. Die Grundbesitzer würden von den 12 Proz. auch im nächsten Jahre nicht loskommen. Auch wenn die Kanalisationsgebühr bei 2 Proz. bliebe, würden die Hausbesitzer nicht geschädigt; solche Schädigung sei ein Aberglaube.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.): Mit den Vorschlägen des Kollegen Cassel kommen wir nicht weiter. Alle laufenden Ausgaben steigen an; höchstens bei den Gemeindeschulen könnten wir einmal an eine Grenze kommen, da das Weichbild nahezu bebaut ist. Für Kranken- und Irrenanstalten bringen gerade die nächsten Jahre enorme Mehrausgaben; dasselbe trifft für die städtischen Werke zu. Neue Steuern können wir nicht aus dem Aermel schütteln. Der Finanzplan Berlins für die nächsten Jahre sollte in gemischter Deputation mit dem Magistrat erörtert werden. Abstreichen, bloß um abzustreichen, ist kein Sparen. Die Reserven einzelner Verwaltungen jetzt zu benutzen, um ein Loch zuzustopfen, ist der Stadt Berlin doch nicht ganz würdig (Zustimmung) und unzulässig. Die Genehmigung durch den Oberpräsidenten halte ich für unbedenklich; von einer Genehmigung des ganzen Etats steht nichts im Kommunalabgaben-Gesetz. (Widerspruch.) Eine Bemühung, wieder auf 100 Prozent herunterzukommen, hätte nur Wert, wenn man hoffen dürfte, ständig dabei zu bleiben, aber dazu sind die Aussichten mehr als gering, zumal die Einkommensteuer sobald nicht mehr Ueberschüsse ergeben wird. Redner betont dann, daß er zuerst den Gedanken der Grundwertsteuer in der Versammlung propagiert habe; diese gerechte Steuer auf die Bauplätze würde die Hausbesitzer entlasten. Die Erhöhung der Kanalisationsgebühr auf 2 Prozent hält er für sehr schwer durchführbar; dagegen ist ihm die Verdoppelung der Umsatzsteuer durchaus sympathisch. Für die Erhöhung des Gaspreises werde sich wohl wenig Neigung finden. (Heiterkeit.) Die großen neuen Verkehrsprojekte für Berlin müßten erfreulicherweise, soweit sie von der Stadt betrieben werden sollten, an der heurigen Finanzlage scheitern. (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Stadt. **Singer** (Soc.): Ich bedauere nicht, Herrn Mommsen meinen Platz auf der Rednerliste eingeräumt zu haben, denn es wäre schade, wenn seine letzten Ausführungen verloren gegangen wären. Als Vertreter des Kapitalismus weiß er aus jeder Blume Honig zu saugen, selbst aus einem ungünstigen Etat, den er benutzt, um die Stadt abzuschrecken von denselben Unternehmungen, die er zur selben Zeit empfiehlt, wenn ein privater Unternehmer sich dafür finden sollte. Er will alles dem Privatkapital vorbehalten; das zeigt deutlich, wie wenig die Herren bereit sind, die eigentlichen Steuerquellen für die Stadt flüssig zu machen. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Wenn Herr Mommsen in gemischter Deputation über die zukünftige Steuer- und Finanzpolitik Berlins beraten will, würde ich dringend bitten, nicht die hervorragenden Unternehmungen zu vergessen, wo wir buchstäblich das Geld auf der Straße finden könnten. Würden die Elektricitätswerke durch die Stadt betrieben, so würden wir außer den zwei Millionen noch die Einnahmen der Aktionäre haben. (Stürmischer Widerspruch.) Ihr Protest beweist, daß ich das Richtige getroffen habe. Mit der Auffassung des Herrn Mommsen über die Erhöhung über 100 Proz. stimme ich im wesentlichen überein. Herr Cassel vergißt wieder einmal, daß die Leute, die keine Steuern zahlen können, durch ihre Arbeit den andern das Steuerzahlen ermöglichen. (Oho! und Lärm. Rufe: Wir thun alle nichts, wir thun nichts!) Ich schätze die persönliche Thätigkeit der Unternehmer durchaus nicht niedrig ein, aber der Ertrag ihrer Arbeit wird doch erst möglich durch die Benutzung andrer

für ihre Arbeit. (Rufe: Im Gegenteil! und Lärm.) Das von Herrn Cassel vorgeschlagene Mittel kommt mir als ein Kunststück vor, welches ein am Abgrund stehender Finanz- und Geschäftsmann machen würde. (Oh! Oh! und Unruhe.) Das kann eine Gemeinde nicht. So sehr steht Berlin noch nicht finanziell am Abgrund, daß es diese Fonds angreifen müßte. Bei der Erhöhung der Kanalisationsabgabe werden Sie uns auf Ihrer Seite finden. Den Hausbesitzern erwachsen durch die Kanalisation ganz erhebliche Vorteile. Was müßten die Hausbesitzer zahlen, wenn diesen die Fortschaffung der Fäkalien obläge! (Rufe: Weniger!) Ach, man weiß ja, was den Herren die Müllfortschaffung kostet. Die Erhöhung der Umsatzsteuer ist auch kein Mittel zur Deckung von Defizits; die willkürliche Erhöhung einer solchen Steuer wäre eine nicht zu rechtfertigende finanzpolitische Handlung. Die Einkommensteuer bringt für die nächsten Jahre sicherlich keine Erhöhung. Für uns ist die Erhöhung der Einkommensteuer durchaus kein Ideal; wir wissen ganz genau, daß eine Steuererhöhung um so schärfer trifft, je schlechter wirtschaftlich die Zeiten sind, und unnütze Ausgaben mit zu bewilligen haben wir keine Veranlassung. Auch uns erscheint äußerst unbequem, daß mit der Erhöhung der Einkommensteuer die Gewerbesteuer erhöht werden muß, aber so ganz unmöglich ist eine Erleichterung innerhalb der Gewerbesteuer nicht, wenn wir eine Gewerbesteuer-Ordnung hätten, welche die unteren Klassen geringer heranzieht, die höheren desto stärker. Ebensowenig sind wir aber geneigt, uns vor notwendigen Ausgaben zurückhalten zu lassen durch die Gefahr, die Einkommensteuer etwas zu erhöhen. Der Quasi-Ruhm für Berlin, niemals über 100 Proz. gegangen zu sein, ist in meinen Augen gar kein Ruhm. Wir hätten sonst z. B. auf dem Gebiete des Krankenhauswesens andre Zustände als heute. Während die übrigen Redner dem Magistrat für seine Sparsamkeit danken, müssen wir bedauern, daß er in den vorgenommenen Abstrichen so weit gegangen ist und den Bau-Etat so verkleinert hat, daß dadurch eine Arbeitsverminderung Platz greifen muß. (Sehr richtig!) Was Sie heute an den Bau-Etats absetzen, wird darum nicht weniger notwendig; es kommt im nächsten Jahre und die Folge Ihrer übel angebrachten Sparsamkeit ist nur die, daß der Sprung in der Einkommensteuer noch viel höher sein muß. Eine Bewilligung auf Vorrat braucht natürlich nicht einzutreten. Was die gepriesene Grundwertsteuer betrifft, so werden wir stets die Ansicht vertreten, daß die Einschätzung nach dem gemeinen Wert richtiger ist als die nach dem Nutzungsertrag; aber für den diesjährigen Etat ist eine Veränderung ohne Einfluß. Das drohende Gespenst der Einmischung der Behörden bei dem Hinausgehen über 100 Proz. schreckt mich nicht: es macht auf mich immer einen tragikomischen Eindruck, wenn ich in diesem Saale von Selbstverwaltung sprechen höre. Wir sind doch auf Schritt und Tritt der Behörde ausgeliefert; wie können wir da von Selbstverwaltung reden? Der Oberpräsident kann ja jeden Beschluß der Versammlung beanstanden; auch Beschlüsse des Magistrats können beanstandet werden. Soll ich denn an die Verhandlungen der letzten Jahre erinnern, die die Selbstverwaltung illustrieren? Wir sind in die ungünstige Finanzlage wesentlich hineingeraten durch die früher getriebene kurzsichtige Kommunalpolitik bei der Eingemeindungsfrage. Das rächt sich jetzt am Etat. Die reichen, steuerkräftigen Leute ziehen nach den Vororten, machen sich die besseren Wohnungsbedingungen zu nutze und leben von ihrer Thätigkeit in Berlin. Damals konnte Berlin die Eingemeindung haben, der Minister Herrfurth war ihr geneigt. Wir waren dafür, aber einflußreiche Mitglieder der Versammlung haben sie bekämpft. Eine weitere Ursache der finanziellen Ungunst liegt darin, daß wir die Betriebe, welche Zuschüsse kosten, von Stadtwegen betreiben, aber die Geld einbringenden dem Privatkapital überlassen. Wenn wir die Verkehrsmittel und Betriebskräfte in eigner Regie hätten, stände es besser. Ein Wandel ist ja in der letzten Zeit eingetreten, und heute sind die Staatsbehörden ein größeres Hindernis als die städtischen Behörden selbst. Man weiß ja, wie die Polizei und der Minister die Privatgesellschaften bevorzugen; wir unsrerseits verlieren aber trotzdem nicht die Lust, wir wünschen nach wie vor, die Stadt soll, wenn die Konzession abläuft, die Unternehmungen übernehmen. In den letzten Tagen hat ja plötzlich die Große Straßenbahn ihr künstlerisches Herz entdeckt und sorgt für die Ausschmückung des Großen Sterns mit Jagdgruppen usw. Gewiß werden Gründe dafür vorliegen und auch wohl Entscheidungen getroffen werden, welche diese Ausgabe reichlich verzinsen. Die Große Straßenbahn hätte Hundert andre Gelegenheiten finden können, dem Publikum ihr gutes Herz zu zeigen. (Allgemeine Zustimmung.) Die ungünstige Finanzlage muß nachteilig auf die ohnehin noch ungenügende soziale Fürsorge Berlins zurückwirken. Da stehen die Krankenhäuser im Vordergrunde. Es war eine sehr bedauerliche Erscheinung, daß der Magistrat hat zugeben müssen, daß die humane Meldung der Freibettenzahl an die Rettungsgesellschaft nicht innegehalten wird. Das sind unhaltbare Zustände. Wozu sind denn die Betten in den Krankenhäusern da? Jetzt will man eine Anzahl Baracken bauen; ist es nicht beschämend, daß die Abhilfe immer erst nach dem Skandal kommt? In den medizinischen Kreisen ist man peinlich berührt über die Art der Besetzung der leitenden Stellen in unsren Krankenhäusern (Zustimmung); bei dieser Besetzung sollen sich Einflüsse geltend machen, die weit vor der Zeit liegen, wo die Herren ihre praktische Thätigkeit ausüben (Hört! hört!). Die Anstellungen in letzter Zeit sollen Personen betroffen haben, die wissenschaftlich und praktisch noch nichts geleistet haben. In der Schularztfrage stehen wir hinter ganz kleinen Städten zurück; ganze 30 Schulärzte sollen wir bekommen und jeder Arzt soll 8 Schulen übernehmen. Man konnte kaum wirksamer die ganze Angelegenheit diskreditieren. (Zustimmung und Widerspruch.) Auch im Schulwesen sieht es keineswegs glänzend aus; noch immer haben wir das Uebel der fliegenden Klassen. Auf den Rieselfeldern sollte eine rationelle Viehwirtschaft zum Zweck der Milchversorgung Berlins speciell im Interesse der Berliner Säuglinge eingerichtet werden. Wie steht es mit der obligatorischen Fortbildungsschule? Auch die Urlaubsfrage für die städtischen Arbeiter harrt noch der Regelung; es ist doch kaum Ernst zu nehmen, wenn es heißt, daß dem städtischen Arbeiter ein Urlaub erst nach zehnjähriger Dienstzeit gewährt werden soll. Auf dem Gebiet der Wohnungsfrage, der Wohnungsfürsorge für die kleinen Leute ist Berlin ganz besonders rückständig; nach der Meinung der Mehrheit gehört ja der Wohnungsbau zur Domäne des Privatkapitals. Ich bitte den Etat-Ausschuß dringend, alles Notwendige zu bewilligen und die Deckungsfrage nicht davon abhängig zu machen, daß über die 100 Proz. nicht hinausgegangen werden darf.

Oberbürgermeister **Kirschner**: Ich muß der Behauptung widersprechen, daß der Etat vom kapitalistischen Standpunkte aufgestellt ist. Im übrigen hat der Vorredner viele Fragen behandelt, die bereits schweben und mit denen Ausschüsse befaßt sind. An den Krankenhäusern haben wir nie gespart, nie Rücksicht auf die 100 Proz. genommen; man vergißt und verschweigt, wie plötzlich die Anforderungen an die Stadt gewachsen sind, und daß wir im Begriffe sind, eines der größten Krankenhäuser der Welt zu bauen. Das Thema der Wahl der Aerzte ist ein höchst mißliches. Ich protestiere dagegen, daß der Magistrat sich von andren als sachlichen Motiven hat leiten lassen; wir lassen uns aber auch keine bestimmten Personen aufoctroyieren. Die Schularztfrage hätte gar nicht die günstige Entwickelung genommen, wenn wir anders vorgegangen wären. Wir haben auch für die 200 Schulen nur 12 Schulinspektoren. Die Milchversorgung Berlins ist doch öfter hier ventiliert worden; eine solche technische Frage läßt sich nicht beim Etat anschneiden. Die Beschneidung des Bau-Etats hat gar nichts Bedenkliches; auch der beschnittene Bau-Etat ist noch größer als die früheren. Ueber den Wert der Selbstverwaltung zu reden und die Einmischung der Behörde als ganz und gar nicht bedenklich hinzustellen, ist doch ein Widerspruch in sich. Sollen diese negierenden Ausführungen der Selbstverwaltung förderlich sein? Sie können ihr nur schaden. Bei den Ansprüchen des Vorredners sind 8 Prozent ein Butterbrot (Zustimmung). Hätten wir die Straßenbahn erbaut, so machten wir jetzt ein glänzendes Geschäft; aber die Bahnen waren doch in den Händen einer Gesellschaft. Und hätten wir heute zwei Millionen aus den Elektricitätswerken, wenn wir die Werke gekauft hätten? Finden Sie zweckmäßige Wege, die Erhöhung zu vermeiden, so soll es mir recht sein; aber bloße Verlegenheitsmittel können nichts nützen. (Beifall.)

Stadtv. **Cassel** polemisiert in längerer Rede gegen die Ausführungen der Vorredner, namentlich gegen Singer.

Darauf wird der Etat einem besonderen Etats-Ausschuß überwiesen und die Sitzung um ¾10 Uhr geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Vom Bäckerstreik bei Goldacker geht uns das nachstehende Schreiben zu:

Die Arbeitsniederlegung erfolgte, weil ich einen Gesellen, welcher einen großen Posten Schrippen verdorben und denselben verborgen hatte, entlassen habe, und sind demzufolge die Gesellen die Kontraktbrüchigen.

Auch habe ich schon seit Sonntagabend alle Schichten vollständig besetzt, es arbeiten sogar 7 Gesellen mehr wie vor dem Streik. Daß Gesellen mit dem Brotwagen nach der Bäckerei befördert sind, ist vollständig erfunden, auch ist der Geschäftsgang der Filialen nicht zurückgegangen, nein, sogar in mehreren seit Montag gestiegen. Ergebenst

p. Ed. Goldacker
Ziemann.

Herr Goldacker scheint seine Darstellung des Konflikts auch noch auf andre Weise zu verbreiten, wie aus der nachstehenden Einsendung des Bäckerverbandes hervorgeht, die auch die Angaben des Herrn Goldacker von andrer Seite beleuchtet:

Einen ungeheuren Menschenauflauf verursachte am Mittwochabend Herr Goldacker vor seinem Hauptgeschäft. Er hatte Plakate anfertigen lassen, auf denen er dem Publikum die unglaublichsten Dinge zum besten gab. So gab er bekannt, daß die Arbeiter nur deshalb streikten, weil er einen Arbeiter entlassen habe, der ihm eine Menge Ware verdorben hätte. Weiter hätte er seinen Arbeitern pro Woche 28 M. und halbe Kost gegeben.

Wir haben hierzu zu erklären, daß die Entlassung des Vertrauensmannes der Weißbäcker einzig und allein als Maßregelung zu betrachten ist und von den bisherigen Arbeitern dieses Betriebes auch einstimmig als solche aufgefaßt wurde. Wenn dem Entlassenen auch in Wirklichkeit ein geringes Quantum Ware mißriet, so ist zu erwähnen, daß derartige Fälle in einem so großen Betriebe täglich vorkommen und von den Bäckermeistern selbst viel größere Posten verdorben worden sind. Uebrigens durchbrach Herr Goldacker den Vertrag vom 12. d. Mts. auch noch nach andrer Seite hin. Zur Lohnhöhe ist zu bemerken, daß die letzten Arbeiter, darunter verheiratete Leute, 21 M. pro Woche verdienten. Sie erhielten auch keine halbe Kost, sondern nur Kaffee und das Brot dazu, sonst nichts. Der Kaffee taugte obendrein sehr oft noch nicht einmal etwas, und Herr Goldacker wußte das, denn er brauchte eines Tages selbst einmal den nicht gerade geistreichen, aber ihn und seinen Kaffee kennzeichnenden Ausspruch: „Ob Sie das bißchen Lorche runterkuddeln oder nicht, bleibt sich gleich!“ Herrn Goldacker scheint nachgerade recht schwül zu werden ob der von ihm heraufbeschworenen Situation. Der Vorstand des Bäckerverbandes.

Die Buchbinder der Neuen photographischen Gesellschaft befinden sich bekanntlich im Streik. Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist folgende: Im Auftrage der in Berlin beschäftigten Buchbinder wollte eine Kommission derselben bei der Direktion vorstellig werden, um die Beseitigung einiger Mißstände zu erwirken. Die Direktion lehnte aber die Verhandlung mit der Kommission ab. Kurz darauf wurden zwei Mitglieder dieser Kommission entlassen, dann wieder zwei und am letzten Sonnabend acht Buchbinder. An Stelle der Entlassenen sollten ungelernte Arbeiter zu geringerem Lohn eingestellt werden. Wieder sandten die im Betriebe Beschäftigten eine Kommission zur Direktion, um die Wiedereinstellung der Entlassenen zu fordern. Die Direktion lehnte diese Forderung ab und nun legten sämtliche Buchbinder die Arbeit nieder. Hierauf wollte der Buchbinder-Verband versuchen, den Konflikt beizulegen. Der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle des Buchbinder-Verbandes schrieb deshalb an die Direktion der Neuen photographischen Gesellschaft:

Der unterzeichnete Verband richtet hiermit an die Direktion der Neuen photographischen Gesellschaft die höfliche Anfrage, ob sie geneigt wäre, wegen der erfolgten Arbeitsniederlegung der Buchbinder in Unterhandlung zu treten. Zur Beilegung der Differenzen und im Interesse beider Parteien wäre es dringend geboten, daß eine solche Verhandlung stattfinden würde. Wir ersuchen deshalb höflichst, uns umgehend Mitteilung zugehen zu lassen, ob Sie mit dem Unterzeichneten in Unterhandlung treten wollen; gleichzeitig ersuchen wir um Zeitangabe einer solchen Verhandlung. Indem wir hoffen, daß unsre Anfrage die gewünschte Berücksichtigung finden möge, zeichnet

Hochachtungsvoll
J. A.: Alb. Bergmann.

Auf diese durchaus höfliche Anfrage hätte jeder anständige Mann eine ebenso höfliche, wenn es ablehnende Antwort erteilt. Ein weniger anständiger Mensch hätte die Anfrage vielleicht unbeantwortet gelassen. Was that aber die Direktion der Neuen photographischen Gesellschaft? Sie durchstrich das Schreiben Bergmanns kreuzweise mit Rotstift, zerriß es in Stücke, packte diese in einen Briefumschlag, schrieb darauf: „Alb. Bergmann, Berlin SO., Engelufer 15“, und gab das Produkt ihrer Heldenthat zur Post.

Die Vertretung eines Geschäfts, die eine Friedensvermittelung in so unanständiger Form zurückweist, richtet sich durch ihre Handlungsweise selbst.

Die Zustände in den Berliner Schlossereien bildeten am Mittwoch den Gegenstand ausgiebiger Besprechungen einer stark besuchten Schlosserversammlung. In seinem einleitenden Referat führte der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes Cohen unter anderm aus: Es sei endlich an der Zeit, daß sich die Schlosser mal wieder ein wenig um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekümmern, denn die Erfolge des 96er Streiks seien fast vollständig wieder verloren gegangen. Die damals festgelegte neunstündige Arbeitszeit wird fast nirgends mehr eingehalten, vielmehr wird in den meisten Betrieben 10 bis 11 Stunden gearbeitet. Löhne von 21 bis herab zu 15 M. seien gang und gäbe, ja bei einzelnen Firmen erhalten die Schlosser bis zur Fertigstellung einer Arbeit sechs bis neun M. als wöchentliche Abschlagszahlung. Wer hiergegen opponiert, wird einfach entlassen. Entlassungen können sich die Meister umsomehr gestatten, als ihnen durch die ungeheuerliche Lehrlingszüchterei ein steter Nachwuchs williger Arbeitskräfte zur Verfügung steht. Redner verliest etwa ein Dutzend Firmen, in denen 60 Gesellen und 30 Lehrlinge bis herab zu 15 Gesellen und 24 Lehrlinge beschäftigt sind. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß solche Lehrlinge zu tüchtigen Gesellen ausgebildet werden können. Sie erlernen einfach einige wenige Handgriffe und werden im übrigen während der drei- oder vierjährigen Lehrzeit bis aufs äußerste von den Meistern ausgenutzt. Um eine möglichst große Arbeitsleistung aus ihnen herauszuschlagen, setzt der Meister für die „tüchtigen“ Jungen eine wöchentliche Prämie von 1 bis 3 M. aus. Ist der Lehrling dann Geselle, so wird er entweder entlassen, weil er infolge des Nachwuchses andrer Lehrlinge überflüssig ist, oder er geht freiwillig, um sich anderwärts erst zum wirklichen Gesellen auszubilden. Häufig findet er dann aber keine Arbeit, oder er muß als minderwertiger Arbeiter mit einem geringeren Lohn vorlieb nehmen. Thatsache ist, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Schlosser wesentlich schlechter sind, als die der meisten andren Metallbranchen, deshalb gelte es, in diesem Frühjahr eine **allgemeine Lohnbewegung** einzuleiten, welche die Schlosser vor einer weiteren Herabdrückung ihrer Lebenshaltung schützt. Drei Hauptforderungen seien hierbei zu stellen:

1. Die Regelung des Lehrlingswesens,
2. Festsetzung eines Mindestverdienstes, **nicht** Mindestlohnes, weil sich Accord- und Lohnarbeit hier nur schwer trennen lassen, und
3. Einführung und strenge Innehaltung der **neun**stündigen Arbeitszeit.

Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft und vielseitig. Sämtliche Redner brachten Mißstände aus den einzelnen Betrieben zur Sprache und begrüßten die Einleitung einer allgemeinen Lohnbewegung, um einigermaßen geordnete Zustände in diesem Beruf zu schaffen. Beschlossen wurde einstimmig, in den nächsten Tagen eine Umfrage bei sämtlichen Schlossern vorzunehmen, um wahrheitsgemäße Unterlagen für den wirklichen Verdienst derselben zu erhalten, alsdann hat jede einzelne Werkstatt Stellung zu der geplanten Lohnbewegung zu nehmen, damit zu gegebener Zeit den Forderungen auch der nötige Nachdruck verliehen werden könne.

Die Arbeit niedergelegt haben gestern sämtliche Metallformer der Firma Pohl (Inhaber Lebdin), Weberstr. 7. Ursache der Differenzen sind unziemliche Behandlung und mangelhaftes Arbeitsmaterial. Die eingeleiteten Verhandlungen blieben resultatlos, weil der Chef der Ansicht war, das beste sei, die „Bude mal gründlich rein zu machen“, d. h. mit andren Arbeitern zu besetzen.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Schauerleute in Bremerhaven ist beendet. Die Kohlenarbeiter hatten beschlossen, nötigenfalls zu Gunsten der ausständigen Verladungsarbeiter ebenfalls die Arbeit einzustellen. Wenn dieser Fall eingetreten wäre, dann würden die zur Abreise bereit liegenden Schiffe des Norddeutschen Lloyd nicht mit Kohlen versehen, also an der Abfahrt verhindert worden sein. Vorerst machten die beteiligten Arbeiter aber noch einen letzten Versuch zur friedlichen Beilegung des Konflikts. Eine Kommission der Ausständigen begab sich nach Bremen, um mit der Direktion des Lloyd persönlich zu verhandeln. Es wurde auch ein befriedigendes Resultat erzielt. Der entlassene Arbeiter, wegen dessen der Streik ausbrach, soll wieder eingestellt werden. Sein Streit mit dem Vorarbeiter, der die Handhabe zur Entlassung bot, soll gerichtlich zum Austrag gebracht werden. Wird festgestellt, daß der Vorarbeiter im Unrecht ist, dann wird derselbe entlassen, im andren Falle erfolgt die Entlassung des jetzt wieder eingestellten Arbeiters. — Mit dieser Lösung des Konflikts erklärten sich die Streikenden einverstanden. Am Donnerstag wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Eines der „dem Staate sehr nützlichen Elemente“ erschien — wie uns aus Halle geschrieben wird — in der Person des Töpfers Karl Taubert vor der dortigen Strafkammer auf der Zeugenbank. Taubert war im Juli vorigen Jahres bei einem Ofenfabrikanten, bei dem nur organisierte Töpfer schaffen, in Arbeit getreten, und hatte den dort beschäftigten Kollegen vorgeschwindelt, er sei ebenfalls Mitglied des Töpferverbandes. Die Töpfer Hippert, Stephan, Rohde und Pawlowski nahmen den Taubert freundlichst auf, borgten ihm Geld und waren ihm bei der Arbeit nach jeder Richtung hin gefällig. Als sie aber später erfuhren, daß Taubert gar nicht Verbandsmitglied sei, forderten sie unter der Ankündigung der Arbeitsniederlegung von dem Unternehmer Tauberts Entlassung, die auch Mitte August erfolgte. Anfänglich hatten die vier genannten Töpfer Taubert zu bewegen versucht, dem Verbande beizutreten. Als ihnen aber von Dessau aus mitgeteilt worden, daß Taubert im Jahre 1895 auch wegen Unterschlagung von 50 M. Verbandsgeldern bestraft worden ist, brachen sie jede Gemeinschaft mit ihm ab. Das Schöffengericht hatte die vier organisierten Töpfer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, wogegen die Bestraften Berufung eingelegt hatten. Taubert, der sich in erster Instanz um die Beantwortung der Frage seiner Bestrafung wegen Unterschlagung herumgedrückt hatte, mußte heute diese Strafthat einräumen. Es kam auch zur Sprache, daß er ein schlechter Arbeiter, sowie ein Trinker sei, und die Familie Not leiden lasse. Gelder, welche er für die Boeren sammelte, hatte er vertrunken. Das Gericht verwarf die Berufung der vier bisher unbescholtenen Töpfer, die nun wegen des Musterknaben Taubert je eine Woche Gefängnis abmachen sollen.

Ausland.

Die Wiener Konfektionsschneider sind immer noch nicht im sicheren Besitz dessen, was sie durch den Streik errungen haben. Dieselbe Erscheinung, die man seiner Zeit nach dem Berliner Konfektionsarbeiterstreik beobachten konnte, zeigt sich jetzt in Wien. Ein Teil der Konfektionäre sucht sich durch alle möglichen Winkelzüge um die Erfüllung der Verpflichtungen, die sie durch die Einigung übernommen haben, herumzudrücken. Unter anderem ist auch die Einsetzung einer paritätischen Kontrollkommission vereinbart worden, welche über die Innehaltung des Tarifs zu wachen hat. Jetzt will die Mehrheit der Konfektionäre von einer paritätischen Kommission nichts wissen, sie wollen dieselbe vielmehr nur aus ihren eignen Reihen besetzen, also sich gewissermaßen selbst kontrollieren. Da ein solches Verlangen den Einigungsbedingungen geradezu widerspricht, so hat der Obmann des Vereins der Konfektionäre, der einen Vertragsbruch nicht gutheißen will, sein Mandat niedergelegt. Auch der Gewerbe-Inspektor hat erklärt, daß er bei den weiteren Verhandlungen nicht mitwirken könne, wenn nicht vollkommene Vertragstreue herrsche. Einstweilen schweben noch Verhandlungen über den neuen Streitpunkt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Triumph des Centrums.

München, 19. Februar. (W. T. B.) Der Prinzregent hat zum Staatsminister des königlichen Hauses und des Aeußeren unterm gestrigen den Kultusminister Freiherrn v. Podewils ernannt.

Die englische Adreßdebatte.

London, 19. Februar. Unterhaus. (Fortsetzung.) In der Adreßdebatte bringt Keir Hardie (Arbeiterpartei) einen Antrag ein, in welchem dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben wird, daß die Regierung nicht Maßnahmen vorzuschlagen beabsichtige, durch welche für die Arbeitslosen Arbeitsgelegenheiten geschaffen würden. Redner legt dar, daß durch einen derartigen Plan die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen und zugleich der Umfang des in Bebauung stehenden Landes sich vermehren würde. Der Präsident des Lokalverwaltungs-Amts Long erklärt: Der Mangel an Arbeitsgelegenheit sei ernst zu nehmen, aber er hoffe, daß er zu vermindern sei. Hierauf wird der Antrag Keir Hardie mit 201 gegen 161 Stimmen abgelehnt.

England und Venezuela.

New York, 19. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Ein Telegramm des „New York Herald“ aus Port of Spain besagt, die englischen Marinebehörden erklärten: England sei entschlossen, eine von Castro durchgeführte Blockade nicht anzuerkennen. Seine Kriegsschiffe würden nicht zögern, im Falle von irgendwelchen Einmischungsversuchen gegenüber dem englischen Handel in Venezuela Feuer zu geben. Bis zu seiner Ablösung durch das in Reparatur befindliche Kriegsschiff „Quail“ sei das englische Kriegsschiff „Rocket“ verantwortlich für den Orinoco und das benachbarte Gebiet. Das englische Kriegsschiff „Pallas“ führt die Aufsicht über die übrige Küste.

Glasgow, 19. Februar. (W. T. B.) Gestern nacht brach in Gebäuden der Goran Road, welche mit Paraffin- und Naphtabeständen gefüllt waren, eine Feuersbrunst aus, die sich rasch über eine Fläche von mehreren Acres ausdehnte. Brennendes Oel floß gegen den Hafen. Die dortigen Schuppen der Shipping Company wurden vom Feuer ergriffen. Die Feuerwehr arbeitete die ganze Nacht und heute morgen gegen 9 Uhr schien die Gefahr einer weiteren Ausbreitung des Feuers beseitigt. Um 10 Uhr entströmte indessen dem ursprünglichen Brandherde wiederum eine Masse Naphtha und Paraffin und setzte den Landungssteg der Finnieston-Fähre in Brand, der zerstört wurde. Der Schaden wird auf 40 000 Pfd. Sterl. geschätzt.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

262. Sitzung. Donnerstag, den 19. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) beschwert sich über die dilatorische Behandlung der Anmeldungen von Warenzeichen beim Reichs-Patentamt. Zur Eintragung eines einfachen Warenzeichens werde oft ein ganzes Jahr gebraucht. Die Verfügungen des Reichs-Patentamts seien auch vielfach so widerspruchsvoll, daß sich der einfache, schlichte Fabrikant keinen Vers daraus machen könne. Die Verfügungen seien oft bureaukratisch, um nicht zu sagen pedantisch. Das Patentamt verwerfe grundsätzlich solche Wortzeichen, die auf eine hervorragende Eigenschaft der zu schützenden Ware hinweisen. Dabei sei es aber nicht einmal konsequent. Redner führt mehrere Beispiele an für das Widerspruchsvolle der Patentamts-Entscheidungen. So sei einer Firma die Eintragung des Wortzeichens „Bahnbrecher“ verweigert worden, obgleich es doch keinen Hinweis auf Eigenschaften einer Ware enthalte.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.)

fragt an, wie es mit der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes auf dem Gebiete des Kohlenhandels stehe, wie dem Ausstellungsschwindel begegnet werde und ob die Einbringung eines Gesetzes zum Schutze des deutschen Kunstgewerbes in Aussicht stehe. Redner wünscht weiter ein Reichs-Theatergesetz vor allem mit Rücksicht auf die Theatercensur und die Regelung der Gebühren des Kündigungs- und Entlassungsverhältnisses im Theaterwesen. Auf die principielle Berechtigung der Censur will ich bei der Geschäftslage nicht eingehen. Die thatsächlichen Zustände auf dem Gebiete der Censur in Preußen beweisen allein schon, daß ein großzügiges Reichs-Theatergesetz, das die Censur abschafft, dringend notwendig ist. Die Theatercensur gehört zur Gewerbe-Ordnung, zur **Gewerbepolizei**, der Reichstag ist also ganz zweifellos in dieser Frage zuständig. In den letzten Wochen hat sich der preußische Theatercensor wieder dem Gelächter der Welt ausgesetzt. Im letzten Moment der Generalprobe zu Bernsteins D'Malk im Deutschen Theater in Berlin wurde plötzlich verboten, während eines Gebets einen Walzer zu spielen. (Hört! hört!) Das ist ein ganz bekannter Theatertrick. Als der Direktor meinte, es sei doch ein Novum, daß so im letzten Moment der Generalprobe gegen ein Stück vorgegangen werde, antwortete der Censor mit dem geflügelten Worte: „Was die Behörde anordnet ist immer ein Novum“. (Heiterkeit.) Jetzt wird statt des Walzers Webers Aufforderung zum Tanz, — bekanntlich auch ein Walzer — gespielt. (Heiterkeit.) Von dem Dreyerschen Stück „Das Thal des Lebens“, das auch von der Censur verboten ist, halte ich nicht allzuviel. Aber kräftig protestieren muß ich doch gegen die Begründung des Censurverbots seitens des Oberverwaltungsgerichts und im preußischen Abgeordnetenhaus. Das preußische Oberverwaltungsgericht erklärt in seiner Entscheidung: „Gerade jetzt ist mit Rücksicht auf die bedauerlichen Vorgänge am sächsischen Hofe eine öffentliche Aufführung besonders bedenklich.“ (Hört! hört!) Was ist das für eine Logik? Ich sollte doch meinen, daß gerade die hochbedauerlichen Zustände in Dresden zur Evidenz bewiesen haben, daß wahre Sittlichkeit mit Pietisterei und Frömmelei nicht das mindeste zu thun hat. (Sehr wahr! links.) Das klägliche Beginnen des Vereins deutscher Fürstinnen zur Hebung der Sittlichkeit — — —

Präsident Graf **v. Ballestrem** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das gehört wohl nicht zum Reichsamt des Innern! (Große Heiterkeit.)

Abg. **Müller-Meiningen** (fortfahrend):

Ich muß diese Sache vorbringen zur Begründung meines Antrages auf Einbringung eines Reichs-Theatergesetzes. (Staatssekretär Graf v. Posadowsky und auf einen Wink desselben auch der sächsische Geheimrat Fischer mit den übrigen Bundesratsvertretern verlassen den Saal.) Der preußische Minister des Innern sagte im Abgeordnetenhause: „Es handelt sich hier darum, daß vor 100 oder 150 Jahren in einem Zweige unsres preußischen Königshauses künstlich versucht sei, eine Nachfolge auf unlauterem und unsittlichem Wege zu erzielen. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Daß das nicht in das Volk hineingebracht werden darf, ist in einem monarchischen Staat selbstverständlich. (Heiterkeit links.) Es hat aber hier nicht einmal der Dichter selbst gewußt, daß der Markgraf in dem Stück in einer verwandtschaftlichen Beziehung zum Hohenzollernhause steht. Das hat der Herr Minister erst in das Stück hineingelegt. (Heiterkeit.) Das Stück enthält im Gegenteil eine Verherrlichung des preußischen Staates, denn der junge frische Bursch, der der Held des Stückes ist, eilt auf preußisches Gebiet, als auf eine Stätte der Freiheit. Das war freilich nicht das heutige Preußen. (Sehr gut! links.) Das Censur-Verbot hat hier wieder einmal eine Riesenreklame für ein Stück gemacht, das sonst von dem guten Geschmack des Publikums sehr bald vom Repertoire entfernt worden wäre.

Der schlimmste Streich, den die Censur seit langem begangen hat, aber war das Verbot des Heyseschen Dramas „Maria von Magdala“.

Ein großes Blatt hat das Stück mit Recht einen Hymnus auf die Menschen umgestaltende Kraft Christi genannt. In Hamburg, Bremen, Stuttgart ist das Stück ohne weiteres aufgeführt worden, während es bei uns das religiöse Gefühl des Publikums verletzen soll. In Amerika hat das Stück vor auserkorenem Publikum aus pietistischen Kreisen eine wahrhaft erhebende, erschütternde Wirkung ausgeübt. Paul Heyse selbst hat sich in einem Schreiben an den Kieler Goethebund scharf über das Vorgehen der Censur geäußert. In diesem Schreiben, das in seinem Wortlaut abzudrucken kein Berliner Blatt gewagt hat, heißt es: Er müsse es tief beklagen, daß zwei Minister eines sich christlich nennenden Staates die Aufführung eines Dramas untersagen, in dem die sittliche Macht des Christentums den höchsten Triumph feiert, und daß sich Richter in Berlin finden, die durch ihr Urteil eine so widersinnige Verfügung bekräftigen mit der unglaublichen Begründung, das Stück enthalte einen Angriff auf die Religion. Wenn Herr v. Hammerstein konsequent wäre, müßte er auch Goethes „Faust“, Schillers „Räuber“, „Kabale und Liebe“, Shakespeares Königsdramen verbieten. Warum thut er das nicht? (Zurufe links: Weil er sich schämt!) Ja, er fürchtet sich vor der öffentlichen Meinung!

Einem sehr anständigen Charakterdarsteller von gutem Rufe wurde der Vers gestrichen:

Sie dachte an nichts Böses —
Futsch war sie, ach herrjeses!

(Heiterkeit.) Darin wurde eine Gotteslästerung gefunden, weil der Name Jesu hineingezogen sei. (Heiterkeit.) Einer Soubrette wurde nicht gestattet, ein Couplet mit dem verfänglichen Titel „Die Taube“ zu singen; unter dem Titel „la paloma“ aber durfte sie es singen. Das verstand wahrscheinlich der Censor nicht. (Heiterkeit.) Ferner ist es hier nicht gestattet, auf dem Theater von der serbischen Königin Draga Maschin zu sprechen, weil sie zu den gekrönten Häuptern gehört. (Heiterkeit.)

Komisch ist die Beanstandung der Verse eines sehr beliebten Komikers:

„Miß Duncan tanzt im hiesigen Opernhaus,
Doch vor dem Tanze zieht sie die Strümpfe aus.
Im allgemeinen findet das nicht statt,
Weil manche Tänz'rin Hühneraugen hat.“

Der betreffende Komiker mußte die Bilder, die er zu diesen Versen zu zeigen pflegte, erst dem Censor mehrfach unterbreiten, ehe dieser Milde walten ließ.

Ein andrer Vers, der zur Zeit der Schweinenot gedichtet ist, wurde erst nach wiederholten Beschwerden freigegeben:

„Ach, hinter einem Schweine — Da laufen viele Leute —, Denn so ein Tier ist jetzt 'ne Seltenheit, — Ja, wenn noch ein'ge Jahre 'rum — Zeigt man das letzte im Panoptikum.“

Ich erwähne noch, daß Oskar Wildes „Salome“, die in Stuttgart mit großem Erfolge aufgeführt ist, dem hiesigen „Kleinen Theater“ verboten worden ist.

Neuerdings munkelt man noch **von einem viel höheren Censor.** In gut eingeweihten Kreisen erzählt man sich von den Hoftheatern ganz merkwürdige Dinge. Mir ist aus einer **sehr guten Quelle** angedeutet worden, daß die Nachrichten über Wildenbruchs „König Laurin“ und Richard Strauß' dramatisches Singgedicht „Feuersnot“ **thatsächlich wahr sind.** Diese besten Werke sind vom Repertoire des Hoftheaters verschwunden. **Warum?** — das will ich nicht anführen. **Wegen dieses noch höheren Censors! Was sind das für muckerische Rückständigkeiten!** Der Geist des Muckertums geht wieder um. Er hat sich auch darüber empört, daß der Kaiser den Vorlesungen des Professor Delitzsch über die neuesten assyriologischen Forschungen beigewohnt hat, eine Thatsache, die das deutsche Bürgertum mit Freuden vernommen hat. Es ist höchst bedauerlich, daß hier die Maulwürfe schon wieder an der Arbeit sind. Freilich, oft weiß man nicht, woran man ist; einerseits wird von allerhöchster Stelle die Freiheit der Forschung proklamiert, und gleichzeitig erfolgen höchst reaktionäre Maßregeln gegen die deutsche Kunst und den Liberalismus. Ich appelliere an den Reichskanzler, dessen litterarische Ansichten ich zu kennen glaube, daß es anders werde. Seine Minister, das sind zum Teil Philister. (Heiterkeit.) Die Theatercensur ist eine Beleidigung des deutschen Volkes. Ein Reichs-Theatergesetz muß mit diesem vormärzlichen Ueberbleibsel aufräumen, so wahr der Reichskanzler kein Philister ist! (Beifall links.)

Abg. Dr. **Crüger** (frs. Vp.):

Ich möchte eine Censur im wirtschaftlichen Leben besprechen, die Censur, die gegenüber der Börse geübt wird. Der preußische Handelsminister hat vor einigen Tagen im Abgeordnetenhaus erklärt, Preußen sei für die Fragen der Börsengesetzgebung nicht zuständig, man möge die Sache im Reichstag zur Sprache bringen. Ich frage die Regierung, wie weit die Reform des Börsengesetzes gediehen ist und in welcher Richtung sie sich bewegt. Darüber, daß das Börsengesetz einer Revision bedarf, bestehen keine Meinungsverschiedenheiten mehr, auch nicht auf agrarischer Seite. Es hat über diese Frage auch eine Konferenz im Handelsministerium stattgefunden, in der die Revisionsbedürftigkeit des Börsengesetzes ebenfalls einmütig anerkannt worden ist. Trotzdem werden die Wünsche der Handelskammern immer noch nicht erfüllt. Was würde die Rechte sagen, wenn etwa die Wünsche der Landwirtschaftskammern in derselben Weise ignoriert würden? Kennzeichnend ist ein Vergleich der Haltung der Regierung zum Zolltarif und zum Börsengesetz. Man ersieht daraus, daß bei uns die verschiedenen wirtschaftlichen Stände nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden. Die Gesetzgebung des Reiches wirkt geradezu auf eine Schädigung des Handelsstandes hin. Einzelne Bestimmungen des Börsengesetzes haben direkt eine unmoralische Geschäftsgebarung zur Folge gehabt. Die Börsenkommissare haben zwar keine Mißstände an der Börse vorgefunden, aber sie haben Gelegenheit gehabt, die schädlichen Folgen des Börsengesetzes zu beobachten. Der Getreidehandel wird durch die Auslegung des Gesetzes fast ganz unterbunden. Dabei haben die Agrarier selbst in ihren Kornhaus-Genossenschaften den Befähigungsnachweis erbracht, daß sie nicht im stande sind, den Getreidehandel selbst zu übernehmen. Die Kornhaus-Genossenschaften haben selbst Spekulation getrieben, während der Terminhandel an der Börse gerade wegen der Spekulation verboten wird. Das Börsenregister hat nicht die Spekulation gehemmt, sondern den unreellen Spekulanten die Wege geebnet. (Sehr wahr! links.) Eine durchgreifende Revision des Gesetzes ist auch von dem Börsenausschuß, dem maßgebende agrarische Persönlichkeiten angehören, für notwendig erklärt worden. Ebenso muß das Stempelsteuer-Gesetz revidiert werden. Der Herr Handelsminister meinte, wir sollen die öffentliche Meinung beeinflussen. Beim Zolltarif-Gesetz hat sich die Regierung nicht gescheut, im Interesse der Agrarier der öffentlichen Meinung entgegenzutreten. In Bezug auf das Börsengesetz wird die öffentliche Meinung nur durch eine kleine Anzahl von Leuten aus blindem Haß gegen das mobile Kapital irregeführt. Ich hoffe, daß die Regierung endlich die Revision der Börsengesetzgebung energisch in die Hand nehmen wird. (**Bravo! links.**)

Abg. Graf **Kanitz** (k.):

Selten ist ein Gesetz so eingehend vorbereitet worden, wie das Börsengesetz. Der Herr Vorredner hatte also kein Recht zu behaupten, das Gesetz sei aus blindem Haß entstanden. Eine Revision des Gesetzes ist nach mancher Richtung allerdings notwendig. So ist es nicht richtig, daß jetzt im Börsenausschuß die Börsenelemente überwiegen, denn die Börse ist ein Institut, das der Allgemeinheit zu dienen hat und nicht einzelnen Kreisen des Volkes. Die Börsenkreise verlangen so viel, daß die Regierung gar nicht in der Lage ist, ihre Forderungen zu erfüllen. Vor allem wird gegen das Börsenregister Sturm gelaufen. Ich bedaure das sehr, denn der Zweck desselben ist, illegitime Zeitgeschäfte zu unterdrücken. Aber die Herren wollen gerade das unberufene Publikum zum Börsengeschäft heranziehen, deshalb wird gegen das Börsenregister agitiert. Ich gebe zu, daß wer den Differenzeinwand erhebt, ein Schuft ist, warum werden aber nicht einfach die Leute, welche den Differenzeinwand erheben, vom Börsenbesuch für immer ausgeschlossen? Heute werden aber auch Leute, welche wegen Betruges verurteilt sind, wieder zur Börse zugelassen, wenn sie die bürgerlichen Ehrenrechte wieder erlangt haben. (Hört! hört! rechts.) Den Getreide-Terminhandel haben wir abgeschafft, weil dieser einen beträchtlichen Druck auf die Getreidepreise ausgeübt hat. Unter diesen Manipulationen haben die Landwirte im ganzen Lande gelitten. Nicht die Agrarier haben die Abschaffung des Getreide-Terminhandels zuerst verlangt, sondern zwei nichtagrarische Herren aus dem Centrum: Herr Fuchs, Kaufmann in Köln, und Herr Schwarze, Amtsgerichtsrat in Lippstadt. Es ist behauptet worden, daß das preußische Kriegsministerium sich für die Wiederherstellung des Getreide-Terminhandels interessiere, weil es nur in dieser Form möglich sei, im Kriegsfalle das Land mit ausländischem Getreide zu versorgen. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser Nachricht, denn ebenso wie der Terminhandel viel Getreide in das Land hineinbringen kann, hat er umgekehrt auch oft die Tendenz, das Land von Getreide zu entblößen. Wir haben 1870/71 unsern Getreidebedarf ohne Terminhandel gedeckt und werden das auch in Zukunft thun können.

Die Börsenstempelsteuer hat Mindererträge gebracht, weil sie mit zu hohen Beträgen angesetzt worden ist. Es ist aber keineswegs das Börsengesetz an diesem Minder-Steuerertrag schuld. In dem Jahr nach Inkrafttreten des Börsengesetzes hat sich der Ertrag des Börsenstempels um 4 Millionen Mark gehoben.

Abg. **Büsing** (natl.): Auch meine politischen Freunde entziehen sich nicht der Erkenntnis, daß das Börsengesetz von 1896 teilweise recht beklagenswerte Wirkungen gehabt hat. Diese Wirkungen sind nicht vorauszusehen gewesen. Meine politischen Freunde sind daher bereit, an einer Aenderung der Börsengesetzgebung mitzuwirken.

Abg. **Mommsen** (frs. Vg.):

Ich teile die pessimistischen Auffassungen des Kollegen Dr. Crüger, daß wir die Novelle zum Börsengesetz in dieser Session kaum mehr erhalten werden. Durch die bestehende Börsengesetzgebung ist aber unserm Nationalwohlstand großer Schaden erwachsen, darum sollte selbst am Ende dieser arbeitsreichen Session diese von allen Parteien gewünschte Reform noch vorgenommen werden. Die Agrarier haben dem Verbot des Getreide-Terminhandels am allereifrigsten zugestimmt. Graf Kanitz hat verlangt, daß im Börsenausschuß die Mehrheit nicht von Börsenmännern gebildet werde. Wie würde es ihm aber gefallen, wenn in den Landwirtschaftskammern nicht sachverständige Landwirte die Mehrheit bilden sollten? Herr Dr. Crüger hat bereits die Aufhebung des Verbots des Getreideterminhandels und die Beseitigung des Börsenregisters verlangt. Die Spekulation haben Sie durch die Aufhebung des Terminhandels nicht beseitigt, im Gegenteil die Spekulation hat noch mehr um sich gegriffen. Der Kauf von Effekten ohne Kapital auf Kredit ist an sich ebenso wenig verwerflich wie der Kauf von Landgütern mit einer Anzahlung von noch nicht 5 Proz. Dagegen brauchte man nicht das schwere Geschütz des Verbots des Terminhandels aufzufahren. (Sehr richtig! links.) Auf Grund der Vorschläge des Frankfurter Bankiertages bin ich überzeugt, wäre eine Mehrheit hier im Hause für eine Novelle zum Börsengesetz zu finden. Wenn auf der Rechten auch einige Bankdirektoren säßen, dann würden diese wirklich Sachverständigen bald einsehen, daß das, was Sie da geschaffen haben, nicht der Erhaltung wert ist. Aber Sie denken nur daran, wie Sie die Börse noch mehr knebeln können. (Bravo! links.)

Abg. **Gamp** (Rp.):

Der Differenz-Einwand ist keine Folge des Börsengesetzes, sondern er war schon nach dem Landrecht möglich und ist ebenso nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch statthaft; das Verbot des Terminhandels in Getreide und Bergwerkswerten hat durchaus nützlich gewirkt; besonders die Landwirtschaft ist damit sehr zufrieden. Die Vertretung dieser landwirtschaftlichen Interessen sollten Sie (nach links) doch uns überlassen; wir vertreten ja auch nicht Ihre Interessen. Herr Mommsen beurteilt auch das Terminregister ganz falsch. Das Börsenregister war nicht an sich anrüchig, sondern ist erst durch die Börse selbst diskreditiert worden. Erhalten werden muß nur das Termingeschäft, das auf effektiven Lieferungen beruht.

Abg. Dr. **Spahn** (C.): Man sollte die specielle Diskussion über die Reform der Börsengesetzgebung doch zurückstellen, bis die von den verbündeten Regierungen in Aussicht gestellte Vorlage dem Reichstage zugegangen ist.

Abg. Dr. **Hasse** (natl.) fragt an, ob das Gesetz über Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit fertiggestellt sei oder in welchem Stadium es sich befinde.

Abg. Dr. **Dahlem** (C.) wünscht erhöhten Schutz der rheinischen Lachsfischerei.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Die Theatercensur ist zur Zeit lediglich Landesangelegenheit. Ich kann deshalb hier auf einzelne Fälle nicht eingehen. Das Theater hat die Aufgabe, entweder harmlose Unterhaltungen zu bieten oder unsern Willen, unser Gefühl zu idealisieren, auf ein höheres Niveau zu heben, um uns kampffähiger zu machen gegenüber den Beschwerden des Lebens. Man kann gewiß von der dramatischen Kunst nicht verlangen, daß sie alles in rosenfarbenes Licht taucht, daß sie eine ideale Welt darstellt, die in Wirklichkeit nicht existiert. Sie soll ja das Leben schildern, aber ich muß sagen, — ich habe keine Zeit, das Theater zu besuchen, kenne aber doch den Inhalt mancher dramatischen Stücke — ob die moderne Litteratur dieses Ziel immer erreicht, ist mir zweifelhaft. Man kann vielleicht sogar manchmal zweifelhaft sein, ob die Censur da geübt wird, wo sie vielleicht mit Recht hätte geübt werden können. (Sehr richtig!) Die Censur ist aber eine rein polizeiliche Maßregel, die die Aufgaben, die man von ihr erwartet, nie wird erfüllen können. (Lebhafte Zustimmung links.) Der beste Censor ist der gute Geschmack des gebildeten Publikums (Sehr richtig! links) und man könnte dringend wünschen, daß sich dieser Censor heute manchmal energischer bemerkbar machte.

Die heute gepflogenen Debatten über die Reform der Börsengesetzgebung werden wiederholt werden müssen, wenn die Novelle zum Börsengesetz wirklich vorliegt. Die Novelle liegt in Form eines preußischen Antrages bereits dem Bundesrate vor. Es sind aber auf Grund einer Konferenz im preußischen Handelsministerium neue Erhebungen über die Wirkung des Börsengesetzes angestellt worden, deren Abschluß zuerst abzuwarten sein wird. Daß die Börsengesetznovelle noch in dieser Session dem Reichstage vorgelegt werden könnte, ist vollkommen ausgeschlossen. Die verbündeten Regierungen halten die Börse keineswegs für eine schädliche Institution, sondern für eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Börse muß sich in geordneten ruhigen Zeiten so rasch und kräftig entwickeln, daß sie auch in kritischen Zeiten ihren Verpflichtungen, namentlich im internationalen Geldverkehr, nachkommen kann. Hoffentlich werden wir uns über alle strittigen Fragen einigen.

Die Bekämpfung der Ausverkäufe könnte einmal durch Beschränkung derselben auf eine bestimmte Zeit erfolgen. Dem steht aber die verschiedene Masse und Art der zum Ausverkauf gelangenden Waren entgegen. Auch das östreichische System der behördlichen Prüfung und Genehmigung von Ausverkäufen hat sich nicht sehr bewährt. Die Erörterungen über diese Materie sind im Gange, und es wird sich zeigen, ob man wenigstens gegen gewisse Auswüchse der Ausverkäufe mit verschärften Strafbestimmungen etwas ausrichten kann. Die Revision des Gesetzes über die Staatszugehörigkeit ist in Vorbereitung, die Auffassungen der verschiedenen Ressorts sind aber hierauf ganz außerordentlich verschieden. Doch ist die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß das Gesetz noch in der nächsten Session eingebracht wird.

Abg. **v. Staudy** (k.): Der Herr Abg. Müller-Meiningen verlangte reichsgesetzliche Aufhebung der Theatercensur. Zur Begründung hat er sich speciell auf preußische Vorgänge bezogen. Ich gehe auf diese Beschwerden und auf die Angriffe gegen den Minister Freiherrn v. Hammerstein hier nicht ein, weil ich der Ansicht bin, daß dies vor das preußische Abgeordnetenhaus gehört. Ich kann dem Herrn Abgeordneten gegenüber nur im Namen meiner Freunde betonen, daß wir principiell eine Theatercensur für notwendig halten. Die Polizei hat lediglich ihre Wachsamkeit bewiesen; hoffentlich wird sie das auch in Zukunft thun. (Beifall rechts.

Damit schließt die Diskussion über den Titel „Staatssekretär“. Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos eine Reihe weiterer Artikel.

Beim Titel „Kosten der Maßregeln gegen die **Reblaus**-Krankheit . . . 1000 M.“ begründet

Abg. Dr. **Blankenhorn** (natl.) einen von ihm im Verein mit dem Abg. Dr. Deinhard (natl.) eingebrachten Antrag: Der Reichstag wolle den Reichskanzler ersuchen, nach Maßgabe des § 5 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1883 die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um der Gefahr zu begegnen, die dem deutschen Weinbau dadurch droht, daß in Elsaß-Lothringen bei der dortigen Ausführung des angezogenen Gesetzes die Reblaus-Krankheit in solcher Ausdehnung auftritt, daß die Gebiete mehrerer Bundesstaaten von den zu ergreifenden Maßregeln betroffen und durch dieselben geschützt werden müssen. Redner macht in der Hauptsache die Winzer selbst für die Verseuchung der Reben verantwortlich. Redner bittet den Antrag anzunehmen.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**: Das sicherste Mittel gegen die Phylloxera ist die Ausrodung, aber dieses würde, wie mir die elsaß-lothringische Regierung mitgeteilt hat, größere Kosten verursachen, als der Schaden der Reblaus beträgt. Andrerseits könnte die zu zahlende Entschädigung manchen Winzer zur künstlichen Züchtung der Reblaus veranlassen, wie in Amerika die auf die Tötung von Klapperschlangen ausgesetzte Prämie die Einwohner zur künstlichen Züchtung von Schlangen veranlaßt. Ich werde eine Kommission

zu Anfang März nach Berlin kommen lassen, in der diese wichtige Frage der Bekämpfung der Reblaus entschieden werden soll. Falls unsre Vollmachten nicht ausreichen, müssen sie erweitert werden. Wir sind uns über die Bedeutung der Sache ganz klar. Es stehen unermeßliche Werte auf dem Spiel und wir werden die Sache mit dem Ernst behandeln, der ihr gebührt.

Die weitere Beratung wird hierauf auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 6½ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Parteipresse. In die Redaktion des Halleschen „Volksblattes" ist der Genosse Robert Fette aus Braunschweig eingetreten.

Zu unsrer Kriegskasse — dem Wahlfonds der socialdemokratischen Partei — wollen auch unsre Genossen in Brasilien beitragen. Sie haben in ihrem Blatte in Sao Paolo einen Aufruf zu Sammlungen für diesen Zweck erlassen. Man sieht daraus, daß die Parteigenossen allerorts den regsten Anteil an den uns bevorstehenden Kämpfen nehmen.

Gendarm Schlunk in der Klemme. Wir haben Veranlassung genommen, uns diesen Schwank mit dem despektierlichen Titel, der dem Polizeipräsidenten von Posen so bedenklich erscheint für die Autorität der preußischen Polizei, ein wenig anzusehen. Wir sind erstaunt zu finden, daß der Dichter als loyaler preußischer Staatsbürger gar nicht daran gedacht hat, einen königlich preußischen Gendarm zum Gegenstand seines Scherzes zu machen; sein Stück spielt nämlich in einer kleinen Stadt Belgiens. Nun ist es ja richtig, daß ein darin auftretender Lehrjunge merkwürdig berlinisch redet und berlinische Witze macht; aber warum sollte ein Berliner Lehrjunge nicht auch in Belgien anzutreffen sein.

Der Herr Polizeipräsident in Posen scheint das übersehen zu haben. Vielleicht machen ihn die Posener Genossen darauf aufmerksam. Wenn aber das nicht hilft, dann haben sie ja nur nötig, das Stück, wenn sie es durchaus sehen wollen, in einem Verein aufzuführen, zu dem nur die Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt haben; da hat der Herr Polizeipräsident nichts dreinzureden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Beleidigung** wurde der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", Genosse Seger, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte in seiner Zeitung über ein Vorkommnis auf dem dortigen Steueramt berichtet. Wie aus dem Bericht über die Gerichtsverhandlung zu ersehen ist, war seiner Zeit auf dem Steueramt ein Steuerrestant auf Ladung erschienen, der wegen längerer Krankheit in Not geraten und dann erfolglos auf Steuerreste gepfändet worden war. Er gab seine letzten 3 M. aus seinem Portemonnaie hin, sollte sich aber noch einer Leibesvisitation durch die Beamten unterwerfen. Dabei soll er Widerstand geleistet haben, so daß eine ganze Anzahl Beamte hinzukamen, um ihn festzuhalten. Dabei will der Mann von den Beamten heftig geschlagen worden sein, und das hatte Seger berichtet. Der Betreffende behauptet das auch vor Gericht, während die als Zeugen vernommenen Beamten es bestreiten. Festgestellt wurde, daß der Mann nach dem Verlassen des Amtszimmers auf dem Korridor in Ohnmacht gefallen ist und daß er im Polizeiwagen fortgeschafft werden sollte. Die Ohnmacht wird von den Beamten als Simulation bezeichnet. Festgestellt ist auch, daß der Mann, da sein unten wartender Sohn sofort eine Droschke besorgte, sofort zu einem Arzt gefahren ist und daß dieser Verletzungen konstatiert hat, die wahrscheinlich von Mißhandlungen herrührten. Die beleidigten Beamten sagen jedoch unter Eid aus, sie seien der Meinung, daß sich der Mann die Verletzungen selbst beigebracht hat.

Die Beamten wurden vereidigt, der Entlastungszeuge nicht, das bei den Akten befindliche ärztliche Zeugnis spielte weiter keine Rolle mehr, der Angeklagte wurde verurteilt. Die Behauptung, daß geschlagen worden, ist nicht erwiesen, § 193 steht dem socialdemokratischen Redakteur und Leipziger Bürger auch nicht zur Seite.

Sociales.

Die Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung.

Die kaiserlichen Werften in Kiel, Wilhelmshaven und Danzig gaben nach den dem Reichstage vorgelegten Uebersichten im Jahre 1901 für Zwecke der Arbeiterversicherung folgende Summen aus: Für Unfallversicherung einschließlich Verwaltungskosten 241 098 M., für Krankenversicherung 241 244 M. und für Invalidenversicherung 139 081 M. Bei 18 737 durchschnittlich gegen Unfall versicherten Personen kommen auf jeden Arbeiter im Jahre rund 33 M. und bei 300 Arbeitstagen auf den Arbeiter täglich 11 Pf. Da 18 636 980 M. an Löhnen ausgezahlt wurden, beträgt die Gesamtausgabe für Versicherungszwecke 3,3 Proz. der Lohnsumme. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß es sich um Betriebe handelt, die ihre eignen Krankenkassen und auch ihre eigne von den Berufsgenossenschaften unabhängige Unfallversicherung haben. Da die Betriebe sowohl in der Erkrankungsziffer wie in der Unfallziffer sehr wesentlich über dem Reichsdurchschnitte der Betriebskassen bez. der gewerblichen Berufsgenossenschaften stehen, wirkt das stark erhöhend auf die Kosten. Sie müssen die aus der erhöhten Gefahr entstehenden höheren Kosten ganz allein tragen und dennoch erreichen diese Kosten nur einen so geringen Prozentsatz des Lohnes. Da kann man doch wahrlich nicht von einer schweren Belastung der Industrie durch die Versicherungsgesetze reden. Dabei muß man bedenken, daß der Lohn doch nur ein Teil der Produktionskosten ist; auf diese aber muß man sich beziehen, wenn man die Belastung der Produktion durch die Versicherungsgesetze beurteilen will. Die Belastung steht demnach noch weit unter 3 Proz.

Die Phosphor-Zündholz-Kommission hielt am Donnerstagvormittag wieder eine reguläre Sitzung ab, in der über die gestrigen Verhandlungen mit den Fabrikanten von Weißphosphor-Zündhölzern debattiert wurde. Abgg. Lehnter, Müller-Meiningen und Lurz waren mit der erhaltenen Auskunft noch nicht zufrieden und forderten eine umfangreiche Enquete seitens der Regierung. Reißhaus und Wurm wiesen nach, daß diese Umfrage gleichbedeutend sei mit Vertagung der Sitzungen auf das nächste Jahr. Abg. Schwarze-Lippstadt begnügte sich mit einer an die preußischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu richtenden Anfrage, die in kurzer Zeit aus den Revisionsakten beantwortet werden kann. Diese Erhebung wurde einstimmig beschlossen, Abg. Lehnter zog seinen Antrag zurück. Um gewisse Meinungsdifferenzen über die Angaben bezüglich der Gefährlichkeit der neuen Zündmasse auszutragen, beabsichtigt die Kommission in nächster Woche nach Bettenhausen bei Kassel zu fahren, um dort die Fabrikation der neuen Triumphhölzer an Ort und Stelle zu beobachten.

Kennzeichnend für die gewissenhafte Auskunft, welche der Kommission die zur gestrigen Besprechung geladenen Fabrikanten gegeben hatten, ist folgender Vorfall. Jene Fabrikanten hatten eine eiserne Mischmühle mitgebracht, um zu zeigen, daß auf ihr die neue Masse nicht gemischt werden könne, weil die Konstruktion derart sei, daß bei der geringsten Eintrocknung der Zündmasse Explosionen stattfinden müssen. Von Seiten unsrer Genossen in der Kommission wie von andern Mitgliedern derselben war bezweifelt worden, daß eine solch plumpe Konstruktion zur Anwendung gelangen müsse und es doch leicht sei, bessere Konstruktionen, bei denen jede Gefahr vermeidbar sei, zu schaffen. Davon wollten aber die Fabrikanten nichts wissen. In der heutigen Sitzung teilt nun Abg. Münch-Ferber mit, daß auf seine an einen jener Fabrikanten nach der gestrigen Sitzung gerichtete Frage, ob denn diese hier vorgeführte Mischmühle auch thatsächlich bei der Zündholzfabrikation Verwendung finde, erhielt er die klassische Antwort: „Nein, diese Mühle hier ist eine Farbenmischmühle!"

Die Herren Fabrikanten, die als Sachverständige geladen waren, haben also der Kommission eine Maschine vorgeführt, die in der Fabrikation gar nicht verwendet wird! Sie haben damit ihrer Sache einen sehr schlechten Dienst erwiesen; die Entrüstung in der Kommission über diese Art Auskunftserteilung war allgemein. Nächste Sitzung am Freitag.

Gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit macht der Central-Verband der Industriellen einen sonderbaren Einwand geltend. Er sagt in seiner Eingabe an den Reichstag gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen, es erscheine gerade die jetzige Zeit ganz ungeeignet für gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit, da die deutsche Industrie an sich geneigt sei, ihre Produktion einzuschränken und sie werde in der nächsten Zeit gezwungen sein, dies in verstärktem Maße zu thun.

Das ist ja ein ganz treffliches Argument für die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur der Frauen, sondern aller Arbeiter. Wenn viel zu thun ist, dann erklären ja die Unternehmer, sie erlitten Schaden, wenn sie an eine gesetzliche kurze Arbeitszeit gebunden seien, sie müßten dann Aufträge unerfüllt lassen und verlören die Kundschaft an das Ausland. Wenn sie jetzt doch nicht genug zu thun haben, so wäre ja das der geeignetste Zeitpunkt zur gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit; bis die Geschäfte wieder besser gehen, hätten sich die Arbeiter in die kürzere Zeit eingearbeitet und könnten dann wieder die höheren Ansprüche an ihre Leistungsfähigkeit auch in der kurzen Zeit erfüllen.

Der Beirat für Arbeiterstatistik hatte von seinem Vorgänger, der Kommission für Arbeiterstatistik, die Aufgabe übernommen, Erhebungen im Binnenschiffahrtsgewerbe zu veranlassen, und hatte damit einen Ausschuß betraut. Derselbe trat am 14. d. M. zu einer Beratung im Statistischen Amt zusammen, um über die Art und Weise der Erhebungen und die denselben zu Grunde zu legenden Fragebogen Beschluß zu fassen. Es war in Aussicht genommen, die Erhebung in der Weise vorzunehmen, daß an einem bestimmten Tag an gewissen Schleusen, Häfen, Brücken und solchen Orten, an denen gewöhnlich ein persönlicher Verkehr von Beamten mit der Schiffsbesatzung stattfindet, die Fragebogen ausgeteilt werden sollten, und zwar abwechselnd an Schiffsführer bezw. Eigentümer und an die Schiffsmannschaften. Der Ausschuß entschied sich jedoch dahin, daß die Erhebung im Winter, etwa im Dezember, zu erfolgen habe, und zwar durch die größeren Reedereien, Schiffseigner und die Mannschaften in ihren Heimatbezirken. Die Fragebogen sollen in der Weise ausgegeben werden, daß etwa 15 Proz. der vorhandenen Betriebe davon betroffen werden. Im ganzen handelt es sich um etwa 20 000 Segelschiffe und 2000 Dampfer. Die Fähren sollen besonders befragt werden, die Flößer aber ausscheiden. Die Fragen erstrecken sich nach Feststellung des Schiffes, des Eigentümers, der Tragfähigkeit usw., besonders auf die Verhältnisse der Bemannung, wie lange in der Regel die Arbeitszeit dauert, ob regelmäßige Pausen stattfinden und ob bei ununterbrochenem (Nacht-) Betriebe Schichtwechsel stattfindet.

Die Gesellschaft für sociale Reform wird selbst den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinlern zu gemischt. So ist jetzt eine Ortsgruppe dieser Gesellschaft in Aachen gebildet worden. Die freien Gewerkschaften haben den Anschluß, zu dem sie aufgefordert wurden, abgelehnt und auch der dortige Gewerkverein hat in seiner letzten Versammlung trotz der Befürwortung durch seinen Vorstand den Anschluß abgelehnt. Die Redner wiesen auf die letzte Generalversammlung der Gesellschaft in Köln und die dem Lithographen Tischendörfer widerfahrene Behandlung hin und übten scharfe Kritik.

Auch in Aachen, so sagte ein Redner, machten sich in der neuen Ortsgruppe bereits Leute breit, die alles andre eher als arbeiterfreundlich seien. Nach anderthalbstündiger Debatte lehnte die Versammlung gegen die Stimmen des Vorstandes den Anschluß an die Gesellschaft für sociale Reform ab. In der Aachener Ortsgruppe sind von den Arbeitern jetzt nur noch die christlichen Gewerkschaften vertreten.

Bekämpfung des privaten Stellenvermittelungswuchers in der Schweiz. In Basel wurde im Jahre 1887 das Stellenvermittelungsgeschäft für Dienstboten aller Art, auch Kellner und Kellnerinnen, in dem Sinne geregelt, daß die Inhaber derselben der polizeilichen Bewilligung bedürfen und Geschäftsbücher nach polizeilicher Vorschrift und unter polizeilicher Aufsicht führen müssen, ferner einen Gebührentarif aufzustellen und der Polizeibehörde zur Genehmigung vorzulegen haben. Die Uebertretung dieser Vorschriften wird mit Geldbußen bis zu 200 Frank bestraft. Diese Regelung der Dienstvermittelung hat jedoch die Ausbeutung der Stellesuchenden nicht zu verhindern vermocht, insbesondere sind arge Mißbräuche im kaufmännischen und gewerblichen Stellenvermittelungswesen zu Tage getreten. Es sollen nun die genannten Vorschriften auch auf diese Arten der Stellenvermittelung ausgedehnt und das Bußenmaximum auf 300 Frank erhöht werden.

Gerichts-Zeitung.

Vampyre.

Die Geschichte einer „Verschleppten" kam gestern zur Kenntnis der 9. Strafkammer des Landgerichts I und blieb nicht ohne Eindruck auf die Zuhörer, zumal da sie mit Thränenergüssen und Weinkrämpfen illustriert wurde. Auf der Anklagebank befand sich die 19jährige Kassiererin Hedwig P., ein stattliches hübsches Mädchen, um sich wegen eines in London begangenen Diebstahls zu verantworten. Die Angeklagte, welche jetzt die Stellung einer Kassiererin in einem großen kaufmännischen Geschäft bekleidet, erzählte unter reichlichem Schluchzen ihre Leidensgeschichte: Auf die Annonce einer Frau Rosenbaum hin hatte sie sich von dieser als Gesellschafterin engagieren lassen und war nach London verschleppt worden. Dort wurde es ihr bald klar, daß sie einer Kupplerin in die Hände gefallen war, denn Frau R., in deren Macht sie gegeben war und die ein strenges Regiment führte, hielt sie direkt zur Ausübung eines schimpflichen Gewerbes an, besuchte im Interesse des letzteren tagtäglich die Theater mit ihr und ließ sich das von dem Mädchen verdiente Sündengeld bis auf den letzten Penny abliefern. Das unerfahrene Mädchen, welches kein Wort Englisch verstand, fühlte sich von Tag zu Tag unglücklicher, der moralische Schlamm, in welchem herumzuwaten sie gezwungen wurde, widerte sie an und doch fand sie in der ihr fremden Millionenstadt nicht die richtigen Wege, um sich von diesem Sklavenleben zu befreien. Da lernte sie eines Abends im Theater einen Vertrauen erweckenden feinen Herrn „aus Mexiko" kennen, der sich „Baron de Salair" nannte und sich für sie außerordentlich interessierte. Ihm vertraute sie ihre Leidensgeschichte an und sprach den sehnlichen Wunsch aus, von der Frau Rosenbaum, die sie so schmählich betrogen, loszukommen. Der Baron war gerührt. In sehr geläufigem Deutsch bot er der von Seelenqualen Gefolterten seine Hilfe an und machte ihr den Vorschlag, daß er noch am selben Abend ihre Sachen von Frau Rosenbaum abholen wolle und sie ein Asyl in seiner eignen Wohnung, welche er mit seiner Schwester teile, annehmen solle. Jetzt war das Mädchen gerührt und siedelte dankbaren Herzens zum Baron de Salair über. Aber sie kam vom Regen in die Traufe. Der so feinfühlige Herr Baron war ein brutaler Zuhälter, der mit seiner angeblichen Schwester, die in Wahrheit eine ehemalige Statistin Cora Goter aus Amsterdam war, ein Lotterleben führte und das hübsche blonde Mädchen als Mittel zum Zweck benutzte. Sie wurde gezwungen, ihre Kleider und Schmucksachen bei der „Baronesse" in Verwahrung zu geben, diese entpuppte sich täglich mehr als eine unerbittliche Sklavenhalterin und wenn sich die Angeklagte einmal sträubte, dem unsittlichen Lebenswandel weiter sich hinzugeben, dann trat der Herr Baron in Aktion, schlug das Mädchen braun und blau und bedrohte es auch ab und zu mit dem Revolver. Sie war unter ständiger Beaufsichtigung ihrer Peiniger, die die ihr zufließenden Gelder als Entgelt für die „Pension" in Anspruch nahmen. Schließlich konnte sie dieses schmachvolle Leben nicht mehr ertragen, sie ekelte sich vor sich selber und beschloß, in den Fluten der Themse Ruhe vor ihrem eignen Gewissen zu suchen. Da kam ihr der Zufall in Gestalt des Postboten zu Hilfe, der in Abwesenheit der Cora Goter einen Brief für diese abgab. Hedwig P. wußte, daß dieser Brief einen Check über 15 Pfd. Sterl. enthielt und faßte nun einen kurzen Entschluß, um der Sklaverei zu entrinnen: Sie raffte in der Eile ein Paar Kleidungsstücke, wie sie ihr gerade zur Hand waren, zusammen, eignete sich den in dem Briefe enthaltenen Check an, wechselte ihn in einem Hotel ein und entfloh auf dem schnellsten Wege nach Deutschland. Sie hatte das Glück, sehr bald die Stellung einer Kassiererin zu erhalten, die Erinnerung an die böse Londoner Episode wurde aber in unangenehmer Weise bei ihr aufgefrischt: Eines Tages erschienen Polizeibeamte in ihrer Wohnung, die bei ihr Haussuchung abhielten. Frl. Cora Goter hatte die Unverfrorenheit besessen, gegen das Mädchen, welches sie wie eine Citrone ausgepreßt, und moralisch wie gesundheitlich schwer gefährdet hatte, die Strafanzeige wegen Diebstahls zu erstatten und so mußte denn Hedwig P. gestern vor Gericht erscheinen. Sie erzählte ihre Leidensgeschichte und schien überzeugt zu sein, daß sie nur einen Akt berechtigter Selbsthilfe begangen habe. Der Staatsanwalt war nicht dieser Ansicht, meinte in vollem Ernst, daß die Angeklagte doch wohl andre Mittel hätte finden können, um dem unmoralischen Leben, wenn es ihr nicht gefiel, zu entgehen. Er beantragte deshalb 14 Tage Gefängnis. Dieser Antrag traf die Angeklagte wie ein elektrischer Schlag. Sie stürzte zu Boden, geriet in konvulsivische Zuckungen und markerschütternde Schreie erfüllten längere Zeit den Gerichtssaal. Aus dem Zuschauerraum stürmte die Schwester der Angeklagten an deren Seite und ihren unablässigen Bemühungen gelang es endlich, sie so weit zu beruhigen, daß die Verhandlung zu Ende geführt werden konnte. Rechtsanwalt Dr. Schwindt schilderte in düsteren Farben den Zustand der Verzweiflung, in dem sich die Angeklagte unter der Peitsche ihrer Sklavenhalter in dem fremden Lande befunden habe. Wenn sie den Check genommen, so habe sie keineswegs das Bewußtsein gehabt, einen Diebstahl zu begehen, denn sie konnte der Meinung sein, daß sie berechtigt sei, diesen Check mit den Summen zu kompensieren, welche ihr täglich von der angeblich Bestohlenen widerrechtlich abgenommen seien. Die Angeklagte habe in vollster seelischer Depression gehandelt und keinesfalls darauf geachtet, daß an der fremden Bluse, die sie in der Eile mit fortnahm, auch noch eine goldene Broche steckte. Letztere habe sie der Polizei selbst ganz freiwillig übergeben. Die Angeklagte verdiene das größte Mitleid, aber nimmermehr eine Strafe, denn ihr habe offenbar jeglicher Dolus gefehlt. — Der Gerichtshof teilte diese Auffassung und sprach die Angeklagte frei, die mit freudestrahlendem Blick den Anklageraum verließ.

An Neckereien aus der vierten Dimension konnte beinahe der Buchbinder Stephan Hagendorff, der gestern als Zeuge vor Gericht zu erscheinen hatte, glauben, wenn er nicht ein zu aufgeklärter Mensch wäre und gewisse Erscheinungen, die ihn in seiner Wohnung beunruhigten, schließlich doch immer wieder auf Sinnestäuschungen zurückführte. Wenn er in seiner vier Treppen hoch belegenen Wohnung allein bei der Arbeit saß, war es ihm mitunter, als hörte er jemand auf dem Korridor schleichen, er lachte sich aber selbst aus, denn er wußte, daß seine Frau, wenn sie wegging, die Korridorthüre niemals offen ließ. Auch des Nachts wachte er manchmal auf und es war ihm so, als ob er ein ungewöhnliches Geräusch gehört habe. Er tröstete sich aber wie gesagt immer damit, daß er das Opfer von Sinnestäuschungen sei. Eines Nachmittags gegen 4 Uhr war seine Frau ausgegangen und als er ihr vom Fenster aus nachblickte, bemerkte er, daß vom Balkon der unter ihm belegenen Wohnung, deren Insassen jeden Schritt in seiner eignen Wohnung hören konnten, jemand der Frau scharf nachblickte. Er setzte sich an seine Arbeit, die keinerlei Geräusch verursachte, und nach etwa einer halben Stunde war es ihm wieder so, als ob an seiner Korridorthür etwas vorging. Er horchte nun sehr aufmerksam und nahm deutlich wahr, daß jemand sehr vorsichtig einen Schlüssel in das Thürschloß steckte. Im Nu war er an der Thür und als er sie öffnete, stand vor ihm der Arbeiter August Morack, der bei den Unterwohnern einwohnte. Merkwürdigerweise hatte der Mann keine Stiefel an, sondern stand auf den bloßen Strümpfen da, stammelte verlegen die Entschuldigung, daß er sich im Stockwerk geirrt habe und ging in seine Wohnung zurück. Herr Hagendorff war über den Vorgang sehr erstaunt und sein Erstaunen wuchs, als er den im Schloß stecken gebliebenen Schlüssel herauszog und bemerkte, daß dieser ganz frisch zugefeilt war. Der „Irrtum im Stockwerk" wollte ihm nicht einleuchten und seine Ansicht wurde von der Polizei geteilt, welche feststellte, daß Morack ein schon wiederholt mit Zuchthaus bestrafter Verbrecher war, der, wie sich ergab, auch mit einem Menschen identisch war, der neuerdings von einem Rollwagen ein Faß Butter im Gewicht von 55 Pfund gestohlen hatte. Diesen Diebstahl gab er unumwunden zu, sträubte sich aber mit Händen und Füßen gegen den Verdacht, bei Herrn Hagendorff einen Diebstahl beabsichtigt zu haben. Thatsächlich paßt der zurechtgefeilte Schlüssel zu des letzteren wie zu seiner eignen Wohnung. Er versicherte „auf Wort", daß er sich nur in der Etage geirrt und gab folgende Erklärung zu der auffallenden Thatsache, daß er sich ohne Stiefel präsentiert hatte: Unnütze Kinder hätten sich an jenem Tage den Spaß gemacht, wiederholt bei ihm zu klingeln. Um sie abzufangen, habe er sich auf Strümpfen auf die Lauer gelegt und als der Unfug sich wiederholte, sei er den bösen Buben nachgejagt, ohne sie fassen zu können. Bei der Rückkehr habe er sich dann im Stockwerk geirrt. Morack stellte durch diese Erzählung hohe Ansprüche an die Leichtgläubigkeit des Gerichtshofes. Er wurde als rückfälliger Dieb zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Erpel. Die Höllenmaschine des Amerikaners Thomas explodierte am 11. Dezember 1875 in Bremerhaven.

K. D. Ruhig Blut, die Sache wird sich bald machen. — **Adler.** 67 000 fest, Straße schwankend zwischen 500 und 15 000. — **Schach.** „Deutsches Wochenschach" und „Berliner Schachzeitung", außerdem diverse Litteratur. Fragen Sie deswegen in größeren Buchhandlungen nach. — **M. L. 147.** „Deutsche Tischler-Zeitung", Verlag Günther, Lützowstr. 6. — **Nagler.** Uns nicht bekannt. — **E. K. 123.** Nein. — **W. F. 33.** Unbekannt. — **K. D. 9.** Nur Postabonnenten können Lokalliste nicht erhalten, Ihnen steht sie zu. — **A. K.** Wenden Sie sich an Herrn Dr. Zadek, Vorsitzender der Arbeiter-Sanitätskommission. — **Krupp.** Ein Märchen. Schwamm drüber! — **K. P.** Nein.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme der Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Hanke. Ein Recht auf eine Kur hat Ihre Frau nicht und giebt es überhaupt nicht. — **J. W. 100.** Ihre Frau muß kleben. — **David, Lautersdorf.** Ja. — **Mai-Gräben.** Würde sicher als Verletzung der Umgehung angesehen und bestraft werden. — **R. B.** 1. Der Verein braucht nicht angemeldet zu werden. 2. Ebensowenig der Theaterverein. 3. Auch die Vorstellungen des Theatervereins bedürfen keiner Anmeldung. 4. Der Polizei kann, wenn ihm auf sein Verlangen die Arbeitszeit nicht verkürzt wird, nichts weiter thun, als die Stellung kündigen. — **W. 500.** Die dem Hauptschuldner gewährte Frist kommt auch dem Bürgen zu gute. Gegen den Bürgen kann im allgemeinen erst geklagt werden, nachdem die Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner fruchtlos ausgefallen ist. — **H. 35.** Das Mädchen soll nach dem Sanatorium gehen. Der Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen hat es bereits verloren. — **Alter Abonnent.** 1. Sie haben das Fuhrwerk zu lange sich selbst überlassen. 2. Wenn Sie Ihrer Frau oder Ihrem Sohn keine Vollmacht zur Empfangnahme des Sterbegeldes geben wollen, müssen Sie es sich selbst holen. 3. Ein Attest brauchen Sie nicht, nur eine standesamtliche Sterbeurkunde. 4. Nein. — **M. T.** Sie müssen Kirchensteuer zahlen. — **A. Z.** Nein.

Witterungsübersicht vom 19. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. (°C. = °R.)	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. (°C. = °R.)
Swinemde.	773	SSW	3	wolkig	1	Haparanda	745	WSW	6	wolkig	−1
Hamburg	773	WSW	4	bedeckt	0	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	775	SW	2	heiter	0	Cork	764	SW	5	bedeckt	11
Frankf./M.	779	OSO	1	wolkenl.	−3	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	779	SSW	2	wolkenl.	−3	Paris	778	NNO	1	wolkenl.	−5

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. Februar 1903.

Vorwiegend trübe mit Niederschlägen, frischen westlichen Winden, wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 20. Februar.
Anfang 7 Uhr:
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Central. Das Mädchen von der Heilsarmee.
Anfang 7½ Uhr:
Schauspielhaus. Die Gerechtigkeit.
Deutsches. Monna Vanna.
Berliner. Sanatorium Siebenberg.
Lessing. Der blinde Passagier.
Neues. Die Fliege. Vorher: Der Oberlehrer.
Residenz. Lutti. (Loute.)
Westen. Der lustige Krieg.
Thalia. Der Camelienonkel.
Belle-Alliance. Am Telephon. Hierauf: Cupido u. Co.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Wohlthätige Frauen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Ein Ehrenwort.
Carl Weiß. Das sechste Gebot.
Buntes. Jugend.
Luisen. Der Fall Clemenceau.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Notbrücke.
Apollo. Frau Luna.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Casino. Cavalleria rusticana.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Das Land Tirol. Im Hörsaal 6 Uhr: Dr. Donath: Einführung in die Wechselstrom-Erscheinung. Um 8 Uhr: Prof. Dr. Müller: Ursachen der Wasserbewegung in der Pflanze und die darin liegende Arbeitsleistung.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Heute Anfang **7** Uhr.
Ensemble-Gastspiel der Wiener Operetten-Gesellschaft von Venedig in Wien unter Leit. d. Dir. **Gabor Steiner.**
Das Mädchen von der Heilsarmee.
Amerikanische Operette in 5 Bildern, bearbeitet von L. Kren u. C. Lindau.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.
Anfang 7½ Uhr.
Der Camelien-Onkel.
Morgen und folgende Tage: **Der Camelien-Onkel.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Romeo und Julia.**

Luisen-Theater.

Benefiz für Hermann Bartels.
Zum erstenmal:
Der Fall Clemenceau.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Die Maschinenbauer von Berlin.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Der Meineidbauer.** Ab. 8 Uhr: **Die Maschinenbauer von Berlin.**
Montag: **Der Meineidbauer.**

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G., Henri Bender,
Frid Frid, Fl. Siding, Hansi Reichsberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Residenz-Theater

Direktion: **Sigmund Lautenburg.**
Abends 7½ Uhr:
Lutti (Loute).
Schwank in 4 Akten von Pierre Veber.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag 12 Uhr: **Matinee.** Zum erstenmal: **Leonarda.** Schauspiel in 4 Akten von B. Björnson. Vorher: **Conference** von M. George Vanor.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Grésac und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Die Liebesschaukel.**

Casino-Theater

Lothringerstr. 37.
Wochentags 8, Sonntags 7½ Uhr.
Neue Debüts!
Molly Verch! Raponé!
Dazu: **Bonné Atlessy.**
Unteroffizier Lehmann
Cavalleria rusticana.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Lustspiel in 4 Akten v. Ad. L'Arronge.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Sonntagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich Hartleben.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugend.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonntagabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends **8** Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 6 Uhr:
Dr. Donath: Einführung in die Wechselstrom-Erscheinungen.
Um 8 Uhr:
Professor Dr. Müller: Ursachen der Wasserbewegung in der Pflanze und die darin liegende Arbeitsleistung.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Neu! Miss Karri
die schöne Tätowierte.
Neu ausgestellt:
Otto Reutter.
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.

Anf. Sonnt. 3, Wochent. 5, Abendvorst. 8 U. Ende 11 U.
Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über
Aya die schwebende Jungfrau. Mysteriöses Theaterstück in 1 Akt.
The three Devils: Die Wettfahrt im Todesring.
14 erstklassige Nummern.

Apollo-Theater.

Heute abend und Sonntagnachmittag:
Frau Luna.
Um 9½ Uhr: **Glänzende Specialitäten.**
Neu! Um 10¼ Uhr: **Original-Cake-Walk.**
Robert Steidl auf d. Hängeboden.
Vindobonas. Cabby u. Shirley.
Die Wundergrotte. Kosmograph.
Sonnabend- und Sonntagabend:
Nakiris Hochzeit.
Täglich: **Das elektrische Ballett.**

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Zum 25. Male:
Nachtasyl.

Belle-Alliance-Theater.

Allabendlich 7½ Uhr:
Am Telephon.
Drama in 2 Aufzügen.
8¼ Uhr:
Cupido & Cie.
Schwank mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen.

Buntes Theater

Köpnickerstrasse 68.
Abends 8 Uhr:
Volks-Vorstellung
(Parkett 1,60 M.)
Jugend.
Sonnabend, den 21. Februar: Volkstümliche Vorstellung: **Die Kinder der Excellenz.**

W. Noack's Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
Gr. Extra-Vorstellung:
Wiedergefunden.
Volkstück mit Gesang von Reiter. Musik von Zeidler.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Zum Schluß neu: **Q diese Chambre-garnisten!!!** Burleske von Meysel.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Das sechste Gebot.
Vorher:
Wie denken Sie über Dreyfus?
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagabend 8 Uhr: Vollständig neu engagiertes gr. Orchester: **Preciosa.**

Bernhard Rose-Theater

Badstraße 58.
Freitag, den 20. Februar 1903:
Das Mädel ohne Geld.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von O. F. Berg und Ed. Jacobson.
Anfang 8 Uhr.
Dienstag, den 24. Februar (Fastnacht):
Ein Sommertag in der Jungferuheide.

WINTER GARTEN

Aus dem interessanten Februar-Programm
Circling the Circ.
Otto Reutter.
Les Dartos
etc. etc.

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
8½ Uhr.
Berliner Luft.
Zwickel . . . . . Dir. R. Winkler.
Unerreicht
ist das neue Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Morgen und folgende Tage: **Berliner Luft.**

Steidl-Theater

Linienstraße 132. Oranienburger Thor.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Das unvergleichliche Programm mit
Unser Kakelnest
Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.) Sperrsitz 1 M.

Cirkus Schumann

Freitag, den 20. Februar 1903, abends 7½ Uhr:
Extra-Abend.
Hervorragendes Programm mit den neuen Debüts.
Am 27. Februar unwiderruflich
letztes Auftreten des Mr. Diavolo
Looping the Loop.
Morgen, Sonnabend, 21. Febr.:
Gala-Benefizvorstellung
für den einzig dastehenden verwegensten Radfahrer der Welt Mr. **Diavolo**
in seinem **unkopierbaren Akt**
Looping the Loop.
Sonntag **2 Vorstellungen.** Nachmittags **Clown**-Vorstellung sowie die reizende Pantomime: **Pierrots Weihnachten** mit dem Bonbonregen.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz.-Buchholz.
Heute: **Bockbierfest.**
Im Kaiser-Saal: **Norddeutsche Sänger** und Tanz.

Königstadt-Casino.

Holzmarktst. 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstkl. **Specialitäten-Vorstellung.** Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag **Tanzkränzchen.**
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Schluss der Saison 3. März.

Cirkus Busch.

Freitag, den 20. Februar 1903, abends 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey mit Elefanten-Schauspielen.
Clown **Ghezzi. Seelöwen. Boeren** als Kunstschützen.
Sonnabend, den 21. Februar cr., nachm. 3 Uhr: **Parade-Gala-Vorst.**
Der Ertrag wird wohlthätigen Zwecken zugewendet.

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanz-Kränzchen.
Lott ist dot.
Sensationsparodie.
Säle zu Festlichkeiten.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser Bock-Truhel.
Um **10** Uhr abends **Einzug Gambrinus mit Gefolge.**

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandanten-Straße 77/79.
Direktion: **Carl Haverland.**
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante Februar-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Gesellschaftshaus „Ostend"

Memelerstraße 67. 22865
Noch einige **Sonntage** sow. zweiter **Osterfeiertag** zu vergeben. **E. Herzog.**

Herren-Kragen,

— reinleinen, garantiert 4fach, — verschiedene Façons in allen Weiten, **Stück 15 Pf.,** so lange der Vorrat reicht.
— Geschlossene Kragen —
per Dutzend 3 Mk. und **3 Mk. 50 Pfg.**
Manschetten, Prima, garant. 4fach ½ Dutzend 1.80 Mk.,
Oberhemden, Serviteurs, Kravatten, in größter Auswahl, **Trikotagen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.**
Detailverkauf zu Engrospreisen.
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

387L*

Schlager

für die nächsten Tage in
Herren-Anzug- u. Paletotstoffen
— das Allerneueste d. Saison —
bringt die
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland
Berlin C., Rossstrasse 2,
direkt an **Private** zum Verkauf.
Reste spottbillig.
Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet.
Kein Kaufzwang.

Hühneraugen, Hornhaut entfernt schmerzlos und gründlich binnen 3 Tag. nur mein berühmter **Hühneraugentod.** Nachdem Sie alles Mögliche angewandt, machen Sie diesen letzt. Versuch. Der Erfolg ist sicher. Dose 75 Pf., frco. 1 M. Nur bei **Otto Reichel, Berlin SO. 310,** Eisenbahnstr. 4.

Anglers Ruh

Zehlendorf, Alsen-Straße 86.
Sonntag, den 22. Februar:
Grosses Schlachte- u. Bockbier-Fest.
Hierzu ladet ergebenst ein
22065 **W. Bellrich.**

Dieser Hut, moderne Form, echt Filz, kostet **1.50 M.** 5482*
Special-Hut-Engros-Lager
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Grösste Auswahl
aussergewöhnlich billige Preise
Filzhüte für Herren neueste Form, mit Futter M. 1,50, mit Atlasfutter 2,00, hochfeine Qualität M. 2,50, extrafeine 3,00, beste Qualität 4,50.
Cylinderhüte u. Chapeau claques
in grösster Auswahl!

Masken- und Theater-Garderobe.

Grosse Auswahl historischer Kostüme.
Vereinen Preisermässigung.
E. Elzel-Beck, Neanderstr. 34 Amt VIIa 7700.

Land 2 Mk.

pro Woche Abzahlung, Parzelle 840 qm 300 M., nur mündlich, verkauft **Herronimy,** Blumenstr. 79.

Betten werden täglich gründlich gereinigt.

Abholen und Wiederbringen der Betten geschieht auf Verlangen kostenfrei.
Retzlaff, Bettfedern-Specialgesch., Alte Jakobstr. 57/59.

Charlottenburg.

M. Schmerberg [1882*
Wilmersdorfer Straße 127.
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

Wildfleisch 30, 40, 50 Pf., Blatt 60; Renntierkeule 80 Pf., fette Suppenhühner p. **1.50 M.** an.
A. Ritschl, Dresdenerstrasse 61.

6. Wahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 16. Februar verstarb nach sechstägigem Krankenlager unser Parteigenosse
Wilhelm Schmidt
Tresckowstraße 42.
Wir verlieren in ihm einen der thätigsten, opferbereitesten Genossen des Kreises, der in seiner ruhigen Art seit langen Jahren für die Partei arbeitete und weder Mühen noch Gefahren scheute, wenn es galt, für unsre Sache einzutreten. So werden wir ihm als Vorbild ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofs aus statt. 219/3
Die Vertrauensleute des 6. Kreises.

Socialdemokrat. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 16. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied, Klavierarbeiter
Wilhelm Schmidt
Tresckowstraße 42
an der Lungenentzündung nach sechstägiger Krankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofs, Pappel-Allee, aus statt. 246/10
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
M. Zerbe
am Dienstag, den 17. Februar, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, 20. Februar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofs, Humboldtstr., aus statt.
Der trauernde Gatte **Zerbe,**
Bernauerstr. 6. 23105

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für [59/6*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

Rauchet
Haas-Tabak

Specialität:
Berliner Shag hell
in 10 Pfg. Packeten
Hochfein im Geschmack u. Aroma.
Zu haben in allen Cigarrengeschäften.
ENGROS-NIEDERLAGE:
H. SALTZMANN
Berlin S. Luisenufer 3

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Sonnabend, den 21. Februar:
Feier des 26. Stiftungsfestes
in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain, am Königsthor.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Klees.
Ballmusik, ausgeführt von zwei Musikchören.
Während der Pausen:
1. Reigenfahren des Radfahrervereins Rixdorf.
2. Zitherkonzert des Zitherklubs „Edelweiß". Dirigent Pehold.
3. Lebende Bilder: „Nach Sibirien", ausgeführt vom Radfahrer-Verein Rixdorf.
4. Komische Vorträge. 138/7

Jede Dame erhält beim Eintritt ein Präsent.
Anfang 8 Uhr.

Einlaßkarten à 50 Pf. pro Person sind zu haben bei: **E. Bennowitz,** Rixdorf, Lessingstr. 9 IV. **Fr. Bochow,** Reichenbergerstr. 107. **A. Braunicke,** Neu-Cöln a. W. 18. **Joh. Guggenberger,** Rostockerstraße 12. **C. Hesse,** Ritterstr. 77/78. **W. Jusel,** Matternstr. 2, Quergeb. IV. **K. Kirschnick,** Bäckerstraße 45. **C. Konow,** Friedrichsberg, Kieker Weg 10. **K. Lehmann,** Sickingenstr. 8, Hof part. **H. Lentz,** Strelitzerstr. 60 IV. **O. Neuendorf,** Stegliterstr. 10, 2. Quergeb. bei Brandt. **Paschen,** Neue Hochstr. 38. **P. Rast,** Blücherstr. 21, Seitenfl. III. **W. Rochow,** Hochmeisterstr. 18, Quergeb. I. **W. Runge,** Friedrichsfelde, Berlinerstr. 20. **K. Sange,** Weißensee, Königchausee 40a. **F. Schröder,** Gräfestr. 73 IV. **H. Schwittau,** Spittelmarkt 8/10. **G. Schulz,** Fischerbrücke 4. **Jul. Siewert,** Friedrichsfelderstr. 14 p. I.
Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.
Das Komitee.

III. Wahlkreis.

Am Sonntag, den 22. d. M., abends 6 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20, gr. Saal:

Versammlung.

Vortrag des Stadtverordneten Herrn **Dr. Alfred Bernstein** über: „Oeffentliche Gesundheitspflege".
Nach dem Vortrage: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**
Entree 20 Pf. — Garderobe frei.

240/7 **Der Einberufer.**

Achtung! **6. Wahlkreis** Achtung!

Schönhauser Vorstadt.

Sonntag, den 22. Februar, abends 6 Uhr, im Jägerhause, Schönhauser Allee Nr. 103:

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über „Berliner Rückständigkeiten". 2. Diskussion. — Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.** Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

210/2* **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, **Freitag**, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause**, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! **Einsetzer!** Achtung!

Sonntag, den 22. Februar, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifberatungs-Kommission. 2. Branchenangelegenheiten.
Die Tarifberatungs-Kommission erscheint eine Stunde früher.

78/19 **Der Obmann.**

Sonnabend, den 21. Februar bei **Keller**, Koppenstraße: **Masken-Ball.**

Achtung! Achtung!

Metallarbeiter.

Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9:

Oeffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Polizei, der Streik bei der Firma **Mewes, Kotteck & Comp.** und das Koalitionsrecht der Arbeiter. 2. Diskussion.
Kollegen! Erscheint Mann für Mann in der Versammlung, da Protest gegen die Willkür der Polizei eingelegt werden soll. 280/4

Der Einberufer.

Achtung! Badeanstalts-Personal.

Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7:

Grosse Versammlung

aller im Bade-Berufe Berlins und der Vororte beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung:
1. Warum müssen wir uns organisieren? Referent Gewerkschafts-Sekretär **G. Link.** 2. Diskussion.
Es ist Ehrenpflicht aller Berufskollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Die organisierte Arbeiterschaft wird gebeten, bei Besuch der Badeanstalten das Personal auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. [2304b] **Der Einberufer.**

Verband des technischen Bühnen-Personals.

Sonnabend, den 29. Februar, abends 11 Uhr, im **Gewerkschaftshause**, Engel-Ufer 15: 190/2

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstage. 2. Anträge zu demselben. 3. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**
NB. Der **Maskenball** findet am 14. März im **Schweizergarten** statt. Billets sind in der Versammlung zu haben.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.

Sonntag, d. 22. d. M., vorm. 10 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, Ecke Rochstr.:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassierers vom 4. Quartal 1902, sowie Berichterstattung der Jahresabrechnung. 2. Bericht der Revisoren. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses. 4. Wahl des gesamten Vorstandes, der Revisoren, des Ausschusses, der Hilfskassierer und Thürkontrolleure. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Einlaß. 129/5
Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend geboten.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Der Vorstand.**

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C., Dragonerstr. 15. Telephon: Amt III Nr. 5028.

Sonntag, den 22. Februar, vorm. 10 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstr. 20:

Außerordentliche General-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. **Bericht der Achtzehner-Kommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, betreffend die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1903/1904.** 3. Verschiedenes. 237/4

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Alle Mitglieder müssen anwesend sein. Der Vorstand.

Jeden Freitag von mittags an:

Frische Blut- und Leber-Wurst

in bekannter tadelloser Qualität.

Rich. Augustin, Lindenstr. 60, Hof parterre. „Vorwärts"-Haus. Frühstücks- und Mittagstisch. Sitzungszimmer.

Carl Schmidt,
Büsten-Fabrik,
BERLIN W.,
Taubenstr. 23,
empfiehlt seine
weltberühmten
Stoffbüsten
für jede Körperform.
Figur wie nebensteh. von **7** Mk. bis **50** Mk.
Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme.
Katalog V gratis und franco.
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 408L*

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Sektion Cementierer.

Sonntag, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Nümann, Brunnenstr. 188:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stichwahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Wahl eines Delegierten zum Bauarbeiterschutz-Kongreß. 3. Jahresbericht des Arbeitsnachweises. 4. Regelung der Beiträge. 5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 2311b

Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen ist es erforderlich, daß jedes Mitglied erscheint.
Mitgliedsbuch legitimiert! **Der Vorstand.**

Achtung! Mitglieder der Achtung!

Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.

Sonntag, 22. Febr., vorm. 10½ Uhr, im **Gewerkschaftshause**, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Influenza und deren Folgen." Refer. **Dr. Zadek.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung der Dreizehner-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Erörterung über den Artikel „Zur Krankenversicherung" im „Steinarbeiter" Nr. 2. Referent **Richard Weisse.** 2293b
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Besonders eingeladen sind hierdurch die Steinarbeiter.
Die Dreizehner-Kommission.

Verband der Bauanschläger

Deutschlands (Ortsverwaltung Charlottenburg).
Sonntag, 22. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Hagen, Bismarckstraße 50:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Aufnahmen neuer Mitglieder finden außer in den Versammlungen in den Zahlstellen statt: **Charlottenburg** bei Hagen, Bismarckstraße 50 (Teleph. 470); **Berlin** bei Wartmann, Hussitenstraße 75 (Amt 3. 2058); **Rixdorf** bei Preil, Rosenstr. 21 (Teleph. 312); **Schöneberg** bei Rochlitz, Tempelhoferstraße 17. 85/3

Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 21. Febr., abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Ausgabe der Billets zum Maskenball am Sonnabend, den 7. März, in Kliems großem Festsaal, Hasenheide 13. 186/3 **Der Vorstand.**

Charlottenburg.

(Volkshaus-Verein, Rosinenstr. 3.)
Am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 5 Uhr (kleiner Saal):

Kunst-Abend.

Vortrag über **Goethe** und **Schiller.** Referent Herr Regisseur **Dr. Max Alberty.**

Das überaus schöne Programm wird von nur erstklassigen Künstlern ausgeführt. — Nachdem **gemütliches Beisammensein und Tanz.**
105/15 — Eintritt 25 Pf. —

Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sonntag, den 22. Februar 1903, vormittags 10 Uhr:
Große kombinierte

Mitglieder-Versammlung

aller zum Lohngebiete Berlin gehörenden Zahlstellen im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1902. 2. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und unsere Stellung hierzu. 3. Der bevorstehende Bauarbeiterschutz-Kongreß und Wahl der Delegierten. 4. Verbandsangelegenheiten.
Kollegen! Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Verbandspapiere legitimieren! Ohne dieselben kein Einlaß. 32/8

Die Verbandsleitung. J. A.: Karl Heidemann.

Arbeiter-Radfahrerverein **„Berlin".**

Sonntag 1½ Uhr: Brandenburger Thor nach Pichelswerder bei Freund. 11/10

Gesangbücher von 1,25 Mk. an.

Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau,
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Holzrouleaux-Agenten habt Acht!!!

Ich bewillige bei erstklassiger Ware eine wirkliche

Riesenprovision

für Kassageschäfte und überbiete jedes andre Angebot bei größter Leistungsfähigkeit. 6396*
Prächtige kleine Musterbücher.

Franz Tschauder,
Schömberg in Schles.,
Holzrouleauxfabrik m. Dampfbetr.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Eck-Destillation und Restauration zu verkaufen. Westphahl, Anhaltplatzstraße 20. 15198*

Alt-Eisen- und Metall-Geschäft. Wegen plötzlicher Kündigung meines Lagerplatzes zum 1. April sehe ich mich gezwungen, auch mein Kronen-, Ofen- und Installations-Geschäft aufzugeben. Selbiges ist im ganzen oder auch einzeln für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen. Karl Kaufmann, Müllenhoffstraße 16—19.

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 14956*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppich, Betten, Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig, Leihhaus, Neanderstraße 6. 61/2*

Möbel, Spiegel, Bilder, Standuhren, Regulateure spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 61/2*

Herrschaftsbetten, Stand 23 Mark, Hamburger, Spandauer-Brücke 1B.

Betten Umstände halber sehr billig zu verkaufen Linienstraße 223a, II lin's.

Krankenfahrstühle für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Chausseestraße 95. 128/17*

Kanarienhähne, große Auswahl. Pätzoldt, Belizenser, Lehderstraße 5. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Wringmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Golknowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 15018*

Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Mark. Wheeler-Wilson 8 Mark, Bellmann, Golknowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 15028*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Bobbin, Ringschiff, Adler, Schnellnäher, Turmstraße 30, Bernauerstraße 47B. 15048*

Vorteilhaft kauft man Central-Bobbin, Ringschiff, Adler, rück- und vorwärts nähend, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Fennstraße 44, Fechner. *

Mehlwürmer. Schock 10 Pfennig. Wilhelm, Kleine Andrasstraße 18, III.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochvornehme Herrenanzüge, Paletots aus feinsten Stoffen herrührend 18—38, Beinkleider 7—11 Mark. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 2306b*

Verkaufe gute, gediegene Nußbaummöbel spottbillig — Brautleuten passend — Kleiderschrank, Wäscheschrank mit Spiegelaufsatz, Säulentrumeau, Kristallspiegel 20,00, Plüschsofa, Sofatisch 18,00, Bettstelle, Schlafregulator, Stutzuhr 10,00, prachtvolle, echte Oelgemälde 8,00, Salonsäulen 4,00, Rohrlehnstühle 3,00, Perserteppich, Verschiedenes, vollständige Kücheneinrichtung zusammen 48,00. Wohnung sofort vermietbar. Fischerbrücke 12, vorn eine Treppe.

Pianino 120,00, gut erhalten, Turmstraße 7 parterre. 2316b*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postbestellung Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82 und Brunnenstraße 97. *

Taschensofa dringend, billig Schönholzerstraße 18 I links. 2314b

Grünkramgeschäft, mit auch ohne Fuhrwerk, verkauft wegen Krankheit Wattstraße 21. 2313b

Verzugshalber Sofa, Bettstelle, Matratze billig Bautz, Emdenerstraße 49.

Paneelsofa 58, Garnitur rot und grün, Nußbaumwirtschaft ganz billig, Teppich, Uebergardinen, auch einzeln, passend Brautleute, verkauft Friedrichstraße 113, II rechts. 84/12

Einsegnungs-Anzüge, Modelle, Reisemuster nur einzeln, Brunnenstraße 186 II. 129/19*

Verkaufe sofort spottbillig zwei Kleiderschränke, Vertiko, Bettstellen, Taschensofa, Sofatisch, Stühle, Säulentrumeau, Nußbaumpianino, Spiegelspind, Spiegel, Uhr, Bilder, Nähmaschine, Betten, Gaseinrichtung, auch einzeln. Schumann, Waldemarstraße 27, I. 62/5

Kanarienroller 4,00, Neanderstraße 7. 62/6

Verschiedenes.

Patentbureau Dammann, Oranienstraße 57 (Moritzplatz), bis abends neun. 2232b*

Rechtsbureau Fabisch, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. 2253b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Lesehalle. Lesen 5 Pfennige, Chausseestraße 121. 2200b*

Bücherankauf. Bücherscheine, David, Lothringerstraße 59. 14968*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Vereine. Saal mit Bühne Sonntags zu vergeben Müllerstraße 7. *

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 119. 14749*

Vereinszimmer zu vergeben. Potsdamer Stangenbier. Franke, Jorndorferstraße 8. †45*

Vereinszimmer mit Piano, beste Bahnverbindung, Grünstraße 20, Kopischke. 2303b*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 2315b

Wer leiht einem Genossen 500 Mark gegen Sicherheit und gesetzmäßige Zinsen? Offerten unter H. W. Spedition Lauskyerplatz 14/15.

Saal, Vereinszimmer und Kegelbahn zu vergeben Brunnenstraße 150.

Betten reinigt gründlich täglich Retzlaff, Alte Jacobstraße 57—59. *

Vermietungen.

Mietsgesuche.

Herr sucht Schlafstelle, allein. Offerten „H." an Kutzleb's Annoncenbureau, Strausberger Platz. 2306b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Humorist Gerhardy, Kottbuserdamm 100. 2317b*

Stellenangebote.

Hochlohnender Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. Herm. Wolf, Zwickau, Bücherstraße. [1956b

Grundierer verlangt Köpnickerstraße 150. 2294b*

Lehrling für meine Preßvergoldeanstalt, welcher die I. Klasse besucht hat, verlangt Hugo Fritsch, Buchbindermeister, Kürassierstraße 12. (Gehilfenlohn 24 bis 40 Mark.) 2241b

Haftpflichtversicherung. Einige Herren, welche in dieser Branche vertraut sind, erhalten feste Anstellung unter sehr guten Bedingungen mit Inkassoprovision. Diskretion wird zugesichert. Ausführliche Offerten unter C. 1 an die Expedition dieser Zeitung. 2082b

Tüchtigen Maschinenmeister für Chromodruck verlangt Wilhelm Boehme, Reichenbergerstraße 158.

Werkführer, vollständig mit der Spitzenpapier-Fabrikation auf Rotations-Maschinen vertraut, findet feste Stellung. Offerten unter Chiffre M. 1 Expedition der Zeitung. 2299b

Maschinennäherin, geübte, bei guter Bezahlung sucht Wolfgramm, Reichenbergerstraße 183. 2300b

Packerinnen, geübt auf Spitzenpapiere, verlangt Luxuspapierfabrik Blumenstraße 70. 2298b

Lehrdame für feinen Putz. Rau, Krausenstraße 8. 2302b

Mädchen unter 16 Jahren für leichte Arbeit verlangt. Paul Hübner, Markusstraße 5. 2306b

Garnitererinnen für feine Herrenhüte finden dauernde Beschäftigung. J. Bambus u. Co., Petersburgerstr. 77.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Ein tüchtiger **Bolzenpresser,** welcher langjährige Erfahrung auf Schmiedemaschinen nachweisen kann, wird von einer Schraubenfabrik als **Vorarbeiter** gesucht. Offerten unter H. 1 m. Angabe d. Lohnanspruches an die Exped. d. Ztg. einzureichen.

Achtung! Klavierarbeiter!

Die Kollegen der Pianofabrik von **Blassendorf & Kloss,** Thaerstr. 5, 78/5 befinden sich im Streik. Der Betrieb ist für alle Arbeiter **gesperrt.**
Die Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung! Achtung!

Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Auf dem Neubau des Unternehmers **Wilke, Moabit,** Waldstr. 53/54, sind Differenzen ausgebrochen. 32/9
Wir ersuchen die organisierten Kollegen, diesen Bau zu meiden.

Die Verbandsleitung.
J. A.: **Karl Heidemann.**

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid,** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom Donnerstag, 19. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Möller.

Die zweite Beratung des Etats der **Handels- und Gewerbeverwaltung** wird fortgesetzt.

Beim Kapitel Porzellanmanufaktur tritt

Abg. Dr. **Hirsch** (frs. Vp.) für Erhöhung der Löhne für die untersten Beamten der Porzellanmanufaktur und für Gewährung eines regelmäßigen Urlaubs im Jahre für die Beamten ein. Mehr als bisher müßte auch geschehen zur Bekämpfung der Tuberkulose, die unter den Arbeitern der Manufaktur stark verbreitet ist. So sind die Ventilationseinrichtungen durchaus unzureichend.

Ein **Regierungskommissar** erklärt, daß gegen die Tuberkulose fortgesetzt Maßnahmen getroffen würden, die Verwaltung thue in dieser Beziehung, was sie könne.

Das Ordinarium wird hierauf bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben werden die folgenden Titel verbunden:

Für Beizen zum Studium der Maßnahmen zur Förderung des Kleingewerbes 15 000 M., zur Förderung der Einrichtung und Unterhaltung von Meisterwerken und Ausstellungen von im Kleingewerbe verwendbaren Maschinen und Werkzeuge 37 000 M., zur Förderung der Fortentwickelung des kleingewerblichen Genossenschaftswesens 30 000 M.

Hierzu beantragt

Abg. Dr. **Crüger** (frs. Vp.), die königliche Staatsregierung möge in jeder Provinz Meisterkurse einrichten und Ausstellungen von im Kleingewerbe verwendbaren Maschinen und Werkzeugen veranstalten.

Die Abgg. **Trimborn** (C.) und Gen. beantragen Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag in Erwägung, daß das Haus im vorigen Jahre die Frage der Gewerbeförderung aus Anlaß des Antrages Trimborn eingehend behandelt und eine Reihe hierauf bezüglicher Maßnahmen der Regierung zur Durchführung empfohlen hat.

Abg. Dr. **Crüger**: Die Ablehnung meines Antrages, wie sie der Antrag Trimborn wünscht, ist mir ganz unverständlich. Es scheint den Herren schon wieder leid geworden zu sein, daß sie sich im vorigen Jahre zu modern wirtschaftlichen Grundsätzen bekannt haben. (Sehr richtig! links.) Nun hat ja allerdings die Regierung den Handwerkerkammern 100 000 M. zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt. Ich begrüße das mit Freuden. Für die Meisterkurse können Anhänger und Gegner des Befähigungsnachweises eintreten. Der gestern gemachte Vorschlag, den Regierungs-Präsidenten Fonds zur Verfügung zu stellen, aus denen sie das Kreditbedürfnis der Handwerker befriedigen sollen, ist geradezu komisch. Ich glaube, daß dieser Vorschlag lediglich der Furcht vor den kommenden Wahlen entspringt.

Abg. **Broese** (l.): Ich muß entschieden bestreiten, daß die linke Seite des Hauses bisher irgend etwas zur Erhaltung des Handwerks gethan hat. (Zustimmung rechts.) Den Antrag Trimborn werden meine Freunde unterstützen.

Abg. **Daub** (natl.): Wir sind stets für Förderung des Handwerks eingetreten und haben keinen Anlaß, gegen den Antrag Crüger zu stimmen.

Minister **Möller**: Eine Denkschrift über das, was wir bisher für das Kleinhandwerk gethan haben, wird Ihnen binnen kurzem zugehen. (Bravo!) Den Hauptwert haben wir auf die Schulbildung gelegt. Die für Studienreisen ausgeworfene Summe genügt vorläufig nur zum Besuch der Nachbarländer. Später sollen auch Studienreisen nach Amerika ermöglicht werden.

Abg. **Euler** (C.): Mit vielem, was Herr Crüger gesagt hat, kann ich mich einverstanden erklären. Trotzdem werden wir gegen seinen Antrag stimmen. Eine Gesundung im deutschen Handwerk kann erst wieder durch die Einführung des Befähigungsnachweises Platz greifen.

Abg. **Felisch** (k.): Der Antrag Trimborn enthält alles das, was Herr Crüger will. Wir gehen nur folgerichtig vor und verlangen nichts Unerreichbares.

Abg. **Kindler** (frs. Vp.): Viele Handwerker gehen heute zu Grunde, weil sie nicht genügend geschult sind. Hier sollen die Meisterkurse helfen. Der Antrag Crüger enthält nur das, was das ganze Haus im vorigen Jahre beim Antrag Trimborn gutgeheißen hat. Ich verstehe eigentlich gar nicht, wie die Mehrheit einen Antrag bekämpfen kann, den sie vor einem Jahre selbst befürwortet hat. (Beifall links.)

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Trimborn gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen. Der Antrag Crüger ist damit gefallen.

Die Titel und ebenso der Rest des Etats werden unverändert genehmigt.

Es folgt der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Bei dem „Einnahmen“-Kapitel Bergwerke spricht

Abg. **Schmieding** (natl.) seine Befriedigung darüber aus, daß trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage der Etat mit einem Ueberschuß von mehr als 25 Millionen Mark abschließt.

Abg. Dr. **Heisig** (C.) führt darüber Beschwerde, daß den oberschlesischen Arbeitern verboten sei, sich der polnischen Sprache zu bedienen. In Gleiwitz seien fünf Arbeiter entlassen worden, nur weil sie Polen waren.

Minister **Möller**: Was den letzten Punkt anlangt, so beziehe ich mich in dieser Beziehung auf eine Aeußerung meines Vorgängers Freiherrn v. Berlepsch. Dieser hat früher einmal gesagt, **daß solche Arbeiter nicht in königlichen Werkstätten beschäftigt werden dürften**, die den **Frieden zwischen Verwaltung und Arbeitern zu zerstören bereit sind.** Diese Aeußerungen richteten sich damals gegen die **Socialdemokratie. Dasselbe** gilt aber für die **großpolnische Bewegung**. Sollte sich herausstellen, daß jene fünf Arbeiter sich an der großpolnischen Agitation nicht beteiligt haben, so werde ich verfügen, daß sie wieder eingestellt werden. Das Eindringen der großpolnischen Bewegung in die königlichen Werke werde ich aber **unter keinen Umständen dulden.** (Beifall rechts.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgen die Ausgaben. Die Budgetkommission beantragt Streichung der für ein neues Dienstgebäude für die Bergwerks-Direktion der Steinkohlen-Bergwerke im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund als ersten Teilbetrag geforderten 10 000 M.

Minister **Möller** bittet um Bewilligung dieser Summe.

Abg. Dr. **Hirsch** (frs. Vp.): Es ist behauptet worden, daß die Löhne der Bergarbeiter in der letzten Zeit trotz der schlechten Konjunktur gestiegen seien. Das ist **nicht der Fall.** So sind die Löhne der Bergarbeiter in Oberschlesien von 1900 bis zum Jahre 1902 von 3,12 M. **gesunken** auf 2,97 M., in Dortmund von 4,18 M. auf 3,82 M. (Hört! hört! links.) Einzig und allein in Saarbrücken sind die Löhne dieselben geblieben. Sollten irgendwo an einer Grube die Löhne dennoch höhere geworden sein, so ist das der weit verbreiteten **Ueberarbeit** zuzuschreiben. Es ist nach wie vor der dringendste Wunsch der deutschen Bergarbeiter, die Arbeitszeit auf acht Stunden zu ermäßigen. Ein- und Ausfahrt müssen **in die Arbeitszeit eingerechnet werden.** Großen Unwillen hat bei den Bergarbeitern das Rollen der Förderwagen hervorgerufen, das sich in letzter Zeit mehr wie bisher gezeigt hat. Wenn die Kohlen nicht rein sind, muß dann das der Arbeiter bezahlen? Muß er sich große Lohnabzüge deswegen gefallen lassen? Auch auf den königlichen Werken muß das Vertrauensmänner-System eingeführt werden, damit die Arbeiter sich gegen ungerechte Lohnabzüge wehren und ihre Beschwerden an geeigneter Stelle vorbringen können. Weiter möchte ich dem Minister mitteilen, daß die Arbeiter, und besonders die jugendlichen Arbeiter, von einer großen Zahl von Beamten unwürdig behandelt werden. Zum Schluß möchte ich den Minister fragen, welche Maßregeln er gegen die in letzter Zeit ungeheuer verbreitete Wurmkrankheit zu ergreifen gedenkt. Im Ruhrrevier sind 1300 Erkrankungsfälle festgestellt. Dieser furchtbaren Kalamität ein Ende zu machen ist eine Kulturaufgabe ersten Ranges. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **Schulz**-Bochum (natl.) polemisiert gegen den Vorredner. Die Löhne der Bergarbeiter seien im Verhältnis zu andren Industrien kaum merklich zurückgegangen. Seit 1900 sind die Unfälle und auch die Krankheitsfälle unter den Bergarbeitern zurückgegangen. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit thut Herr Hirsch den Arbeitern selbst keinen Gefallen. (Sehr richtig! rechts.) Die Klagen über das Rollen sind ganz unberechtigt. Bei einer Förderung von 500 Millionen Tonnen jährlich wird ein Neumtel pro Mille genullt; das ist doch wahrhaftig nicht viel. (Sehr richtig! rechts.) Unsre Arbeiter brauchen keine Vertrauensmänner, da sie wissen, daß ihnen kein Unrecht geschieht. (Lachen links.) Mit seinen Forderungen unterstützt Herr Dr. Hirsch nur die Socialdemokratie.

Minister **Möller**: Gegen die Angriffe des Abg. Dr. Hirsch, daß die Bergbehörden nicht genug zur Verhütung der Wurmkrankheit gethan haben, muß ich diese Behörden in Schutz nehmen. Es ist alles gethan, um dieser Krankheit beizukommen. Es ist auch zweifelhaft, wodurch mehr Bergarbeiter sterben: ob durch die Wurmkrankheit oder durch die schlimme Wirkung einer schweren Kohlenstaub-Explosion. Man muß unterscheiden zwischen Wurmkranken und Wurmbehafteten. Auf einem Bergwerk in Ungarn ist man durch **strenge Befolgung aller sanitären Vorschriften** dahin gekommen, daß **nur** noch **8 Proz.** der Arbeiter wurmkrank sind. In **einigen deutschen Bergwerken** sind **70 Proz. und mehr Arbeiter wurmkrank.** Allerdings kommen die sogenannten Wurmbehafteten hiervon in Abzug. Auf weitere Einzelheiten will ich mich nicht einlassen, da im Reichstag diese Materie vor kurzem ausführlich besprochen ist. (Beifall.)

Hierauf tritt Vertagung ein.

Präs. **v. Kröcher** schlägt vor, die nächste Sitzung morgen 11 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, Etat der direkten Steuern.

Abg. **v. Eynern** (natl.) fragt an, wann die Interpellation wegen der Trierer Schulverhältnisse auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Bei der großen Beunruhigung, die das Verhalten des Bischofs Korum hervorgerufen hat (Lebhaftes Oho! im Centrum), ist es nötig, diese Frage möglichst bald zu erledigen.

Präsident **v. Kröcher**: Der Herr Kultusminister hat mir mitgeteilt, daß er in der nächsten Woche bereit sein wird, die Interpellation zu beantworten.

Schluß $4^1/_4$ Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Wir machen auf die am Montag, den 23. Februar stattfindende Vollsversammlung in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, aufmerksam, in derselben wird Genosse Molkenbuhr über das Thema referieren: „Womit sollen bei den nächsten Reichstagswahlen Arbeiterstimmen gefangen werden?“ Jeder Parteigenosse muß zur Stelle sein. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Nächsten Sonntagabend 6 Uhr tagt bei Witte, Berlinerstr. 40, eine **Volksversammlung**, in der Genosse Bartels einen Vortrag hält. Zu der **Handzettelverteilung** heute Freitag wollen die Parteigenossen sich zahlreich an folgenden Stellen einfinden: 1. und 2. Bezirk bei Natusch, Uhlandstr. 71. 3., 4. und 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40. 6. Bezirk bei Rudloff, Bruchsalstr. 13. 7. Bezirk bei Hilpert, Halensee, Kurfürstendamm 126.

Friedrichshagen. In der am Sonnabend, den 21. Februar, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Kasubke, Friedrichstr. 61, stattfindenden Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins spricht Genosse Dr. Herm. Weyl über: Die Grenzen der öffentlichen Gesundheitspflege in der heutigen Gesellschaftsordnung. Zu dieser Versammlung werden ganz besonders die Frauen — für welche die Bühne reserviert ist — eingeladen. Ferner werden die restierenden Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn nicht bis spätestens am Versammlungsabend die rückständigen Beiträge bezahlt werden, der Ausschluß aus dem Verein beantragt wird.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat sich gestern mit dem Stadthaushalts-Etat für 1903 in erster Lesung beschäftigt und nach mehr als vierstündiger Beratung der Entwurf des Magistrats einem Ausschuß überwiesen. Die Debatte wurde vollständig beherrscht von der Erörterung der ungünstigen Finanzlage, in der sich die Stadtgemeinde augenblicklich befindet, und der Mittel, die zur Abhilfe vorgeschlagen werden, vor allem der gefürchteten Steuererhöhung. Schon die Einführungsrede des Kämmerers Maaß behandelte nur dieses Thema, aber auch die Redner der bürgerlichen Fraktionen der Versammlung kamen dann über eine Würdigung der finanziellen Seite des Etat-Entwurfes kaum hinaus. Herr Cassel („Alte Linke“) versicherte, die Gemeindeverwaltung Berlins sei bisher noch stets allen Bedürfnissen gerecht geworden, und trotz der ungünstigen Finanzlage würden auch in dem kommenden Jahre „die Kulturaufgaben nicht leiden“. Von einer Erhöhung der Steuern mag er nichts hören; andrerseits bedauerte er aufs neue, daß die Gemeindebehörden die Aufhebung der Vier-Mark-Steuer beschlossen haben. Zur Bilanzierung des Etats will er den Erneuerungsfonds der Markthallen angreifen, und für später empfiehlt er mehr Sparsamkeit. Daß er auch früher schon die Sparsamkeitspolitik stets empfohlen hat, rechnet er sich als ein besonderes Verdienst an. Auch Herr Preuß („Neue Linke“) will die Erhöhung der Einkommen-, Gewerbe- und Grundsteuern nicht mitmachen. Er will es mit einer Erhöhung der Umsatzsteuer und der Kanalisationsgebühr versuchen. Herr Mommsen („Freie Fraktion“) hat gegen Erhöhung der Einkommen- usw. Steuern nichts einzuwenden.

Erst nach 8 Uhr kam als Redner der socialdemokratischen Fraktion Genosse Singer zum Wort. Seine Ausführungen über die von der Not des Augenblicks eingegebene Finanzpolitik der bürgerlichen Fraktionen wurden von der Mehrheit mit großer Unruhe aufgenommen. Unnötige Ausgaben, so führte Singer aus, wollen auch wir nicht bewilligen, aber notwendige sollen nicht unterbleiben, so sehr es zu bedauern wäre, wenn deshalb die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer erhöht werden müßte. In langer Rede ging Singer dann — im Gegensatz zu den freisinnigen Rednern — auf die gesamte Lage der Berliner Gemeindeverwaltung ein, auf das Krankenhauswesen, das Schulwesen, das Wohnungswesen, die Lage der städtischen Angestellten und Arbeiter usw. Die weite Kluft, die die Socialdemokratie auf kommunalpolitischem Gebiet von den bürgerlichen Parteien trennt, wurde von unsrem Redner scharf und klar aufgewiesen. Seine wohlgezielten Angriffe, zumal die wuchtige Anklage bezüglich der Zustände im Krankenhauswesen, bereiteten Herrn Oberbürgermeister Kirschner sichtlich Unbehagen. Herr Kirschner erhob sich zur Erwiderung und sprach, wie immer in solchen Fällen, sehr von oben herab. Er bewies dadurch nur, daß ihm die Hiebe weh gethan hatten. Auch Herr Cassel ergriff noch einmal das Wort zur Erwiderung, fand aber bei der Versammlung, die sich inzwischen stark gelichtet hatte, wenig Beachtung.

Der Etat-Entwurf wird nun zunächst den Ausschuß beschäftigen. Wir sind gespannt darauf, in welcher Fassung er aus den Ausschußberatungen hervorgehen wird.

Das Elend der Konfektion. In diesem für Berlin typischen Geschäftszweig nutzt bekanntlich nicht allein der Großkonfektionär, sondern auch der Zwischenmeister die Kraft der Arbeiterinnen aus, und nirgendwo mag die Heimarbeit eine so verderbliche Rolle spielen wie hier. Alleinstehende Wittwen, Arbeiterfrauen und Frauen und Töchter aus dem „besseren“ Mittelstand schädigen sich hier in wütender Konkurrenz, so daß der Zwischenmeister leichtes Spiel hat und nach Belieben die Löhne drücken kann. Die Beamtengattin, die gemeinsam mit ihren erwachsenen Töchtern „nur“ ein Taschengeld zu erarbeiten hat, trägt wohl am meisten zu dem Jammer bei, doch kann nicht geleugnet werden, daß auch ohne diese Damen zur Zeit der gegenwärtigen Geschäftskrise sich soviel Arbeitskräfte in allen Zweigen der Konfektion darbieten, daß Unternehmer und Zwischen-Unternehmer bei der Lohndrückerei schrankenlos schalten und walten können. Von der Größe des Jammers giebt eine Mitteilung aus den Kreisen der Konfektionsarbeiterinnen ein Bild. Behandelt sie auch nur einen Teil des ausgedehnten Berufszweiges, so ist sie doch für das Ganze typisch:

Die sogenannten Kostümröcke haben sich in Verlauf einiger Saisons in der Damenwelt so eingebürgert, daß ihre Herstellung ein selbständiger Zweig der Konfektion geworden ist; viele Meister und noch mehr Arbeiterinnen ernähren sich dadurch. Wenn man bei den niedrigen Löhnen von Ernährung sprechen kann. Die Arbeiterinnen in diesem Beruf werden, wie einige Beispiele zeigen sollen, der Verzweiflung immer näher gebracht. So giebt es z. B. für einen siebenteiligen Rock, 6 Nähte mit Tresse ꝛc. garniert, vollständig gefüttert, mit Stoß und Besenborte versehen nur 1,25 M. pro Stück. Zur Fertigstellung dieser Röcke gehören immer 5—6 Stunden, sodaß nach Abzug der Unkosten an Garn, Seide, Feuerung, denn der Rock muß vollständig gebügelt abgeliefert werden, ein Netto-Verdienst von 18 bis 20 Pf. die Stunde bleibt. Ist nun noch die Nähmaschine auf Abzahlung genommen, so wird der Verdienst noch mehr geschmälert. Noch schlechter kommt die Arbeiterin bei den Volant-Röcken fort. Diese stehen vollständig gefüttert, dreiteilig, mit 60 Pf. im Kurs. Bei diesen Sachen arbeitet man eben nur, um zu arbeiten, von einem Verdienst kann keine Rede sein. Als besonders empörend kommt noch in Betracht, daß die Arbeiterin bei Ablieferung ihrer Arbeit leer ausgeht und den verdienten Lohn nicht einmal sogleich ausgezahlt erhält. Freitag ist letzter Liefertag, der Lohn wird jedoch erst am Montag gezahlt; drei Tage kann man also noch nach gethaner Arbeit hungern.

Geht man diesen traurigen Zuständen auf den Grund, so ist die Ursache einfach bei den Arbeiterinnen selbst zu suchen. Sie arbeiten durchgängig gedankenlos, ohne zu berechnen, wie viel Pfennige die Stunde über verdient werden. Wenn 6—7 M. pro Woche herauskommen, sind sie schon herzlich zufrieden. Wie soll eine Arbeiterin, die als Witwe einige Kinder zu ernähren hat, mit solchem Hungerlohn auskommen? Wie gegenwärtig die Dinge liegen, ist an Besserung nicht zu denken. Beklagt man sich über den vom Meister völlig nach Willkür festgesetzten Lohn, so lautet die Antwort regelmäßig, daß sich schon andre finden, wenn einem die Bedingungen nicht passen. Und thatsächlich stehen Dutzende Frauen vor der Thür, um die Unzufriedenen zu verdrängen. Wann werden auch die Heimarbeiterinnen endlich einsehen, daß nur die Organisation ihr Elend lindern kann?

Der Hunde-Schlachthof. Die Hebung des Volkswohlstandes tritt in folgender Zeitungsmeldung zu Tage: Die Errichtung eines Hunde-Schlachthofes ist im Hinblick auf die am 1. April d. J. in Kraft tretenden neuen Bestimmungen des Fleischbeschau-Gesetzes und des vermehrten Genusses von Hundefleisch geplant. Der Magistrat will durch diese Einrichtung eine Kontrolle über die überhaupt zur Schlachtung kommenden Hunde erlangen. Bisher waren über das Schlachten von Hunden keine Bestimmungen getroffen und daher kam es, daß vielfach gestohlene Hunde einfach auf dem Wege des Schlachtens beseitigt wurden. Der neue Hunde-Schlachthof soll auf dem Terrain des städtischen Schlachthofes errichtet werden, so schreibt man uns aus Liegnitz. Auch in Berlin ist der Genuß von Hundefleisch kein geringer, wird doch von einigen Kellerlokalen im Norden Hundebraten als Delikatesse empfohlen. Die Errichtung eines Hunde-Schlachthofes in Berlin dürfte nur eine Frage der Zeit sein.

Das Cementmacadam-Straßenpflaster, das in den Jahren 1897 und 1898 versuchsweise an drei Punkten der Stadt, in der Landsbergerstraße, am Halleschen Ufer und in der Invalidenstraße, verlegt worden war, wurde in der Invaliden- und in der Landsbergerstraße schon 1899 bezw. 1901 wieder beseitigt, weil es sich nicht bewährt hatte. Es soll nun aus demselben Grunde in diesem Jahre auch auf der letzten der drei Versuchsstrecken, am Halleschen Ufer, durch Asphalt ersetzt werden. Inzwischen ist aber bereits an einer andren Stelle, nämlich im Tiergarten, mit einer verbesserten Art Cementmacadam ein neuer Versuch gemacht worden. Im Jahre 1901 wurde hier der Große Weg auf der kurzen Strecke von der Tiergartenstraße bis zur Großen Querallee probeweise mit dem neuen Cementmacadam befestigt. Dieser Versuch hat sich besser bewährt, und es soll nun im kommenden Sommer ein weiteres Stück des Großen Weges, die Strecke von der Großen Querallee bis zur Brücke an der Rousseau-Insel, dasselbe Cementmacadam-Straßenpflaster erhalten.

Ein Werk der Nächstenliebe. Aus Neu-Weißensee schreibt man uns: Als unser Parteigenosse Gemeindevertreter Emil Gerstenberger am 4. Mai vorigen Jahres beerdigt wurde, folgten außer den Anhängern unsrer Partei auch Mitglieder der Gemeindevertretung dem Sarge. Unter diesen Herren erwies auch der Gemeindevorsteher Feldtmann dem Toten die letzte Ehre. Es lag in der Natur der Dinge, daß Herr Feldtmann in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher nichts dagegen haben konnte, daß Reichstags-Abgeordneter Stadthagen am Grabe in einigen wenigen von Herzen kommenden Worten des edlen Charakters unsres Toten gedachte. Nun begab sich aus Anlaß dieses an sich nicht im geringsten merkwürdigen Ereignisses etwas Seltsames. Am Tage nach der Leichenfeier wurde im Orte nämlich eine Schmähschrift gegen den Amts- und Gemeindevorsteher verbreitet, in der es hämisch glossiert wurde, daß dieser Beamte einem Socialdemokraten das Wort am Grabe verstattet hatte. Das Flugblatt stellte die Behauptung auf, daß der Amtsvorsteher in engster Fühlung mit der Socialdemokratie stehe, und schloß mit einem ironischen Hoch auf den „Genossen“ Feldtmann. So ehrend es nun für einen Beamten ist, wenn er der Socialdemokratie Gerechtigkeit widerfahren läßt, so war die Tendenz der Schmähschrift doch unverkennbar darauf angelegt, den Amtsvorsteher bei der Regierung anzuschwärzen und ihm Verlegenheiten zu bereiten. Herr Feldtmann übergab die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft und diese strengte, da der Verfasser des Pamphlets im Dunkel geblieben war, gegen den Drucker die Beleidigungsklage an. Dieser Tage fand in der Angelegenheit Verhandlung statt. Der Amtsvorsteher begnügte sich damit, daß der Angeklagte Abbitte leistete, und darauf wurde die Anklage zurückgezogen. Zu dieser gewiß großmütigen Handlungsweise hatte Herrn Feldtmann aber wohl noch ein andrer Umstand, der während der Verhandlung ans Licht trat, veranlaßt. Es stellte sich, wie der Amtsvorsteher in seinem der Gemeindevertretung dieser Tage erstatteten Referat bekannt gab,

nämlich heraus, daß der Verfasser der Schmähschrift ein — **Geistlicher am Orte** war. Schämen sollte der Kerl sich!

Es ist erreicht! Nachdem die kaiserliche Postdirektion den „Funkspruch" eingeführt hatte, konnte es nicht ausbleiben, daß alle im Funkspruch-Verkehr möglichen Wortbildungen bald nachfolgen. Als erstes dieser neuen Bezeichnungen hat soeben ein artiges Kauderwälsch das Licht der Welt erblickt, nämlich das Wort „Marine-Funkspruch-Station". In einer amtlichen Bekanntmachung wird nämlich darauf aufmerksam gemacht, daß die See-Telegraphen-Anstalten (hier ist für „Station" die deutsche Bezeichnung gewählt!) zu Kuxhaven und Helgoland auch durch Vermittelung der „Marine-Funkspruch-Stationen" an diesen Orten mit Schiffen auf See in Verkehr treten können und daß die auf diesem Wege übermittelten Telegramme den allgemeinen Bestimmungen über See-Telegraphen unterliegen. Es wird sich nun empfehlen, daß der Herr „Marine-Funkspruch-Stations-Vorsteher" für den Fall der Funkspruch-Expedierung diese Funkschrift-Gebühren-Berechnungs-Vorschrift gleich in die „Marine-Funkspruch-Stations-Gebühren-Ordnung" eintragen läßt . . .

Die Beseitigung der unterirdischen Stromzuführung auf der Linie Behrenstraße—Kammergericht, der, wie schon berichtet worden ist, die städtische Verkehrsdeputation am Mittwoch zugestimmt hat, wird baldigst vorgenommen werden. Die Berliner elektrische Straßenbahnen-Aktiengesellschaft (Siemens u. Halske) wird dann auf der ganzen Linie den Oberleitungsbetrieb einführen. Diese Linie ist bekanntlich eine der allerersten, die mit unterirdischer Stromzuführung zur Ausführung gekommen sind und ist seit ihrem Bestehen ohne wesentliche Störungen bis heute in Betrieb gewesen. Die Fortschritte, welche die Technik unterdessen gemacht hat, würden es ohne Schwierigkeit ermöglichen, die Unterleitungsstrecke in einen Zustand zu versetzen, welcher an Betriebssicherheit alle Anforderungen erfüllt. Die Gesellschaft hofft aber, da das Unternehmen, wie bekannt, sich wenig rentiert, durch die Einführung eines einheitlichen Oberleitungsbetriebes Ersparnisse in den Betriebskosten zu machen und, dies ist der Hauptgrund, die Unterleitung durch Oberleitung zu ersetzen. Dann fällt auch die lästige Umschaltung beim Kammergericht durch den Uebergang von der einen Betriebsart zur andern weg. Auf der Schwesterlinie Mittelstraße—Pankow war der Unterleitungsbetrieb nie eingeführt. Hoffentlich gelingt es noch, die beiden Linien miteinander zu verbinden und damit rentabel zu machen.

Schade um die Druckerschwärze. Das Gericht der zweiten Garde-Division verfolgt fünfzehn Gardisten, Grenadiere, Füsiliere, Kanoniere 2c., welche vor etwa einem Vierteljahrhundert fahnenflüchtig geworden und dieserhalb durch kriegsgerichtliches Erkenntnis zu Geldstrafen von 150, 200 bezw. 300 M. verurteilt worden sind. Der Senior dieser alten Soldaten ist ein Füsilier Spalony vom hiesigen Kaiser Franz-Grenadier-Regiment, der jetzt 45 Jahre zählt. Er desertierte bereits im Oktober 1870 und wurde im folgenden Jahre durch das Berliner Kriegsgericht zu „50 Thalern = 150 M." verurteilt. Das Divisionsgericht fordert die 15 alten Gardisten „erneut" auf, „sich wieder zu gestellen", und ersucht die Civil- und Militärbehörden, die Fahnenflüchtigen „im Betretungsfalle" festzunehmen und durch die nächste Militärbehörde nach der „südlichen Arrestanstalt, Hasenheide", befördern zu lassen. Ob sich einer dieser alten Knaben wohl noch zum „Nachdienen" stellen wird? — Gleichzeitig wird auch eine Reihe von beurlaubten Militärs wegen unerlaubten Auswanderns vom Gericht öffentlich geladen, darunter der 32jährige Kavallerie-Lieutenant Alfred v. Lilienthal, er Techniker Ernst v. Schwarzenfeld, beide zu Charlottenburg wohnhaft gewesen, der Polizei-Anwärter Vice-Feldwebel und Offiziers-Aspirant Nicolaus v. Boskamp u. a. Keiner der Geladenen wird wohl dem Militärgericht die Gefälligkeit erweisen und von jenseits der großen Wasserwüste nach der Hasenheide eilen.

An den hiesigen Gerichten wie im ganzen Bezirk des Kammergerichts macht sich ein solcher Mangel an Gerichts-Unterbeamten fühlbar, daß man bereits zu dem Aushilfsmittel gegriffen hat, ausgediente Soldaten ohne Civilversorgungsschein anzustellen, woran früher gar nicht zu denken war. Diese Erscheinung ist umso auffälliger, als sich sonst in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges — in denen wir jetzt auch leben — ein großer Andrang selbst zu den schlechtbesoldesten Unterbeamtenstellen zeigt. So auffallend diese Erscheinung ist, so erklärlich ist dieselbe. Seit vor mehreren Jahren die Gehälter der Gerichts-Unterbeamten von 68,50 M. auf 82 M. erhöht worden sind — wobei es natürlich keinen Wohnungsgeldzuschuß giebt — hat sich die Zahl der Bewerber um solche „Beamtenstellungen" eher vermindert als vermehrt, während der Bedarf an solchen Beamten infolge der Vermehrung der Gerichte größer geworden ist.

Wegen verschmähter Liebe wollte der 23 Jahre alte Kanzleibote des Marine-Amts, Franz Konzack, seine Braut und sich selbst erschießen. Er hat bei der Marine gedient und ist aus dem China-Feldzuge als Invalide zurückgekehrt. Darauf erhielt er die Anstellung in der Kanzlei. K. faßte nun zu der Tochter einer Gastwirtsfrau D. eine leidenschaftliche Neigung. Er wurde zuerst auch nicht abgewiesen, aber bald wurde Fräulein Grete zu ihm kühler und es kam zu Zwistigkeiten. Gestern abend kam das junge Mädchen aus dem Theater, während K. in dem Lokal ihrer Mutter Karten spielte. Fräulein Grete wollte direkt in die Wohnung und schlafen gehen, ohne mit ihrem Anbeter noch zu sprechen. Da sprang dieser auf, riß einen Revolver aus der Tasche und schoß auf das junge Mädchen, traf aber nicht. Nun richtete er die Waffe auf sich selbst und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Er wurde nach der Charité gebracht, wo er noch nicht vernehmungsfähig ist.

Aus der herrlichsten der Welten. Aus Not in den Tod gegangen ist der 56 Jahre alte Arbeiter Ludwig Stabel aus der Friedenstraße 41. Er war seit längerer Zeit ohne Arbeit und konnte auch solche nicht finden. Er benutzte die Abwesenheit seiner Frau, um sich an einem Fensterkreuz in der Wohnung zu erhängen. Aerztliche Hilfe konnte nichts mehr ausrichten.

In der Wohnung angefallen wurde am Mittwochnachmittag um 5½ Uhr der 35 Jahre alte Dachdecker Heinrich Brosi aus der Liegnitzerstr. 38. Bei einer Arbeit in der Prinzenstraße hatte er einige Tage vorher den Arbeiter Fritz S. in Anspruch genommen und nach seiner Angabe auch bezahlt. S. machte aber noch eine Forderung geltend und hatte sich deswegen in der Wohnung des B. eingefunden. B. wies ihn ab und öffnete die Thür, um ihn hinauszulassen. In diesem Augenblick drangen der Arbeiter E. und der Dachdecker G., die draußen gewartet hatten, bei B. ein, warfen ihn nieder und fielen über ihn her. Nachdem sie ihm fünf Hiebwunden — anscheinend mit Schüsseln — auf dem Kopf beigebracht hatten, machten sie sich davon. Brosi wurde von seiner zufällig anwesenden Braut nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof gebracht.

Im Langen See ertrunken ist in der Nacht zu gestern der Berliner Fuhrwerksbesitzer Grotke aus der Rigaerstr. 119 samt seinem Pferdegespann. Grotke war gestern spät abends mit seinem Kutscher auf einem schweren Rollwagen, vor den drei Pferde gespannt waren, unterwegs auf der Fahrt von Schmöckwitz nach Berlin. In der Dunkelheit schlug er bei Grünau einen falschen Weg ein, und statt die Route nach Berlin zu nehmen, fuhr er mit seinem Wagen einen Weg entlang, der gerade in den Langen See bei Grünau führte. Der Wagen stürzte in den See, aber während es dem Kutscher gelang, sich zu retten, ging Grotke unter, und ebenso versanken die drei Pferde in den Fluten. Die Leiche des Fuhrwerksbesitzers und die Kadaver der Pferde sind gestern morgen von der Grünauer Feuerwehr geborgen worden.

Hygienische Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen. Das Thema der heutigen Vorträge lautet: „Ansteckende Krankheiten". Ein großer Teil der Gefahr, an epidemisch oder einzeln auftretenden Infektionskrankheiten sich anzustecken, liegt in der Unkenntnis der oft sehr einfachen Maßregeln zur Vermeidung der Uebertragung. In Anbetracht der großen Wichtigkeit der genauen Kenntnis und Ausübung dieser Maßregel dürfen wohl diese Vorträge ein besonderes Interesse erwecken. Das Thema „Ansteckende Krankheiten" wird an vier Stellen besprochen werden und zwar heute, Freitag, den 20. d. M., in den Schulaulen: Gneisenaustr. 7, Paulstr. 8, Tilsiterstr. 4/5, Winterfeldstr. 16. Vortragende sind die Doktoren C. S. Engel, S. Swarsensky, Leopold Lilienthal, Privatdocent Brandenburg. Beginn der Vorträge pünktlich 8 Uhr. Zutritt frei für jedermann.

Kunstschützen im Cirkus Busch. Wem ist aus der Jugendzeit nicht jenes hübsche deutsche Märchen bekannt von dem Jäger, der einer Mücke, die eine Meile entfernt von ihm auf einer Kirchturmspitze saß, das linke Auge ausschoß? An dieses unheimliche Schießstücklein wird man unwillkürlich erinnert, wenn man die beiden Boerenschützen im Cirkus Busch, den Kommandanten Smeele und seinen Feldkornet Lewis mit Pistole und Büchse hantieren sieht. Da kann man, um an ein andres Märchen anzulehnen, das „Gruseln" dabei lernen, denn ebenso märchenhaft, wie Smeele die Büchse, handhabt Lewis die Pistole. Letzterer wäre der denkbar gefährlichste Gegner für unsre duellwütigen Kampfhähne, denn auf 20 bis 30 Schritt ist er thatsächlich mit seiner Waffe noch so furchtbar treffsicher, daß er, wenn auch gerade nicht einer Mücke, so doch einem menschlichen Gegner todsicher das linke Auge wie auch zur besseren Abwechselung das rechte gleich hinterher aus dem Kopfe schießen würde.

Feuerbericht. Donnerstag früh wurde die Wehr nach dem Augustenburger Platz gerufen, wo eine Baubude in Flammen stand. Es gelang, die Gefahr bald zu beseitigen. Kleidungsstücke und Möbel hatten Mittwochabend in der Invalidenstr. 17 in einer Wohnung Feuer gefangen, während in der Wiclefstr. 31 Betten in einer Schlafstube in Flammen aufgingen. In der Steglitzerstr. 58 hatte die Wehr in einer Küche einen Brand zu beseitigen, der neben Küchenmöbeln auch den Fußboden beschädigte. Gegen 8 Uhr abends waren in der Stettinerstr. 10 Decken und Wäschestücke in einem Zimmer in Brand geraten, der aber bald abgelöscht werden konnte. Nachmittags wurde die Wehr nach der Neuen Friedrichstr. 106 gerufen, weil hier Lumpen, Kisten und Verpackungsmaterial in einem Keller brannte. Gardinen hatten am Kronprinzen Ufer 16 Feuer gefangen. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Gartenstr. 27, von der Manteuffelstraße und von noch einigen andren Stellen zu verzeichnen. In allen diesen Fällen handelte es sich indes um Brände, die bereits von Hausbewohnern beseitigt waren.

Aus den Nachbarorten.

Zu Adlershof scheint der Amtsvorsteher immer noch die Lorbeeren des seligen Herrn v. Oppen in Erinnerung zu haben und demgemäß im Kampf für Ordnung, Religion und Sitte sein Verhalten einzurichten. Ein Rauchklub am Orte hatte dort kürzlich einen Maskenball im Lokal von Lau veranstaltet und darauf durch Plakate an den öffentlichen Anschlagsäulen aufmerksam gemacht. Der Vorsitzende des Vereins meldete das Vergnügen beim Amtsvorsteher an und erhielt darauf folgende Bescheinigung zugestellt: „Hierdurch bescheinige ich Ihnen, daß Sie am 7. Februar dieses Jahres ein geschlossenes Vereinsvergnügen (Maskenball) des Rauchklubs „Sieben roocht" im Lauschen Lokal hierselbst angemeldet haben. Gleichzeitig fordere ich Sie hierdurch auf, die an den Anschlagsäulen befindlichen Plakate, welche sich auf einen öffentlichen Maskenball beziehen, binnen 24 Stunden zu entfernen, widrigenfalls ich dies auf Ihre Kosten, die ich vorläufig auf drei Mark festsetze, durch einen Dritten thun lassen werde."

Daß der auf den Anschlagsäulen angekündete Maskenball ein öffentlicher ist, ist die persönliche Ansicht des Amtsvorstehers und geht aus dem Inhalt der Plakate nicht hervor. Aber selbst wenn die Ansicht des Ortsoberhauptes die richtige wäre, so wäre wohl kaum eine gesetzliche Bestimmung namhaft zu machen, die eine Aufforderung wie die hier abgedruckte rechtfertigen könnte. Oder soll auch in diesem Fall der Grobe Unfug-Paragraph herhalten?

Schmargendorf. Die Gemeindevertretung hatte sich außer mit den gestern von uns erwähnten peinlichen Angelegenheiten auch mit der zweiten Lesung des Etats zu befassen. Entgegen den Gesetzesbestimmungen hatte die erste Lesung am 2. Februar in geheimer, öffentlich nicht bekannt gegebener Sitzung stattgefunden. In dieser ist es in dreistündiger Beratung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu einer Einigung über den Etat gekommen. Die öffentliche Verlesung der Positionen bei der zweiten Lesung ermöglichte nun keinen tieferen Einblick mehr. Bewilligt wurde die Anstellung eines Amtsdieners an Stelle der geforderten drei. Die hierdurch freigewordenen Mittel wurden zur weiteren Erhöhung der Wohnungsgelder für Gemeindebeamten von 330 auf 400 und von 500 auf 600 M., sowie für den Gemeindevorsteher von 1000 auf 1200 M. verwendet. Die Opposition lies sich hierbei die Gelegenheit zu gründlicher Kritik der Thätigkeit des Gemeindevorstehers entgehen. Das Grundgehalt der Lehrerinnen wurde von 1050 auf 1100 M. erhöht und die Wohnungsgelder für verheiratete Lehrer mit 600 M. und für Lehrerinnen und unverheiratete Lehrer mit 400 M. festgesetzt. Das Schuldienergehalt wurde von 720 auf 900 M. erhöht. Die viel zu niedrigen Kanalisationsgebühren sind nicht erhöht worden. Es bleibt dabei, daß zu Gunsten der Hausbesitzer 11⅓ Prozent der direkten Steuern zur Bestreitung der Kanalisationskosten verwendet werden. Veranlaßt durch unsren Hinweis im „Vorwärts" und in öffentlicher Versammlung machte die Gemeindevertretung in „Arbeiterfremdlichkeit". Die niedrigen Löhne der Kanalisations- und Straßenarbeiter wurden endlich einmal um ganze 25 Pf. (!!) pro Tag erhöht. Minderbemittelten kann die Gebühr für Benutzung der Leichenhalle ganz oder teilweise erlassen werden. Der Gemeindevorsteher und die Armenkommission wurden ermächtigt, in dringenden Fällen Armenunterstützung bis zu 20 M. selbständig zu gewähren.

Zu den Beschwerden über die Geschäftsführung des Gemeindevorstehers Hohmann, über die wir gestern nach einem Vorortblatt berichtet haben, wird uns gemeldet, daß der Bericht insoweit einer Korrektur bedarf, als der Gemeindeverordnete Jung nicht behauptet hat, daß der erwähnte Vermittler Bruck ein intimer Freund des Gemeindevorstehers sei; ebenso sei nicht gesagt worden, daß Herr Bruck das für Kirchhofszwecke in Frage gekommene Grundstück für sich aufgekauft und dann sofort mit Gewinn an die Gemeinde weiterverkauft habe. Auch stelle sich die Angelegenheit Rammrath insoweit günstig für den Gemeindevorsteher, als Herr Rammrath durchaus die Möglichkeit zugegeben habe, daß der Irrtum gänzlich auf seiner Seite liege.

Pankow. Zu sehr erregten Auseinandersetzungen kam es in den beiden letzten Sitzungen der Gemeindevertretung aus Anlaß einer Bittschrift der Nachtwächter. Diese Beamten wollten ihr kärgliches Gehalt erhöht haben, das heute pro Stunde 21 Pf. ausmacht. Unsre Genossen beantragten, die Nachtwächter in Klasse IV des Besoldungsplanes einzustellen, d. h. das Anfangsgehalt auf 1200 M. festzusetzen und es nach je 3 Jahren durch Zulagen von 100 M. nach 18 Dienstjahren bis zum Höchstgehalt von 1800 M. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde einer Kommission überwiesen, die festzustellen hat, welche Einkünfte die Nachtwächter als Leichenträger haben. Die Kommission beantragte, eine Kleidungszulage von 50 M. pro Jahr und Mann zu gewähren. In der letzten Sitzung wurde von der bürgerlichen Majorität ausgeführt, daß ein Andrang von Bewerbern nach dem Posten eines Pankower Nachtwächters bestehe, sie hätten 540 M. Gehalt, als Leichenträger hätten sie ebenfalls eine Einnahme, so daß über 1200 M. Gehalt herauskommen. „Und dann einige Tausend Mark Trinkgelder," rief Gemeindevertreter Steeger. Vom Genossen Freiwaldt wurde festgelegt, daß thatsächlich nur 540 M. gezahlt werden; ja, einer der Wächter bezieht nur 432 M. Aus der Nebenbeschäftigung als Leichenträger ergiebt sich ein Einkommen von 300—350 M. pro Jahr und Kopf. Trinkgelder als Gehaltseinkommen zu rechnen, so führte Freiwaldt aus, ist einer Gemeinde unwürdig; aber trotzdem haben wir festgestellt, daß die Hausagrarier nicht so freigebig sind, hat doch bei der Unsitte der Neujahrsgratulation einer der Wächter aus sechs Häusern 20 Pf. erhalten. Die Wächter haben 7 Stunden Nachtdienst, 4 bis 5 Stunden haben sie als Leichenträger zu thun und dann wird noch verlangt, daß die Leute noch einen Nebenerwerb betreiben. Zum Schluß wurde der Gemeindevorsteher als Amtsvorsteher aufgefordert, seine polizeilichen Befugnisse gegen die Ueberanstrengung der Nachtwächter anzuwenden. Es wurde beschlossen, den Wächtern 50 M. zu bewilligen. Die Wächter erhalten nunmehr einschließlich der Zulage 23 Pf. die Stunde. Von diesem Einkommen gehen die Beiträge für Invaliditäts- und Krankenversicherung mit wöchentlich 51 Pf. ab.

Aus der Frauenbewegung.

Rixdorf. In der Februarversammlung des Vereins gewerblich thätiger Frauen und Mädchen Rixdorfs, welche bei Thiel, Bergstraße 151/152 tagte, sprach Herr Kaßler über: „Organisationsbestrebungen einst und jetzt". Redner wurde für seine interessanten Ausführungen durch reichen Beifall belohnt. Sonnabend, den 28. Februar, veranstaltet der Verein einen Maskenball im Variété-Theater, Hermannstr. 20, zu welchem die Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins nochmals freundlichst eingeladen werden.

Der Vorstand.

Versammlungen.

Ueber die Gewerbe-Aufsicht in Holzbearbeitungs-Fabriken sprach am Mittwoch der Gewerbe-Inspektor Dr. Rasch in einer Vertrauensmänner-Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Die Versammlung, die im großen Saale Gewerkschaftshauses tagte, war von etwa 1000 Vertrauensmännern der verschiedenen Branchen besucht. — Dr. Rasch, der darauf hinwies, daß die Aufsicht der Betriebe in der Holzindustrie vielerlei Schwierigkeiten wie kaum in andren Betrieben bietet, auch deshalb, weil viele kleine Unternehmungen mit wenig Kapitalien in Betracht kommen, erläuterte eingehend die Aufgaben der Gewerbe-Aufsichtsbeamten überhaupt, die, wie Redner auseinandersetzt, am wirksamsten ihre Thätigkeit ausüben können, wenn hierfür sowohl bei den Unternehmern als auch bei den Arbeitern das notwendige Verständnis vorhanden ist. Die Arbeiter beschränkten sich fast ausschließlich darauf, ihre Beschwerden schriftlich den Aufsichtsbeamten zu unterbreiten; viel besser wäre es, wenn das mündlich geschehen würde, weil dann gleich von den Beschwerdeführern die notwendige Auskunft gegeben werden kann und die zeitraubende schriftliche Auskunftseinholung gespart werden könne. Aus demselben Grunde ziehe er es auch vor, bei den Revisionen den verantwortlichen Betriebsleiter hinzuziehen, weil er dann in der Lage ist, gleich mündlich die geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Der Einwand, daß der Betriebsleiter die vorhandenen Mißstände zu verbergen sucht und diese von den Beamten nicht ausfindig gemacht werden können, sei völlig unzutreffend, denn der Beamte besitze genügend Routine, um die Betriebseinrichtungen zu übersehen und dann sei es aber namentlich die Aufgabe der Arbeiter, die vorhandenen Mißstände aufzudecken und zur Anzeige zu bringen. Es sei nicht notwendig, daß die Anzeige den revidirenden Beamten in der Fabrik selbst gemacht wird, denn das würde auch dann nur selten geschehen, wenn der Betriebsleiter nicht zugegen ist, weil sich der Arbeiter zumeist auch scheut, in Gegenwart von seinen Kollegen nähere Angaben zu machen. Hierzu sei das Bureau des Aufsichtsbeamten vorhanden, das viel mehr wie bisher benützt werden könne, um die Beschwerden vorzubringen.

Der Referent erörterte sodann die verschiedenartigen Schutzvorrichtungen zur Unfallverhütung und gab der Meinung Ausdruck, daß auch dadurch viele Unfälle entstehen, daß die Arbeiter die Vorschriften nicht immer genau beachten. Allerdings fehle es noch für verschiedene Maschinen an geeigneten Schutzvorrichtungen und es sei sehr zu empfehlen, daß die Arbeiter selbst auf Verbesserungen sinnen. Namentlich müßten die Arbeiter in ihren Organisationen bessere Unfallverhütungs-Vorschriften aussinnen, diese dann den Behörden und Berufsgenossenschaften unterbreiten, und es sei anzunehmen, daß sie auch beachtet würden. Der Redner besprach sodann die hygienischen Gesichtspunkte, die zum Schutz der Arbeiter in Betracht kommen. Er verwies hierbei darauf, daß die Staubentwicklung in den Holzbearbeitungs-Betrieben eine sehr große und für die Arbeiter sehr gefährliche ist. Die Staubabsaugungs-Einrichtung sei allerdings immer noch sehr kostspielig, so daß sie für kleinere Betriebe kaum beschafft werden könne, sie sei aber im Interesse der Gesundheit der Arbeiter unbedingt notwendig. In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Referent die gewerblichen Krankheiten, die Hautausschläge bei den Polierern, die wahrscheinlich durch die Substanzen des im Gebrauch befindlichen Schleifölls hervorgerufen werden, während die ebenfalls bei den Polierern vorherrschende Augenentzündung wahrscheinlich durch den Gebrauch des denaturierten Spiritus verursacht wird. Um diesen Krankheiten und andren entgegenzutreten, müsse die peinlichste Reinlichkeit geübt werden, was leider auch von den Arbeitern nicht immer beachtet wird, wozu noch kommt, daß es oftmals auch an den notwendigen Waschein richtungen in den Betrieben mangelt. Im allgemeinen sei ja vieles besser geworden, aber vieles kann und muß noch verbessert werden, und dazu sei es notwendig, daß Unternehmer und Arbeiter in geeigneter Weise mitwirken.

Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere, recht sachliche Diskussion, in der auch verschiedene Anregungen für die Aufsichtsbeamten gegeben und zahlreiche Mißstände, die in den Werkstätten vorherrschen, erörtert wurden. Unter anderm wurde darauf hingewiesen, daß die sogenannten Schutzvorrichtungen teilweise ungeeignet, bei der Arbeit sehr hinderlich und überhaupt unbrauchbar sind, so daß die Arbeiter diese Vorrichtungen selbst nicht benutzen können. Viele Unfälle sind verursacht dadurch, daß die Maschinen viel zu eng zusammenstehen und es im allgemeinen überall an Platz mangelt. Das ist umso schlimmer, als die Arbeiter, die zumeist im Accord stehen, sehr hastig arbeiten müssen. Für Ventilation ist nur selten gesorgt und sogar in sehr großen Fabriken sind nicht immer Staubaufsauger vorhanden; ebenso fehlt es fast überall an genügenden Waschein richtungen, so daß die Arbeiter beim besten Willen nicht im stande sind, sich vor dem Verlassen der Fabrik gehörig zu reinigen. Ferner wurde angeführt, daß in vielen Werkstätten nicht einmal ein Verbandskasten vorhanden ist, um bei Verletzungen die erste Hilfe leisten zu können. Auch über die Feueressen, die sogenannten Kamine, die noch verschiedentlich vorhanden sind und die Werkstätten verqualmen, wurde Klage geführt. Außerdem wurde auf die argen und sehr gefährlichen Mißstände in den Celluloidfabriken hingewiesen und angeführt, daß hier nicht immer auf die große Feuersgefahr dieser Betriebe Rücksicht genommen wird. Von einigen Rednern wurde es bemängelt, daß die Aufsichtsbeamten die Revision in Begleitung des Betriebsleiters vornehmen und die Arbeiter nicht um die Mißstände befragen. Schließlich wurde auch darauf hingewiesen, daß die Aufsichtsbeamten mit vermehrten Rechten ausgestattet werden müssen, damit sie in der Lage sind, die Unternehmer zu zwingen, die für notwendig befundenen Maßnahmen auch zu treffen.

An der Diskussion beteiligte sich auch wiederholt der Gewerberat Hartmann, der im wesentlichen den Standpunkt des Referenten vertrat und ebenfalls und aus denselben Gründen wie der Referent es nicht für ratsam erachtet, bei der Revision die Arbeiter über vorhandene Mißstände zu befragen. Es sei auf alle Fälle das beste, wenn die Arbeiter ihre Beschwerden mündlich im Bureau der Aufsichtsbeamten vorbringen. Bei ihm brauchten die Arbeiter nicht mal ihre Namen nennen, so daß sie keinerlei Maßregelungen zu befürchten hätten. Er habe damit sehr gute Erfahrungen gemacht und könne erklären, daß die eingegangenen Beschwerden, sei es durch die hier bestehende Kommission oder durch die Organisationen oder durch die Arbeiter fast ausnahmslos sachlich durchaus begründet waren.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. 29, Hamburg. Filiale Rummelsburg.) Sonnabend, den 21. Februar, abends 8½ Uhr, bei Gustav Tempel, Borhagen, Ecke des Bahnhofs: Mitgliederversammlung.

Charlottenburg. Die Genossen des siebenten Bezirks veranstalten am Sonnabend, den 21. d. M., im „Volkshause", Rosinenstr. 3, eine gemütliche Zusammenkunft. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.